Heft 10 Oktober 1996 8,– DM

C 12611 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- Arbeitsdienst: Quer denken, stramm stehen
- Clinton: Kreuzzug gegen die Armen
- Modesänger Biermann
- Modedenker Luhmann

- Goldhagen unter Deutschen

Quotensänger Kunze: Deutsch ist mein ganzes Herz

in konkret Oktober 1996

von konkret

an konkret

Mords Moral von Hermann L. Gremliza

Herrschaftszeiten

Unter Deutschen von Otto Köhler

Daniel Goldhagens These ist falsch: Seine Begegnung mit Mommsen, Schirrmacher, Augstein, Knopp und anderen Fürsprechern dieser Nation hat gezeigt, daß die Deutschen von heute sich von den gestrigen nicht halb so sehr unterscheiden, wie der Professor aus Harvard behauptet

Pro Germania von Wolfgang Schneider

Über Nutzen und Nachteil der Tagebücher Victor Klemperers für die moralische Aufrüstung der wiedervereinigten Deutschen

Deutsche Straßennamen von Peter Nowak

Der Name eines jüdischen Philosophen statt eines Nazi-Theologen auf einem Straßenschild? Nicht in der Reichshauptstadt!

Dem Staate dienen von Heiner Möller

Mit »Hurra!« zurück in die Zukunft: »Arbeitsdienst? Warum nicht!«, fragte in der »Zeit« die Bremer Professorin Sibylle Tönnies. Die Frau kommt aus der Linken. Sie ist hauptsächlich Querdenkerin

Das übliche Maß von Gaby Hommel

Wer in der Bundesrepublik Schutz vor Elend, Krieg und Verfolgung sucht, ist verraten und verkauft. Denn abgeschoben werden nicht nur sogenannte »Wirtschaftsasylanten« und Kriegsflüchtlinge, sondern auch politische Aktivisten und selbst Folteropfer

Zu Protokoll

Wer mißbraucht hier wen? Auszüge aus der Sendung »Talk vor Mitternacht« des NDR vom 25. August mit Katharina Rutschky (Autorin des »Handbuch sexueller Mißbrauch«), Christian Pfeiffer (Professor am Kriminologischen Forschungsinstitut Hannover), Walter Wilken (Deutscher Kinderschutzbund), Cordula Stucken (Kinderschutzzentrum Hamburg) und Ramona Jahn (Forensische Psychiatrie der FU Berlin)

Der neue Demokrat von Michael Hahn

Zerschlagung des Sozialstaats und Ausbau des Repressionsapparates: Während seiner ersten Amtszeit hat Bill Clinton noch mehr gehalten, als er vor vier Jahren versprach

In diesem SinneVolker: Das muß kesseln von Jürgen Elsässer

In diesem SinneKotau des Kandidaten von Erwin Riess

In diesem SinneMißbrauch minus Feminismus von Joachim Rohloff

Kunst & Gewerbe von Kay Sokolowsky, Joachim Rohloff

Das Tyson-Projekt von Martin Krauß

Proud to be a Kraut von Günther Jacob
Seit der Schlagersänger Heinz Rudolf Kunze eine Quote für deutsche Popmusik gefordert hat, wird die »Popkulturnation Deutschland« immer lauter beschworen. Der Begriff vereint aufs Profitabelste traditionellen Chauvinismus mit der neuesten PR-Strategie hiesiger Kulturfabrikanten

Wolfs Geheul von Rayk Wieland
Wolf Biermann hat eine neue CD besungen und kriegt den Guitarrenhals mal wieder nicht voll

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Buch & Deckel von Sahra Wagenknecht
Inge Viett: Einsprüche. Briefe aus dem Gefängnis. Nautilus, Hamburg 1996, 160 Seiten, 24 Mark

Buch & Deckel von Georg Fülberth
Jürgen Kuczynski: Vom Zickzack der Geschichte. Letzte Gedanken zu Wirtschaft und Kultur seit der Antike. PapyRossa Verlag, Köln 1996, 180 Seiten, 28 Mark

Buch & Deckel von Christian Schmidt
Anonymus: Mit aller Macht. Primary Colors. List Verlag, München 1996, 480 Seiten, 44 Mark

Das offene Geheimnis des Schreibens von Michael Scharang
Eine Serenade für Edwin Hartl, den letzten in Wien lebenden Autor aus dem Kreis um Karl Kraus

Melodie & Rhythmus von Günther Jacob
A.N.T.I.: Ostpower; Vertrieb: Mike Weikamm, Priesterstr. 22, 08289 Schneeberg

Melodie & Rhythmus von René Martens
This Heat: Made Available; Manifatture Criminali/Indigo

Melodie & Rhythmus von Lola Rodriguez
Carlo Buti: Firenze; More Record/Disco Piu, Milano

Funktionär des Gegebenen von Stefan Ripplinger
Mit seiner kaum mehr zu überschauenden publizistischen Tätigkeit verfolgt der Sozialwissenschaftler Niklas Luhmann vor allem ein Ziel: die Austreibung der Gesellschaft aus der Soziologie

Pflicht zum Sterben von Alexander Bogner
Der Mainzer Rechtsphilosoph Norbert Hoerster ist der deutsche Bauchredner Peter Singers. Sein aktuelles Buch zeigt, daß die neue »Euthanasie«-Debatte dasselbe Ziel hat wie die alte: die Freigabe der Vernichtung »lebensunwerten« Lebens

Film & Theater von Jens Hoffmann
Die Bettlektüre

Film & Theater von Dietrich Kuhlbrodt
Independence Day

Film & Theater von Jan Pehrke
Breaking the Waves

Film & Theater von Jürgen Roth
Kansas City

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 10/96, S. 4

von konkret

»Akte Grams wird nicht geöffnet«, meinte die »Frankfurter Rundschau« am 10. April dieses Jahres, nachdem bekannt geworden war, daß das Oberlandesgericht Rostock den Antrag der Eltern von Wolfgang Grams letztinstanzlich abgelehnt hatte, Anklage gegen Beamte der Staatsschutz-Einheit GSG 9 wegen Mordes an ihrem Sohn zu erheben. Sie wird – nachdem das Bundesverfassungsgericht eine Beschwerde gegen diese Entscheidung gar nicht erst angenommen hat – , nun wohl endgültig geschlossen bleiben, da das Amtsgericht Hamburg am 26. August 1996 das hier einschlägige Verfahren wg. Beleidigung der GSG 9 gegen den verantwortlichen Redakteur von KONKRET, Wolfgang Schneider, »wegen Verjährungseintritts« eingestellt hat.

Zur Erinnerung: Auf Antrag der GSG 9 hatte das Hamburger Amtsgericht Anfang März 94 einen Strafbefehl über 3.000 Mark (ersatzweise 30 Tage Haft) wegen »Beleidigung« gegen Schneider erlassen, weil er, so die Begründung, in KONKRET 8/93 den Artikel »Ein Staat sieht rot« von Oliver Tolmein veröffentlicht hatte, der sich mit der Staatsschutz-Aktion am 27. Juni 93 in Bad Kleinen beschäftigte. Als strafwürdig erkannte das Gericht die folgenden darin enthaltenen Sätze: »Dabei spricht mittlerweile immer mehr dafür, daß es sich bei den Todesschüssen in Bad Kleinen keineswegs um eine Tat im Affekt oder um das Durchdrehen eines einzelnen Beamten gehandelt hat, sondern um eine von der Einsatzleitung mindestens billigend in Kauf genommene, wenn nicht sogar gewünschte Ermordung eines linken Staatsfeindes... Die Vernehmung (der GSG-9-Beamten) ist Zeitungsberichten zufolge unter Bedingungen durchgeführt worden, die die GSG 9 als eine Art Todesschwadron erscheinen lassen... Weitere Details, zum Beispiel das Verschwinden von angeblich vorhandenen Blutresten an Grams rechter Hand, das Fehlen von Blutflecken an dem Ort, an dem der GSG-9-Beamte angeblich erschossen worden sein soll, und dessen auffällig schnelle Beerdigung vervollständigen den Eindruck einer systematischen Irreführung der Öffentlichkeit über einen bewußt durchgeführten Mord.«

Gegen den Strafbefehl legte Schneider Widerspruch ein, was am 13. Mai 94 zur Anberaumung einer Hauptverhandlung durch das Amtsgericht für den 30. Juni führte. In dieser Hauptverhandlung hätten, etwa durch Zeugenvernehmungen, die tatsächlichen Vorgänge in Bad Kleinen gerichtlich geklärt werden müssen, da nur so der Vorwurf der Beleidigung als unrichtig hätte zurückgewiesen oder als zutreffend hätte bestätigt werden können. Eine Woche vor diesem Termin stellte das Amtsgericht das Beleidigungsverfahren gegen Schneider »vorläufig« ein, »da daß (!) Verfahren im Zusammenhang und Vorfällen (?!) in Bad Kleinen noch nicht endgültig abgeschlossen ist«. Das war es erst am 29. März dieses Jahres mit dem Beschluß des Oberlandesgerichts Rostock, den die »Frankfurter Rundschau« mit der Feststellung kommentierte: »So kann es nicht gewesen sein. Das OLG Rostock hat die Zweifel an der Rechtsstaatlichkeit der GSG-9-Aktion von Bad Kleinen nicht beseitigt, es hat sie verstärkt.«

Das Hamburger Amtsgericht aber ließ sich mit der nun fälligen Wiederaufnahme des nur vorläufig eingestellten Verfahrens gegen Schneider Zeit, so lange, bis die sechsmonatige Verjährungsfrist für Beleidigungsdelikte abgelaufen war, und stellte mit Beschluß vom 26. August 96 das Verfahren endgültig ein – auf Kosten der Staatskasse.

Das Düsseldorf-Heft des »Merian« empfiehlt Interessierten zur Fortbildung einige »Sachbücher«, darunter:

Gabriele Henkel: Augenblicke. Interviews-Reviews-Views, Lüdinger + Schmidt, 1995, 30 Mark

Hermann L. Gremliza: Drei Damen. Gabriele Henkel. Hannelore Kohl. Alice Schwarzer, Konkret, 1996, 68 Mark

Die erste Besprechung der Damen-Trilogie. Vielleicht schon die schönste.

KONKRET ist auf der Frankfurter Buchmesse vom 2. bis 7. Oktober am Stand 6.0 F 144 zu finden. Abwechselnd dort zu erreichen sind Wolfgang Schneider, Rayk Wieland und Hermann L. Gremliza (Redaktion) sowie Thomas Schulz (Anzeigen).

Am 4. Oktober von 11 bis 14.30 Uhr ist Sahra Wagenknecht (Koautorin von *Vorwärts und vergessen?*) am Stand. Von 14 bis 16 Uhr signiert Otto Köhler sein neues Buch *Hitler ging, sie blieben*.

Am 5. Oktober sind ab 12 Uhr Jürgen Elsässer (Koautor von *Vorwärts und vergessen*), ab 14 Uhr Hermann L. Gremliza (*Herrschaftszeiten*) und ab 16 Uhr Horst Tomayer (*Tomayers ehrliches Tagebuch*) am Stand und signieren ihre neuen Bücher. Um 19 Uhr lesen gemeinsam: Horst Tomayer und Hermann L. Gremliza, im KOZ, Uni Frankfurt, Mertonstraße 26-28 (Campus).

Am 7. Oktober um 19 Uhr veranstalten KONKRET und die »junge Welt« eine Podiumsdiskussion in der Humboldt-Universität mit Sahra Wagenknecht, Jürgen Elsässer und Hermann L. Gremliza, Unter den Linden, Hörsaal 3038.

Zusammen mit örtlichen Veranstaltern laden KONKRET und die »junge Welt« zu Lesungen von Jürgen Elsässer am 8. Oktober in Detmold, 20 Uhr, Alte Pauline, Bielefelder Str. 3 und am 9. Oktober in Hameln um 19 Uhr, Sumpfblume, Stockhof 2a.

Veranstaltungen mit Sahra Wagenknecht am 3. Oktober um 18 Uhr in München, Gewerkschaftshaus in der Schwanthalerstr. 64, am 10. Oktober um 19 Uhr in Nordhausen, Gaststätte Ratskeller, Markt 15, am 11. Oktober um 17 Uhr in Staßfurt, Salzlandtheater, Steinstr. 20, am 14. Oktober in Gelsenkirchen, am 15. Oktober um 20 Uhr in Siegen, VEB Politik, Kunst, Unterhaltung, Marienbornerstr. 16, am 16. Oktober in Osnabrück, am 17. Oktober um 19 Uhr in Essen, DKP-Bezirkszentrum, Hoffnungsstr. 18, und am 21. Oktober um 19.30 Uhr in Berlin, Berliner Ensemble, Bertolt-Brecht-Platz 1.

Konkret 10/96, S. 6

an konkret

In die Fabrik

KONKRET 8/96: »Postmodern Times« von Hermann L. Gremliza

Lieber »Genosse« Hermann, wie lange soll ich mir denn noch Deine reformistische Scheiße reinziehen. Willst du ein Linker bleiben, dann doch nicht mit sowas wie: »Behinderte haben künftig keinen Rechtsanspruch auf Leistungen der beruflichen Rehabilitation«. Also Hermann, Du setzt Dich für die Humanisierung der bürgerlichen Klassenscheiße ein. Daß es Arbeitslose gibt, darüber regt ihr euch ebenfalls auf. Ihr möchtet nämlich, daß das Proletariat ewig welches bleibt. Aber lieber Hermann, kommen wir mal zur Sache: Wieso setzt Du Dich nicht dafür ein, daß das Proletariat einmal richtig aufräumt und dann z.B. seine bürgerliche Klassengesellschaft macht?! Wie das aussehen soll: Nun, das Proletariat mausert sich über seine Diktatur zum neuen Bürgertum, während es das alte in die Fabriken schickt. Aber lieber Hermann, ich verstehe gut, Du als bürgerlicher Intellektueller müßtest dann in die Fabrik und das, so tippe ich, würde Dir nicht schmecken, und auch schon die Hälfte des Tages (Kommunismus) in der Fabrik, würde ebenfalls nicht schmecken, und so schreibst Du lieber für die SPD. Mach' so weiter Hermann, die Guillotine, von mir betätigt, läßt (Dich) grüßen. So long, bis dann,

Henryk Sowa

Hamburg

Scheißdreck

KONKRET 9/96: »Böse Juden, liebes Vieh« von Uli Krug

Im letzten Heft laßt ihr einen U. Krug polemisieren gegen die »pseudoantikapitalistischen Phrasen«, die ich früher bei Euch verbreitet hätte, und gegen meinen Versuch, in der »SZ« die Verdienste, aber auch die gefährlichen Übertreibungen Peter Singers darzustellen. Ich hätte eigentlich erwartet, daß man mich nach fast dreißig Jahren ständiger Mitarbeit bei KONKRET lange genug kennt, um Krugs Auslassungen schon im Manuskript als das einzuschätzen, was sie sind: ein jämmerlicher, zwangsneurotischer deutschdummer Scheißdreck.

Hermann Peter Piwitt

Hamburg

Aufmacher

KONKRET 8/96: »Knochen für die Medien« von Thomas Deichmann

Den deutschen Medien sind die Massengräber in Bosnien, in denen muslimische Opfer serbischer Massaker liegen sollen, abhanden gekommen. Nach wochenlangem medialen Dauerbeschuß mit immer neuen Schreckensmeldungen und Schreckensbildern herrscht jetzt Feuerpause an dieser Ereignisfront. Dabei lagen angeblich sämtliche Beweise längst auf dem Tisch: Der amerikanische Geheimdienst »CIA« hatte Satellitenfotos geliefert, auf denen frische Erdaushebungen, ein grandioser Beweis für die Existenz von Massengräbern, zu erkennen waren; UN-Menschenrechtsbeauftragte wie Elizabeth Rehn und John Shattuck oder auch die amerikanische UN-Botschafterin Madeleine Albright bestätigten diese Version gleichsam empirisch durch ihre physische Präsenz im Schreckensgebiet und versäumten es nicht, sich gelegentlich mit Totenköpfen ablichten zu lassen; nicht zuletzt zitierte man Zeugenaussagen. Um die Sache richtig hochzupuschen, wurde das Wort »Holocaust«, eigentlich den unvergleichbaren Nazi-Verbrechen an den europäischen Juden vorbehalten, ungeniert im Mund geführt, und also war alles reif für eine Anklage vor dem »Internationalen Kriegsverbrechertribunal« in Den Haag, das nur auf serbische Täter spezialisiert ist.

Und jetzt? Wo sind sie geblieben, die Massengräber? Die widersprüchlichen, manchmal sogar völlig konträren Meldungen und Berichte der großen, internationalen Presse oder die dort gelegentlich publizierten Statements von UN-Angehörigen vor Ort, die einem zu Ohren kommen, belegen nur, daß die Regierungen Kroatiens und Bosniens, aus deren Herrschaftsbereichen die meisten Nachrichten aus dem ehemaligen Jugoslawien stammen, die amerikanischen Medienkonzerne und PR-Agenturen »Ruder Finn« und »Hill & Knowlton«, die uns im Golfkrieg die »Brutkasten-Legende« auftischten, für sich arbeiten lassen. Und die deutschen Medien spuckten aus, womit Agenturmeldungen, Politik,

westliche Geheimdienste und emotional aufwühlende Augenzeugenberichte sie gefüttert hatten. Ein Narr, wer in diesem Vorgehen lediglich einen faux pas und nicht die Regel in der Funktionsweise kapitalistisch verfaßter Medien erkennen will.

Wie wird es weitergehen? Um die Massengräber-Lücke zu füllen, entdecken die deutschen Medien jetzt ersatzweise beinahe jeden Tag ein illegales serbisches Waffenlager oder sonstige Verstöße der serbischen Seite, bis, ja, bis vielleicht dann eines Tages doch noch eine Agenturmeldung, der Stoff, aus dem die journalistischen Träume sind, über die wiedergefundenen Massengräber auf die Redaktionstische flattert und die Medienzunft erlöst. Und wenn schließlich Herr Stefan Schwarz von der »CDU« sich, wie einst, mit schmerzverzerrtem Gesicht und zum Gebet gefalteten Händen auf der Mattscheibe breitmacht – wer kann sich da noch Zweifel leisten? Dann wird alles wieder von vorne beginnen. Same as it ever was. Vielleicht wird es auch kleingedruckte Dementis und Richtigstellungen geben, aber die soll und will eh keiner lesen. Aufmacher gegen Aufklärung – das hat längst seine Wirkung hinterlassen.

Rainer Dittrich

Bergisch Gladbach

Wehrpsychologie

KONKRET 9/96: »Der dialektische Herr. H.« von Max Horkheimer / Gunzelin Schmid Noerr

Zur Integration von Horkheimer/Adorno in die BRD noch folgender Hinweis: Im März 1954 traf sich ein Gremium kluger Leute im Frankfurter Soziologischen Institut zur »Erarbeitung der Grundlagen und Arbeitsmethoden eines personellen Auswahlverfahrens« zur Prüfung der 170.000 Offiziere, die für die neue BRD-Armee kämpfen wollten. Außer dem ehemaligen Wehrmachtspsychologen und Faschisten Philipp Lersch und weiteren Hochschullehrern waren zugegen: die Professoren Horkheimer und Adorno vom Soziologischen Institut. Adorno wurde Leiter des Arbeitsgremiums und Koordinator, um den Aufbau der Wehrpsychologie in Zusammenarbeit mit dem Amt Blank schnellstens voranzutreiben.

Zehn Jahre später konnten bereits 114 Planstellen gemeldet werden, deren Inhaber darauf hinarbeiteten, die »Synthese der besten Methoden der Wehrmachtpsychologie mit den besten der NATO-Psychologie« zu erproben. Soviel zum Anteil Adornos und Horkheimers an der Verteidigung des Restes der bürgerlichen Civilisation. (Zitate aus: G. Flik, 1988. Zur Geschichte der Wehrmachtpsychologie 1934-1943. Aufbau der Bundeswehrpsychologie 1951-1966, Bonn)

Dr. Klaus Weber

München

Schriftstellerin

KONKRET 7/96: »Gestern links, heute rechts« von Pascal Beucker

Sie schreiben, ich sei eine »deutsche Mutter ohne Kreuz«. Wissen Sie, was Sie sind?

Schreibtischtäter!

Und wissen Sie, wer ich bin: Eine ganz normale alleinstehende Mutter, zur Zeit seit Frühjahr 1995 verlagslos, seitdem lebend mit Existenzminimum, zwei Kinder von 17 und acht Jahren erziehend, und zwar Tag für Tag und ohne Hilfskräfte. Zwei Kinder sind Studenten, meine Tochter ist Halbwaise. Ich bin für alle vier verantwortlich und komme dieser Verantwortung nach.

Was Sie schreiben, ist Rufmord.

Ich habe leider nicht das Geld und nicht die Kraft, Sie zu verklagen. Sie werden mich aber nicht einschüchtern. Ich bin Schriftstellerin, und Sie werden mich nicht zum Schweigen bringen.

Karin Struck

Gütersloh

P.S. Sie dürfen gerne das Mutterkreuz an meine Tochter verleihen, indem Sie ihr, die vaterlos ist, für ihr Studium auf ihr Konto etwas überweisen. Ihre Konto-Nr. ist: Kieler Sparkasse, Konto Nr. 25265158, BLZ 21050170. Sie beendet gerade ihr Studium und jobbt viel. Also, verleihen Sie ihr das Mutterkreuz, obwohl sie bisher noch nicht Mutter ist.

K.S.

Konkret 10/96, S. 9

Hermann L. Gremliza

Mords Moral

Abseits ist, wenn der Schiedsrichter pfeift. Vergehen gegen das Völkerrecht und die Menschenrechte liegen vor, wenn der Präsident der USA sie feststellt. »Wenn du dein eigenes Volk mißbrauchst oder deine Nachbarn bedrohst, mußt du einen Preis bezahlen«, sprach Bill Clinton, als er seiner Luftwaffe den Befehl gegeben hatte, Flugabwehrstellungen der Iraker mit Marschflugkörpern zu bombardieren.

Das internationale Recht, auch Völkerrecht genannt, war nie paraphierte Moral, und immer auch hier *Caesar supra grammaticam* bzw. *legem*, doch hatte die Konfrontation der Machtblöcke in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg eine Art Gewaltenteilung etabliert, die sogar die Großmächte zwang, ihren Taten ein Minimum rechtlicher Begründung unterzumischen. Vor 1989/90 hätte auch der frechste der atlantischen Werbeonkel sich nicht getraut, über eine Intervention der USA so zu schreiben wie Theo Sommer jetzt in der »Zeit«:

Das amerikanische Eingreifen war nicht das Ergebnis eines völkerrechtlichen Seminars. Die juristische Basis des Unternehmens ist dünn. In der zur Rechtfertigung herangezogenen Weltsicherheitsrats-Resolution 688 sind nicht einmal Flugverbotszonen stipuliert (festgelegt – HLG), geschweige denn ein Verbot irakischer Truppenbewegungen in dem unter UN-Schutz stehenden kurdischen Schutzgebiet... Doch ging es Präsident Clinton nicht um Juristerei. Ihm ging es um Macht und Prestige.

Überschrift: »Saddams Hasard«, Unterzeile: »Iraks Diktator provoziert den Westen«. Daß beides gelogen war, durfte man dem Artikel darunter ebenso entnehmen wie die Auffassung des Autors, daß das Völkerrecht nun wieder einer jener Fetzen Papier sei, als den der deutsche Reichskanzler Bethmann-Hollweg am 4. August 1914 den Vertrag über die Neutralität Belgiens bezeichnet hatte. Was Dr. Sommer »Saddams Hasard« hieß, nannte die »Los Angeles Times« »einen der größten Rückschläge, die US-Geheimdienste jemals erlitten haben«, und zwar so:

Die CIA hatte die Einrichtung eines Schutzgebietes für die Kurden im Nordirak dazu mißbraucht, mit einem jährlichen Etat von 20 Millionen Dollar einige tausend irakische Agenten anzuwerben, auszubilden und zu bewaffnen, die ihren Staatspräsidenten stürzen sollten. Als Saddam Hussein davon erfuhr, bestellte er sich – wie Volker Rühe die Bitten der Nato um deutsche Kampftruppen für Bosnien – den Hilferuf eines Kurdenführers. Bei ihrem überraschenden Einsatz im Norden gelang es Saddams Truppen, ein paar hundert CIA-Agenten zu ergreifen (die meisten wurden sofort hingerichtet), der Rest, nach Angaben der »Frankfurter Allgemeine« »insgesamt 2.500 kurdische und arabische Mitarbeiter amerikanischer Organisationen«, floh über die türkische Grenze und soll in den USA politisches Asyl erhalten.

Was ist da geschehen – »in völkerrechtlicher Sicht«? Ein Staat hat mit der Planung und Vorbereitung eines Putsches gegen das völkerrechtliche Verbot einer Intervention in einen anderen Staat verstoßen. Dessen Staatoberhaupt hat, gedeckt durch die völkerrechtliche Kategorie der Selbstverteidigung, die Intervention gewaltsam beendet. Aus Wut über diesen Reinfall, aus Angst um die Gefährdung wirtschaftlicher und strategischer Interessen der USA in der Region, vor allem aber zur Rettung seiner durch all dies gefährdeten Wahlchancen, hat der Präsident der USA einen völkerrechtswidrigen Angriff angeordnet, zu dem er auch nicht durch irgendeine UN-Resolution ausnahmsweise berechtigt oder gar ermächtigt war, bei dem jedoch, wie er wußte, eine vorher nicht bestimmbare Anzahl Menschen zu Tode gebracht werden würde. Und weil der Präsident das aus den drei genannten niederen Beweggründen getan hat, sagt die Juristerei: Er ist ein Mörder.

Es anders sehen zu wollen, setzt voraus, das Recht des US-Präsidenten auf Wiederwahl und das Recht der USA, »die Wege unseres Öls zu sichern« (Kriegsminister Perry), als Menschenrechte zu definieren, die über dem Völkerrecht stehen. Wie Menschenrechte es rechtens sollten, denn wer wollte nicht die nationalen Irrenanstalten des souveränen Gebrauchs der völkischen Selbstbestimmung und ihrer anderen barbarischen Unterdrückungsmittel beraubt und zur Achtung des Lebens, der Würde, der Freiheit gezwungen sehen? Wenn bloß die Menschenrechte sich nicht als der blutigste Kalauer der jüngsten Geschichte erwiesen hätten.

Menschenrechte sind verletzt, wenn die USA pfeifen. Das liegt erstens an ihrer militärischen Übermacht und zweitens an den nachhaltigen Folgen ihrer weltpolitischen Geschichte: Als Protagonisten des Völkerbundes, dem sie dann nicht beitraten, der Niederschlagung Nazideutschlands, des Nürnberger Gerichtshofs und – zusammen mit der Sowjetunion, Großbritannien und China – der Gründung der Vereinten Nationen haben sich die USA bis heute, trotz ihrer Kriegsverbrechen in My Lai, Grenada und fast überall dazwischen, die Aura eines Staates bewahren können, aus dem zwar keineswegs immer, aber immer mal wieder, alle vier, zumindest aber alle acht Jahre, in Person eines an den Verbrechen, die der jeweilige Vorgänger gerade noch begangen hat, ganz und gar unschuldigen Präsidentschaftskandidaten ein Retter zu nahen scheint. Als der Mann, der jetzt daheim für die zügige Vollstreckung der Todesstrafe wirbt und für seine Wiederwahl

auch in Übersee Leute umbringen läßt, vor vier Jahren sein Amt antrat, rief für viele Gleichgesinnte der grüne Fraktionsvorsitzende Fischer: »Wo bleibt der Clinton von Bonn?« (Der brave Mann dachte an sich selbst, zuletzt.)

So führen sie denn die Menschenrechtsbagage an, und wenn auch alle Welt sieht, daß Saddam Hussein im Sommer 1996 weder sein eigenes Volk mißbraucht noch irgendeinen Nachbarn bedroht hat, wiederholt doch der außenpolitische Sprecher der Sozialdemokratie im deutschen Bundestag Clintons Lüge als eigene Wahrheit. Der Hansel, er heißt Gansel, wollte mit seiner Auffassung von Völkerrecht die Bundesregierung ärgern, die daran arbeitet, die USA als Ordnungsmacht im vorderen Orient abzulösen, und zu diesem Zweck allerlei illegale und klandestine Operationen teils ermuntert, teils selbst organisiert hat: Waffen an Libyen, den Irak, den Iran, »kritischer Dialog« mit fundamentalistischen Moslemgruppen und -staaten, zuletzt ein Besuch des Geheimdienst-Koordinators Schmidbauer beim iranischen Präsidenten Rafsandschani und ein Lösegeld von 25 Millionen Mark an die Terrorgruppe Hisbollah (angeblich für die Herausgabe der Leiche eines israelischen Soldaten).

Die menschen- und völkerrechtlichen und also die moralischen Differenzen der USA und ihrer befreundeten Gegner bestehen im Bezug auf den Irak im übrigen darin, daß die USA und Großbritannien den sehr schön hohen Preis ihres Öls verteidigen wollen, der durch den Tausch Öl gegen Lebensmittel, den die Uno den hungernden Irakern wg. mehrjähriger Bravheit ihres Diktators hatte bewilligen müssen, und durch das Erdgasgeschäft über 20 Milliarden Dollar, das der türkische Fundamentalist Erbakan mit seinem Bruder Rafsandschani abgeschlossen hat, in Gefahr geraten war, während Frankreich, Italien und Deutschland an der zivilen und militärischen Aufrüstung des Irak verdienen wollen.

Es wären soweit alle völker- und menschenrechtlichen Fragen beantwortet – bis vielleicht auf diese: Warum so gar keine der vielen deutschen Friedensfreunde, die vor fünf Jahren wider den zweiten Golfkrieg demonstrierten, auf die Straße gegangen sind, um gegen den Überfall der USA auf einen Irak zu protestieren, der 1996 weder einen Nachbarn überfallen noch einen anderen mit Giftgasraketen bedroht hat? Das Engagement zugunsten von Saddam Hussein wird doch nicht darunter gelitten haben, daß er diesmal Israel nicht bedroht?

Konkret 10/96, S. 10

Herrschaftszeiten

Modellrechnung

Um durchschnittlich 149 Mark (im Osten: 113 Mark) im Monat will die Bundesregierung die Arbeitslosenhilfe ab 1997 kürzen. Daß dies unsozial sei, hat Helmut Kohl »Unsinn« genannt. Er weiß, daß er für 149 Mark in seinem Lieblingsrestaurant ein Menü bekommt, die Arbeitslosen also gerade mal auf ein Abendessen pro Monat verzichten müßten, um so gut dazustehn wie zuvor.

Och!

Der Wunsch des Kriegsministers Volker Rühe, die Nato möge einen deutschen Offizier als Chef des Stabes ins Oberkommando der Ifor-Truppen in Bosnien berufen, blieb unerhört. Die Verbündeten speisten die Deutschen mit dem Posten eines stellvertretenden Kommandeurs für Versorgungsaufgaben ab. Damit eine solche Brüskierung nicht noch einmal vorkommt, wird Deutschlands künftige Bosnien-Truppe die gleichen Rechte zum Kriegführen erhalten wie die amerikanische, die britische und die französische.

Links schwenkt

Die SPD wird, wie immer, die entsprechenden Kredite bewilligen, beziehungsweise hat das ihr außenpolitischer Sprecher, der einst gefürchtete Systemüberwinder Karsten D. Voigt in vorauseilendem Wehrwillen bereits getan:

Die Bundeswehr hat sich dort bewährt. Und wenn man den Einsatz insgesamt für richtig hält, gibt es in Zukunft keinen Grund mehr, den Einsatz der Bundeswehr anders zu definieren als den von Holländern, Dänen oder Schweden.

Minister Rühe hat gesagt, Ende des Jahres sei Schluß mit dem Ifor-Einsatz. Was sagen Sie dazu, Herr Voigt?

Wir haben ihm stets gesagt, das ist unrealistisch, bei der Lage dort. Der Einsatz müsse verlängert werden. Rühe muß sich korrigieren.

Die Vaterlandsgesellen sind los.

MörderInnen

»Emma«, die Zeitschrift für weibliche Wehrertüchtigung, hat eine neue Parole ausgegeben:

Dienst mit der Waffe vor der Kaserne ist allemal besser als Dienst am Mann unter der Laterne.

Denn es gibt kein Leben nach dem Geschlechtsverkehr.

Kessel Buntes

Die Avantgarde der Partei des deutschen Demokratischen Sozialismus, der Landesverband Mecklenburg/Vorpommern, plant den »großen Sprung nach vorn« (Mao Zedong). Ihr Vorsitzender Holter möchte, daß die PDS künftig »viel lockerer daherkommt«. Sie solle »auch eine Veranstaltung sein, die einfach Spaß und Vergnügen macht«. Schon heute komme ihre »volksverbundene Art und Weise« toll an. »Man sagt uns nach«, spricht der Vorsitzende vor, »daß wir eine Partei sind, die sich auch um die kleinen Fragen kümmert.« Also nicht nur um so große wie »Warum nur, warum muß alles vergehn, hoho?«, sondern auch um so kleine wie »Wer hat den Käse zum Bahnhof gerollt?« bzw. den Brie zur »Hannoverschen Allgemeinen«, die ein Gespräch mit dem PDS-Wahlkampfleiter so wiedergab:

Um die PDS im bundesdeutschen Parteiensystem zu verankern, ist Brie auch bereit zu schmerzhaften Schritten. Angesichts leerer Kassen müsse auch die PDS dem Bürger sagen, »daß es einige unbequeme, unpopuläre Entscheidungen geben wird«. Das bisherige Sozial- und Wohlfahrtsniveau sei jedenfalls nicht aufrechtzuerhalten. Die Menschen – auch in der PDS – müßten begreifen, daß der zu verteilende Kuchen nicht immer nur wachsen könne.

Als einige Genossen ihm sagten, daß die Partei so locker erst nächstes Jahr daherkommen dürfe, schrieb er der Zeitung einen Leserbrief, den er Wochen später geradezu ein »Dementi« nennen sollte:

Im Artikel wird unter Berufung auf mich – aber wohlweislich nicht als Zitat – behauptet, ich hätte gesagt: Das bisherige Sozial- und Wohlfahrtsniveau sei jedenfalls nicht aufrechtzuerhalten; die Menschen – auch in der PDS – müßten begreifen, daß der zu verteilende Kuchen nicht immer nur wachsen könne. Ich halte unpopuläre Änderungen auch in der Lebensweise angesichts der existenziellen ökologischen Krise tatsächlich für erforderlich, halte es aber für notwendig und möglich,

diese Veränderungen mit der Bewahrung der Sozialstaatlichkeit und allgemeiner Wohlfahrt in der Bundesrepublik zu vereinbaren. Worum es mir geht – das habe ich Ihrem Journalisten auch gesagt – ist, daß erstens diese Standards nicht verteidigt werden können, wenn nicht eine neue wirtschaftliche und gesellschaftliche Grundlage für sie geschaffen wird (jene, auf der sie entstanden und erkämpft worden sind, ist nicht mehr existent bzw. geht ihrem Ende zu), und zweitens muß die Art und Weise, in der Sozialstaatlichkeit und Wohlfahrt gestaltet sind, neu, zum Teil sogar sehr grundsätzlich anders realisiert werden. Das – und in argumentativer Form – hatte ich dargelegt und sehe ich als eine wesentliche Aufgabe verantwortungsbewußter Politik in der Bundesrepublik.

Dr. André Brie

Kurzum, die Übersetzung dieses Käses aus dem Wahlkampfleiter-Chinesisch ins Deutsche, die der Journalist unternommen hatte, war korrekt.

Und tschüs!

Die PDS Albaniens, die dort aus der kommunistischen Partei hervorgegangene Sozialistische Partei, hat mit dem »diktatorischen Regime« ihrer früheren Vorsitzenden Hodscha und Alia radikal gebrochen sowie sich auch vom Marxismus distanziert. Die albanischen Genossen sind dem André Brie um Wochen voraus.

In Treue fest

Das wirkliche Leben zwingt zu Abstrichen von den Idealen, und so mußten auch die Ökopaxe mit den Jahren realpolitisch auf manch liebe Gewohnheit wie die Abneigung gegen Energiekonzerne und gegen Kriege verzichten, um ihr eigentliches Ziel doch nie zu verraten: die Rettung des Wachtelkönigs. Weil die Bebauungspläne des Senats im Stadtteil Neugraben diese dort nistende seltene Vogelart stören könnten, wird die Grün-Alternative Liste (GAL) in der Hamburger Bürgerschaft in dieser Frage radikal und kompromißlos bei ihrem Nein bleiben.

Zum Trost für diesen Sieg der Fundamentalisten wollen nun die Realos die Trennung von Amt und Mandat aufheben. Die Geschäftsführerin des Bundesvorstands, Rühle, ist dafür, dagegen ist bloß der Parteivorsitzende Trittin – man weiß also, wie es ausgehen wird.

Todesschätzen

Weil die UN-Experten bei ihrer Suche nach Massengräbern in Bosnien immer noch nicht richtig fündig geworden sind, haben einige Medien begonnen, ihre Totenzahlen klammheimlich herunterzufahren. Anfang September hatte die »Bild«-Zeitung, die bisher mindestens 8.000 Opfer der serbischen Massaker von Srebrenica gezählt hatte, die Zahl auf 3.000 gekürzt. Was, wenn sich auch diese Zahl als viel zu hoch erwiese? Könnte das Glück einiger tausend Bosnier, nicht umgebracht worden zu sein, das Pech aufwiegen, das dies für die deutschen Beobachter an der »Rampe von Srebrenica« (Freimut Duve) bedeutete?

Ubi gaga, ibi patria

In ihrem Mailänder »Centro Culturale« hat die Mäzenin Alessandra Borghese eine große Leni-Riefenstahl-Ausstellung organisiert, in de-ren Katalog sich die Kamera-frau der Nazis als Widerstandskämpferin gegen den Nationalsozialismus feiern darf (»Für mich hat es nie Rasseprobleme gegeben... Ich liebte mein Land und konnte arbeiten«) und von Frau Borghese als »Donna faber«, als weise Frau, gefeiert wird. Die Idioten sind immer und überall.

Charmant

Die »Frankfurter Allgemeine« attestiert einem Herrn Müller, der bei den hessischen Grünen die Nachfolge Joschkas I. antreten will, er verfüge »nicht über die natürliche Begabung Fischers, sich von Partei und Öffentlichkeit ständig überschätzen zu lassen«. Es gibt ihn doch, dendiskreten Charme der Bourgeoisie.

Festung Europa

Die Zahl der Asylbewerber in Westeuropa ist 1995 auf 290.000 zurückgegangen, das sind zwölf Prozent weniger als im Jahr davor. 1992 hatten es noch 700.000 Asylbewerber bis nach Europa geschafft. 250.000 Asylbewerber wurden 1995 aus Westeuropa abgeschoben.

Lest Herzog!

Der Bundespräsident hat auf dem »Tag der Heimat« den versammelten Revanchisten erklärt:

Hinterpommern, Ostpreußen und Oberschlesien sind heute völkerrechtlich unbestritten polnisches bzw. russisches Staatsgebiet. Eine Verschiebung der Grenzen ist nicht das Thema unserer Zeit.

Sondern einer anderen. Schon morgen können Hinterpommern, Ostpreußen und Oberschlesien völkerrechtlich bestrittenes polnisches bzw. russisches Staatsgebiet sein. Was ist mit dem Sudetenland? Das beantwortet der »Spiegel«:

Tschechien hat Aussichten, noch vor der Jahrtausendwende der EU beizutreten. Dann darf sich dort jeder Deutsche ohne weitere Formalitäten niederlassen.

Und was mit Krain (heute: Slowenien) und dem alten deutschen Laibach (heute noch: Llubljana) wird, sagt wieder Roman Herzog:*Bei seinem Besuch in der ehemaligen jugoslawischen Teilrepublik bekräftigte der Bundespräsident, daß Slowenien so rasch wie möglich Mitglied der EU werden solle.*

Damit sich dort so rasch wie möglich jeder Deutsche ohne weitere Formalitäten niederlassen kann.

Reverenz

Schlußwort zum Streit um die Tötung Behinderter und ihren Propagandisten P. Singer:

Singer will Klarheit schaffen in der Grauzone zwischen Leben und Tod; er will die Entscheidung von Ärzten und Angehörigen, die Behandlungen abbrechen oder gar nicht erst beginnen, auf eine sichere Grundlage stellen, und er will die seiner Meinung nach heuchlerische Unterscheidung von erlaubtem Sterbenlassen und verbotenem Töten nicht akzeptieren. In Wahrheit aber ist in der Grauzone und selbst noch bei der Heuchelei die Humanität besser aufgehoben als bei Singers automatenhafter Rationalität. Es mag Augenblicke geben, da man auf eigene Verantwortung und im Bewußtsein unvermeidlicher Schuld gegen das Leben entscheidet. Es aber mit gutem Gewissen tun zu dürfen, von Regeln ermächtigt und von Kommissionen legitimiert – das ruiniert den moralischen Sinn. Man muß kein Philosoph sein, um das zu begreifen. Jeder kann es verstehen – wie auch jeder, der einmal mit offenen Augen ein neugeborenes Kind angesehen hat, wissen kann, daß Singers Idee vom bloß bedingten Lebensrecht des Babys eine Wahnidee ist.

Geschrieben von Jan Ross. Gedruckt in der »FAZ«. Erstaunlich.

Sein Freund, der Nazi

Ein Mann, dessen »wertvollen Beitrag zur politischen Kultur unseres Landes« Bundeskanzler Kohl erst vor wenigen Wochen wieder gewürdigt hat, schreibt einen Einschreibebrief:

Kurt Ziesel

83254 Breitbrunn

Königstr. 51

Herrn verantw. Redakteur

Wolfgang Schneider und

Herrn Otto Köhler

Mitarbeiter von »Konkret«

Ruhrstraße 111

22761 Hamburg

27. August 1996 z/ha

Sehr geehrter Herr Schneider,

sehr geehrter Herr Köhler,

Sie veröffentlichen in der August-Ausgabe 1996 von »Konkret« einen Artikel von Otto Köhler über mich, der in allen wesentlichen Punkten den Tatbestand der üblen Nachrede und Verleumdung erfüllt.

Zwar kann ich gegen die im Bundestag und durch das Bundestagsprotokoll verbreiteten Verleumdungen und Lügen einzelner Abgeordneter der SPD und Grünen juristisch auch gegen Sie nichts unternehmen, weil Sie ja diese Lügen wörtlich aus dem Bundestagsprotokoll abgedruckt haben, wohl aber auf alle Fälle gegen zwei Äußerungen, von denen die eine bereits Gegenstand einer einstweiligen Verfügung des OLG München gegen den »Stern« war (AZ 21 U 5207/74), und zwar wegen völlig einseitiger Darstellung der Motive meiner Anzeige gegen das Treiben der Köchin meiner Frau.

Die zweite Behauptung, daß mich Helmut Kohl nach Israel eingeschmuggelt hat, ist grotesk. Als damals österreichischer Staatsbürger bedurfte ich nicht einmal eines Visums zur Einreise und bin selbstverständlich wie alle anderen Mitreisenden mit meinem Reisepass durch die israelischen Zollkontrollen gegangen.

Schon in den 50er Jahren hat die israelische Presse und auch die jüdische Presse in Deutschland meinen Roman »Daniel in der Löwengrube« in besonderer Weise gefeiert, was auch 1984 Helmut Kohl im Bundestag anläßlich der Israel-Reise ausführlich dargestellt hat, als er mich gegen die Verleumdungen in Schutz nahm.

Sollten Sie mir in beiden Fällen nicht bis zum 5. September eine strafbewehrte Unterlassungserklärung abgeben, werde ich meinen Anwalt beauftragen, gegen Sie eine einstweilige Verfügung bei dem zuständigen bayerischen Gericht zu beantragen.

Kurt Ziesel

Weil so viel Dreistigkeit selbst bei alten Nazis selten ist, soll ein Brief klären, ob sich hier vielleicht jemand einen Scherz erlaubt hat:

KONKRET-Redaktion

Hamburg, 30.8.96

Sehr geehrter Herr Ziesel,

Sie monieren an Otto Köhlers Beitrag in der August-Ausgabe von KONKRET u.a. »eine völlig einseitige Darstellung der Motive meiner Anzeige gegen das Treiben der Köchin meiner Frau«. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir mitteilen würden, welches die Motive – über die Otto Köhler kein Wort verliert – gewesen sind, die Sie veranlaßt haben, die Köchin Ihrer Frau bei der NS-Justiz zu denunzieren, und worin »das Treiben« dieser Köchin bestand.

Wolfgang Schneider

Die Antwort räumt alle Zweifel aus:

2.9.96

Sehr geehrter Herr Schneider,

auf ihren Brief vom 30.08., der allerdings nicht die von mir gewünschte strafbewehrte Unterlassungserklärung enthält, bin ich nicht verpflichtet, Ihnen weitere Erläuterungen zu liefern und auch nicht bereit, sowohl für Sie wie für Herrn Köhler den Termin vom 05.09. verstreichen zu lassen. Sie müssen danach beide mit dem Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung rechnen.

Um Ihnen jedoch zu Ihrer Frage Antwort zu geben, übermittle ich Ihnen anbei ein seinerzeitiges Schreiben meines Rechtsanwaltes über den Erlaß einer rechtskräftig gewordenen einstweiligen Verfügung des OLG München gegen den »Stern«. Das Urteil selbst habe ich z. Z. nicht zur Hand. Es hat das AZ. 21 U 5207/74. Außerdem übermittle ich Ihnen ein Urteil des LG Hamburg, aus dem sich ebenfalls eindeutig ergibt, um was es sich dabei handelt.

Kurt Ziesel

Im beigelegten Urteilstext des Landgerichts Hamburg hat Ziesel diese Passage mit Kugelschreiber angestrichen, weil sie, wie er meint, seine Ehre wiederherstellt:

Grundsätzlich steht dem Antragsteller entgegen der Auffassung der Antragsgegner ein Recht auf Entgegnung im Rahmen einer Gegendarstellung gemäß Paragraph 11 HPG zu; sein Verlangen als solches ist nicht rechtsmißbräuchlich. Die Erstmitteilung vermittelt nämlich den Eindruck, der Antragsteller habe die Anzeige im Jahre 1943 lediglich wegen einer unbedachten Äußerung der Angezeigten (»...bloß, weil ihr einmal unbedacht herausgeplatzt war...«)und außerdem deshalb erstattet, weil die Angezeigte ihm ein »Gspusi« mit der Gutssekretärin angehängt habe. Hierdurch haben die Antragsgegner dem Antragsteller unterstellt, er habe wegen absoluter Nichtigkeiten angezeigt. Sie haben damit ein schiefes Bild vermittelt, weil sich aus dem Text der Anzeige, die ihnen vorlag, ergibt, daß für die Erstattung der Anzeige noch andere Motive vorlagen, Motive, die den zum Ausdruck gebrachten Wunsch nach »Sondergericht« und »exemplarischer Bestrafung« sowie die Ansicht »reif für das Konzentrationslager« zwar keinesfalls rechtfertigen, aber die Erstattung der Anzeige aus damaliger Sicht in einem anderen Licht erscheinen lassen können (z. B. Bedrohung der zurückgelassenen Ehefrau). Aus diesen Erwägungen muß dem Antragsteller grundsätzlich die Möglichkeit zugebilligt werden, auf seine Beweggründe einzugehen...

Im beigelegten Brief zitiert Ziesels Anwalt aus einem Urteil des OLG München: *Auf die Berufung des Verfügungsklägers (Ziesel) wird bei Meidung eines Ordnungsgeldes oder einer Ordnungshaft für jeden Fall der Zuwiderhandlung – bei der Verfügungsbeklagten zu 1) zu vollziehen an ihrem Vorstandsvorsitzenden – verboten, die Behauptung, daß der Verfügungskläger eine auf seinem Gutshof tätige Köchin im Jahre 1943 mit dem Antrag, sie durch das Sondergericht*

abzuurteilen, wegen der Äußerung der Köchin »Ihr Deutschen, schaut's, daß hinauskommts! Wir haben Euch nicht gebraucht. Es kommt auch noch einmal ein anderer Tag« angezeigt habe, sondern daß er die erwähnte Äußerung im Zusammenhang mit angeblichen weiteren ähnlichen deutschfeindlichen Äußerungen und Verhaltensweisen der Köchin, durch die er sich angeblich in seinem Haus- und Hoffrieden beeinträchtigt gesehen habe, zum Gegenstand seines Antrages auf Verurteilung durch das Sondergericht gemacht habe...

Kurt Ziesel, Geschäftsführer der Deutschland-Stiftung, die Konrad-Adenauer-Preise verleiht (u.a. an den Lyriker Lutz Rathenow, den Marinerichter Hans Filbinger und den Bundeswehrhistoriker Michael Wolffsohn), legt Wert auf die Festellung, daß es *mehrere* deutschfeindliche Äußerungen waren (und nicht etwa nur eine), die ihn im Sommer 1943 bewogen haben, die »exemplarische Bestrafung« der Köchin durch ein »Sondergericht« zu verlangen mit der Begründung, »daß derartige Haßausbrüche gegen Großdeutschland und die Volksgenossen aus dem Altreich eine Gesinnung verraten, die für das Konzentrationslager reif ist«.

Daß er damals ein fanatischer Nazi war, räumt Ziesel gerne ein. Was diesen Briefwechsel interessant macht, ist etwas ganz anderes, nämlich daß ein Mann, den der deutsche Bundeskanzler als Begleiter nach Israel mitnimmt, noch im Sommer 1996 darauf besteht, schon im Sommer 1943, als er die Einweisung seiner Köchin in ein KZ empfahl, als der Ehrenmann gehandelt zu haben, der er heute ist und für dessen »vorbildliche Tätigkeit« sein Freund Helmut Kohl ihm immer wieder dankt.

Heute denkt niemand daran, was in zwanzig Jahren sein wird. Jeder möchte morgen besser leben. Er will morgen früh ein Auto, morgen mittag eine bessere Wohnung und heute mehr Geld. Das ist eine sehr positive Entwicklung. Ich bin froh darüber

Viktor Jerofejew, russischer Dichter

Wir müssen die Leute zwingen, Arbeitsplätze anzunehmen

Julius Louven, Sozialexperte der CDU im Bundestag

Politische und wirtschaftliche Ordnung muß dafür sorgen, daß individuelle Ziele entsprechend den globalen Herausforderungen in den Hintergrund treten

Rita Waschbüsch, Vorsitzende des Zentralkomitees der deutschen Katholiken

Konkret 10/96, S. 14

Otto Köhler

Unter Deutschen

Daniel Goldhagens These ist falsch: Seine Begegnung mit Mommsen, Schirrmacher, Augstein, Knopp und anderen Fürsprechern dieser Nation hat gezeigt, daß die Deutschen von heute sich von den gestrigen nicht halb so sehr unterscheiden, wie der Professor aus Harvard behauptet

Am Abend des 4. September, an dem Daniel Jonah Goldhagen in Hamburg seine Veranstaltungstournee durch Deutschland begann, war er auch schon widerlegt. »Hindenburg liegt gleich bei Auschwitz«, brüllte zur selben Stunde eine deutsche Besuchergruppe beim Fußballspiel zwischen Polen und der Bundesrepublik in Zabrze, das bald wieder Hindenburg heißen soll. Nach dem Verkehrshinweis zum Vernichtungslager konnten die Fernsehzuschauer beider Länder auch die freundlich formulierte Warnung an die Übriggebliebenen auf dem mitgebrachten Transparent nicht übersehen: »Schindler-Juden, wir grüßen Euch.« Die »Scheißpolacken«, so hatten die Deutschen schon am Bahnhof gebrüllt, waren mitgemeint. Während des Spiels und nach dem deutschen Sieg versuchten die Deutschen, den Polen die Schädel einzuschlagen. Nein, nicht *die* Deutschen, es war nur eines von den vielen Skinhead-Sondereinsatzkommandos, die auch in Deutschland ihren freiwilligen Dienst ableisten. Der deutsche Fußballfunktionär Vogts empfahl das Wegschauen: »Ich habe die Bitte, daß man denen nicht eine Plattform gibt, um auf sich aufmerksam zu machen.«

Wenn die polnische Polizei, vorgewarnt, nicht massiv eingegriffen hätte, wäre es zum Blutbad im Stadion gekommen. So gab es – offiziell – nur drei verletzte Polizisten. Doch niemand kann ignorieren, daß auch die deutsche Polizei hart und unnachsichtig zugegriffen hatte. Als die Demonstranten auf dem Grenzbahnhof eintrafen, wurden sie von starken Polizeikräften eingekesselt. Ohne lange Vorrede machten die Beamten von ihren Knüppeln Gebrauch, es gab Verletzte, nicht unter den Polizisten. Schließlich hatte das deutsche Gericht den Aufmarsch vorausschauend verboten. Wegen »Volksverhetzung«.

Das war allerdings nicht an der deutsch-polnischen Grenze, sondern vier Tage zuvor in Grevesmühlen bei Lübeck. 700 Beamte stellten sich dort den 150 vorwiegend jungen Leute entgegen, die gegen die Ermittlungspraxis im Falle des Lübecker Brandanschlags (zehn tote Ausländer) protestieren wollten. Bundespräsident Herzog hatte den sachdienlichen Hinweis gegeben, daß er sehr ungehalten werden würde, wenn sich herausstellen sollte, daß deutsche Rechtsextremisten den Anschlag begangen hätten. Die Staatsanwaltschaft setzte die vier zunächst unter dringendem Tatverdacht festgenommenen Rechtsextremisten aus Grevesmühlen frei und ließ eines der überlebenden Opfer als Täter verhaften. Verständlich, daß deutsche Polizisten eine Demonstration gegen diesen natürlichen Gang der Rechtsfindung im Keim ersticken mußten.

Vier Tage später war das anders. Die deutschen Beamten mußten doch annehmen, daß es sich bei den Passagieren, die mit dem Lied auf den Lippen »... denn heute gehört uns Deutschland und morgen die ganze Welt« zur deutsch-polnischen Grenze fuhren, um anständige und anlagewillige deutsche Investoren auf der Reise zu neuen Zielen handelte, also durften sie durch. Und da tritt am selben Abend der amerikanische Soziologe Daniel Jonah Goldhagen in Hamburg auf und verkündet, die Deutschen hätten sich völlig geändert, sie lebten heute in einem vorbildlich demokratischen Staat.

Wie kann man so irren? Aber er hat es lieb gemeint, und schließlich wäre es ja unsere Sache, zu ändern, was vielleicht noch zu ändern ist. Der 35jährige hat uns schon genug auf die Sprünge geholfen, indem er bei seinem ersten Auftritt in Deutschland drei entscheidende Fragen über den Nationalsozialismus stellte, auf die deutsche Historiker fünf Jahrzehnte einfach nicht gekommen waren.

Erstens: Was dachten die Täter von ihren Opfern? Zweitens: Glaubten die Täter, daß das, was sie taten, richtig war? Wenn ja: Wie sind sie, drittens, zu dieser Annahme gekommen? Die Antwort ist Goldhagens dickes Buch *Hitlers willige Vollstrecker – Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust*. Sie lautet, daß die Deutschen, egal, ob in der NSDAP, der SS oder außerhalb der braunen Bataillone, freiwillig und gern Juden quälten und töteten. Wobei *die* Deutschen natürlich nicht jeden Deutschen meint, wie Goldhagen wieder und wieder betonte. Genausowenig wie die Rede von den Verbrechen *der* Amerikaner in Vietnam auf jeden Einwohner von New York oder gar auf den Amerikaner Fidel Castro zielt.

Es war ein seit Jahrhunderten angestauter Antisemitismus, der die Deutschen, als sie es von Staats wegen durften, zur willigen und eifrigen Vernichtung der Juden trieb. Goldhagen aber, der diese These mit einer erdrückenden Fülle von historischen Beispielen belegt, erlebte bei seiner Diskussionsreise durch Deutschland einen »Triumphzug«, wie sein »Zeit«-Förderer Volker Ullrich schrieb, einen »Triumphzug«, wie der Goldhagen-Gegner und »FAZ«-Kulturchef Frank Schirrmacher beipflichtete. 2.300 Zuhörer waren es in München, man hätte auch das Olympiastadion füllen können, hieß es. Oder das Fußballstadion von Santiago de Chile – diejenigen, die sich hierzulande um Goldhagen scharten, sind das letzte Aufgebot derer, die sich gern Deutschlands erneutem Weg zur Weltmacht entgegenstellen würden, es ist die altbekannte kleine radikale Minderheit.

Schirrmacher, der von Anfang an auf Goldhagens Buch eingedroschen, es als »Gegen-Manifest« gegen die »zivilisatorischen Anstrengungen« abgelehnt hatte, denen sich »die Deutschen« seit 1945 »unterworfen« – welch ein Geständnis – hätten, erhob gegen Goldhagen erneut den Vorwurf, er predige die Kollektivschuld und konstruiere einen Volkscharakter. Aber zugleich wurde er in der Münchner Diskussion mit Goldhagen angesichts des Beifalls für den Angegriffenen ganz klein und verstieg sich pötzlich zu Lobsprüchen, die ihm nicht zustehen. Und so fühlte er sich drei Tage später zu einer Rechtfertigung in seinem Blatt genötigt. Goldhagens Triumph in der Bundesrepublik sei nicht nur der »Lust am Voyeurismus« geschuldet. In München war Schirrmacher vielmehr ein Mirakel geschehen, er war dem »Wunderheiler Goldhagen«, so gab er im Leitartikel der »FAZ« zu Protokoll, in die Hände gefallen. Und jetzt, vor seinen Lesern, der nationalen Elite des neuen großen Deutschland mußte er sich rechtfertigen, weil ja auch er einer Abart jüdischer Schwarzkunst, dem »wunderlichen, deutlich moralischen Appell eines Wissenschaftlers«, erlegen schien: »Aber es ist gerade die vernichtende« – wer wen? – »Radikalität von Goldhagens Thesen über die Logik des deutschen Nationalcharakters, die dem, der ihnen zustimmt, einen Freispruch gewährt.«

Ohropax im Ohr?

»What does that mean«, hatte der »Wunderheiler« gefragt, als der »FAZ«-Mann mit dem angeblich verleumdeten deutschen Nationalcharakter anfing. Und ihn aufgeklärt: »Es ist nicht der Volkscharakter, von dem ich spreche.«

Tut nichts, der Jude ist erkannt. Schirrmacher: »Hier geht es um Psychologie, um das« – na bitte – »unaufklärbare Zusammenspiel von historischer Schuld, individueller Selbstbezichtigung, Erlösungshoffnung, kurz: um das, was ein Rezensent die ›deutsche Krankheit‹ genannt hat. In einer Diagnose voller Schwächen und Widersprüche findet Goldhagen das Krankheitsbild in einem historischen frühzeitig aufbrechenden mörderischen Antisemitismus.« Der hierzulande kaum bekannt ist, denn: »Manche derjenigen, die zu ihm drängten« – er meint Goldhagen und nicht, wie er schreibt, den Antisemitismus – »wußten vielleicht nicht viel von der Krankheit. Aber sie wußten, daß sie geheilt werden wollten.«

Mitdränger Schirrmacher jedenfalls wußte es nicht, aber geheilt werden will er trotzdem nicht. Wozu auch? »Daß die Deutschen ihrer eigenen Geschichte entkommen wollen, wie eine bekannte These lautet, ist durch das Goldhagen-Phänomen widerlegt.« Tusch. Da kämpfte er noch vor sechs Monaten im vordersten Schützengraben – und, nachlesbar in dem Band *Ein Volk von Mördern?*, auch noch heute – gegen die »Chuzpe«, die spezifisch jüdische, d.h. Goldhagens Frechheit, gegen dessen Buch, das mehr dem »Geschwätz« als der »Aufklärung« diene, und gegen die Geschichte, die sich gegen uns Deutsche verschworen habe. Und jetzt entdeckt er ein Goldhagen-Phänomen, das beweist: Die Deutschen stehen zu ihrer Geschichte.

Der Mann, der sich so unendlich über Goldhagens Ignoranz aufgeregt hat, weil der Name Eugen Kogon – nur im englischen Original – um einen Buchstaben verdruckt war, hat bei seinen eigenen Fehlern einen Kompromiß gefunden: Gordon Craig ist für ihn nicht mehr ein Cordon bleu oder sanitaire, und Goldhagen hat er in der Überschrift des Nachdrucks seines Anti-Goldhagen-Pamphlets in dem bereits erwähnten Band zugestanden, daß er mit zweitem Vornamen tatsächlich Jonah heiße, im Text besteht er weiter auf John.

Rudolf Augstein dagegen, für den die Diskussion um Auschwitz ein Omelett ist, um das zuviel Lärm gemacht wird, und der den Adjutanten einer Judenmordeinheit des Reichssicherheitshauptamtes wissentlich zu seinem Ressortleiter Internationales gemacht und mit dessen Hilfe seinen Antisemitismus aufgefrischt hatte, blieb – trotz der angebotenen Korrekturmöglichkeit – konsequent. Er änderte für die Buchfassung kein Wort an den antisemitischen Unterstellungen und an den Fehlern (»der einschläge israelische Historiker Raul Hilberg«) seines »Spiegel«-Artikels.

Und der Historiker Hans Mommsen? Hat sich seine erste Wut auf Goldhagen gelegt? Er zeigt sich jetzt, wo nötig, abgeklärt. Ende August schrieb er in der »Zeit«, daß »das Aufsehen«, das Goldhagens Buch in den Vereinigten Staaten, »aber auch« in anderen westlichen Ländern mache, »uns« lehre, daß »die emotionale Nachwirkung des deutschen Judenmordes noch nach Jahrzehnten anhält«. Das mag er wunderlich finden, da er doch so überzeugend erklärt hat, daß alles beinahe wie von selbst aus den Strukturen der deutschen Gesellschaft und ihrer Institutionen entstehen mußte, auch aus Reaktionen auf einen verlorenen Krieg, und daß darum keiner eigentlich so richtig schuldig ist.

Jedenfalls vermag Mommsen über Goldhagens Buch nur festzustellen, es »rechtfertigt die neu entbrannte Debatte eigentlich nicht« – an der er wenige Tage später in Aschaffenburg teilnehmen wird. Es taugt halt nichts, Mommsen kann das beweisen: »Bezeichnenderweise wird der für den Historiker erforderliche Herkunftsnachweis bei den im Buch wiedergegebenen Photographien unterlassen.« Hätte er noch sieben Seiten weitergeblättert und nicht das Buch verärgert in die Ecke geworfen, als er auf Seite 614 zwischen Möbius, Moering und Münzer seinen eigenen Namen nicht fand, dann wäre er (wie jetzt auch in der deutschen Übersetzung) am Ende des Bandes auf den vermißten Herkunftsnachweis gestoßen.

Schon ganz am Anfang der Debatte, bei seinem Auftritt in Böhmes »Talk im Turm«, blubberte Mommsen, Goldhagen habe behauptet, »es gab in Deutschland mehr Nazis in der öffentlichen Verwaltung als noch im Dritten Reich« – da ist dem großen NS-Forscher der für diesen Staat bemerkenswerte Umstand entgangen, daß infolge des Artikels 131 zur

Wiedereinsetzung von Nazi-Beamten in den fünfziger Jahren auf dem Territorium der damaligen Bundesrepublik mehr ehemalige NS-Beamte tätig waren als auf dem gleichen Gebiet während der NS-Zeit. Und dann rechnete er mit Goldhagens Kritik an den deutschen Liberalen und ihrem Antisemitismus ab. Mommsen erregt: »Ehrlich gesagt, ich komme aus einer Familie, wo das nun einmal nicht stimmt. Es ist einfach nicht wahr, daß das deutsche Bürgertum quer durch antisemitisch gewesen ist.«

Bleiben wir bei der Familie, zu der Mommsen doch wohl seinen Vater Wilhelm zählt. Für den war 1944 (*Deutschland und Europa. 1850-1933*) Karl Marx »ein typischer Vertreter des jüdischen Intellektualismus«. Einen Zuhälter in SA-Uniform dagegen machte Vater Mommsen zum neuen deutschen Faust: »Der Dichter des Horst-Wessel-Liedes ist nicht nur deshalb ein Symbol für die Wesenszüge des Nationalsozialismus geworden, weil er sich im Kampf für seine Bewegung opferte. Er war Arbeiter und Student, er verkörperte in seiner Person die Überwindung der Klassenunterschiede wie des Gegensatzes von Kopf- und Handarbeit.«

»Paradoxerweise«, sagt Sohn Hans, »übergeht Goldhagen den völkischen Antisemitismus, wie er von Richard Wagner ... propagiert wurde, obwohl es sich bei diesem um den unmittelbaren Vorläufer der NS-Rassenideologie handelt.« Ein Blick ins Register, Mommsen muß ja das Buch, das ihm so sehr mißfällt, nicht ganz lesen, hätte ihn zur Seite 406 geführt: »Er« – der Jude – »war die Verkörperung des Teufels, er war, wie Richard Wagner es angsteinflößend und bedrohlich formuliert hatte, ›der plastische Dämon des Verfalls der Menschheit‹.«

Vater Wilhelm hatte Wagner noch gelobt, weil er »einer der ersten« gewesen sei, der »die Judenfrage nicht als ein konfessionelles Problem ansah, sondern vom Rassegedanken ausging«. Und – solche Duplizität ist kaum komisch: In einer Kampfschrift gegen den von den Nazis gejagten populären jüdischen Historiker Emil Ludwig – schon damals betitelt *»Legitime« und »illegitime« Geschichtsschreibung* – tadelte der liberale Vater 1930 – gewiß zu Unrecht – einen Mangel an Einsatz der Geschichtswissenschaft bei der Verteidigung Deutschlands: »So ist es zum Beispiel wohl kein Zufall, daß im Kampf gegen die sogenannte ›Kriegsschuldlüge‹ die Fachwissenschaft sich relativ wenig beteiligte, obwohl hier gerade die Arbeit des Historikers eine sichtbare nationale Funktion erfüllen kann.« Die forderte Vater Wilhelm unter Berufung auf den großen Antisemiten und Historiker Heinrich von Treitschke. So kurios manche Parallele ist – Sohn Hans wurde im selben Jahr 1930 geboren, er ist nicht verantwortlich für den sträflichen Unsinn, den sein Vater als Historiker schrieb – , peinlich bleibt, daß er sein so geartetes liberales Elternhaus in die Schlacht gegen Goldhagen wirft.

Aber es gab ja nicht nur liberale Professoren. Auch kirchliche Würdenträger taten ihr Bestes. Bischof Martin Sasse in Thüringen veröffentliche 13 Tage nach der Reichspogromnacht einen Rassen-Digest aus Luthers Schrift »Von den Juden und ihren Lügen« unter dem Titel: *Martin Luther und die Juden: Weg mit Ihnen*. Im Vorwort bejubelte der Bischof das Anzünden der Gotteshäuser: »Am 10. November 1938, an Luthers Geburtstag, brennen in Deutschland die Synagogen«, und er empfahl die Lektüre »des größten Antisemiten seiner Zeit, des Warners seines Volkes wider die Juden«. Goldhagen spricht in diesem Zusammenhang von einem eliminatorischen Antisemitismus in der evangelischen Kirche, aber wenn er Luther nicht aus zweiter Hand zitiert, sondern im Original dessen Tischreden gelesen hätte, dann hätte er bei dem großen deutschen Reformator auch den exterminatorischen Antisemitismus, einen Vorgriff auf den Holocaust, entdeckt.

Denn so schreibt Martin Luther in seinen »Tischreden« über die Juden: »Man soll erstens ihre Synagogen verbrennen und dem Erdboden gleichmachen, zweitens ihre Häuser zerstören und sie wie die Zigeuner unter Dächer und Ställe tun ..., damit wir Deutschen in geschichtlicher Begründung auch wissen möchten, was ein Jude sei, unser Christentum vor ihnen als dem Teufel selbst zu warnen.« Dazu der fromme Wunsch des deutschen Gottesmannes: »Wenn sie auch so greulich gestraft würden, daß die Gassen voll Bluts rönnen, daß man ihre Toten nicht mit hunderttausend, sondern mit zehnhunderttausend rechnen und zählen müßte ...«

Und da werfen die Kritiker Goldhagen vor, daß seine Kapitel über die Geschichte des Antisemitismus nicht differenziert genug gearbeitet seien. Da fehle so manches, der Aufklärung werde er nicht gerecht, und der Emanzipation der Juden im 19. Jahrhundert auch nicht. Ja, da fehlt einiges.

1993 erschien im Wiener Picus-Verlag die Untersuchung *Genozid und Heilserwartung. Zum nationalsozialistischen Mord am europäischen Judentum* von Michael Ley. Das Buch wurde da und dort rezensiert, aber in die öffentliche Diskussion drang es nicht, obwohl es viel von dem enthält, was man bei Goldhagen vermissen mag. Johann Gottlieb Fichte, mit seinen *Reden an die deutsche Nation* damals einflußreicher als Kant, fehlt bei Goldhagen, *das* sollte man ihm ankreiden. Der Philosoph des deutschen Idealismus, für den die Deutschen das »Urvolk« schlechthin sind, tastet sich, bei Ley nachzulesen, eng an ein Vernichtungsprogramm gegen die Juden heran. Denn was er verlangt, um die Auslöschung der Juden zu vermeiden, ist unmöglich: »Aber ihnen die Bürgerrechte zu geben, dazu sehe ich wenigstens kein Mittel als das, in einer Nacht ihnen allen die Köpfe abzuschneiden und andere aufzusetzen, in denen auch keine jüdische Idee sei. Um uns vor ihnen zu schützen, dazu sehe ich wieder kein anderes Mittel, als ihnen das gelobte Land zu erobern, und sie alle dorthin zu schicken.«

Vernichtung oder Vertreibung – die Deutschen haben sich für das erste entschieden, und Fichte hätte auch das gebilligt.

Die Vorstellung, Juden zu töten, war aber nicht nur ein anregendes philosophisches Programm, sie verwirklichte sich, als es soweit war, als Programmpunkt Bunter Abende. Goldhagen zitiert die Aussage eines Mitglieds des Polizeibataillons 101 zu einer Mordaktion im November 1942: »An diesem Abend war als sogenannte Frontbetreuung eine Unterhaltungstruppe Berliner Polizisten bei uns zu Gast. Diese Unterhaltungstruppe bestand aus Musikern und Vortragskünstlern. Die Angehörigen dieser Truppe hatten von der bevorstehenden Erschießung der Juden ebenfalls erfahren und sich nun erboten bzw. sogar ausdrücklich darum gebeten, sich an den Exekutionen dieser Juden beteiligen zu dürfen. Diesem Ansinnen wurde von seiten des Bataillons stattgegeben.«

Fröhliche Musik und gute Laune kann sich – wenigstens verbal – auch heute durchaus mit Judenvernichtung verbinden. Vor Jahren unter dem sonst sehr strengen sozialdemokratischen Intendanten Martin Neuffer erfreute der noch heute beliebte NDR-Moderator Carlo von Tiedemann – natürlich ungestraft – seine Hörer nach der Besprechung eines Auschwitz-Buches mit der vielversprechenden Ankündigung: »Und wir machen weiter im Pogrom.«

Und Goldhagen schreibt völlig richtig: »Diese Truppenunterhalter, deren offizielle Aufgaben mit dem Mord an den Juden nichts zu tun hatten, mußten weder dazu gedrängt, noch abkommandiert, noch gezwungen werden, Juden zu töten ... Ihre Mordgelüste wurden keineswegs als krankhaft oder pervers betrachtet; am nächsten Tag stellten diese Truppenunterhalter die Mehrheit der Vollstrecker. Wie so viele deutsche Täter, ob Freiwillige oder nicht, wurden sie, ohne zu zögern und mit Eifer, zu Henkern von Juden.«

Auch Guido Knopp, ZDF-Konditor für Geschichtsspekulatius, der es hinreißend versteht, Historie zu beschreiben, wie sie nach seinem Willen und seiner Vorstellung gewesen sein sollte, hat sich auf seine Weise hastig an Goldhagens Erfolg anzuhängen versucht. Mit einem Buch über die wahren und einzigen Täter – Kostprobe (zu Göring): »Der parfümierte Nero, Inbegriff von Machtmißbrauch und Korruption, versank in seiner Sucht und seinen Leidenschaften. Hätte er den Mut bewiesen, Hitler 1938 Einhalt zu gebieten; hätte gar das Attentat der Generäle 1938« – was es nicht alles gab! – »vor der Münchner Konferenz Erfolg gehabt; hätte Göring dann an Hitlers Stelle die Regierung übernommen und ›die Judenverfolgung‹, wie später gegenüber Roosevelt versprochen, ›eingestellt‹ – vielleicht wäre es dann weder zum Zweiten Weltkrieg noch zum Holocaust gekommen.« Knopp aber erkennt schlußendlich, daß die Realität eine andere war: »Doch dazu hätte Göring nicht Göring sein müssen.« Damals ein anderer Reichsmarschall, und wir müßten uns heute nicht mit Goldhagen herumquälen.

Knopps Anti-Goldhagen, von Bertelsmann, der Konzernmutter des Verlags, der Goldhagens Buch herausgebracht hat, auf den Markt geworfen, heißt *Hitlers Helfer* und kennt deren sechs: Goebbels, Göring, Himmler, Heß, Speer, Dönitz. Ja, und da waren wohl noch, irgendwo im langen Vorwort versteckt, »Helfershelfer«. Knopp: »Wohl eine halbe Million Deutsche haben sich unmittelbar schuldig gemacht. Einem jungen US-Soziologen aber ist das nicht genug. ›Hitlers Helfer‹ waren alle Deutschen, meint Daniel Goldhagen.« Womit der eine Bevölkerung mißachtet, die allem widerstrebte, wie Knopps Gewährsmann Goebbels bezeugt hat: »Überall zeigen Leute Sympathie für die Juden. Diese Nation ist einfach noch nicht reif, sie ist voller idiotischer Sentimentalität.«

Guido Knopp jammert für die Selbstbewußte Nation und demonstriert, wie *er* Goldhagen gelesen haben würde, wenn er es getan hätte, was aber nachweislich seines Textes nicht sein kann: »Wieder gibt ein Wissenschaftler ›den Deutschen‹ die Kollektivschuld am Holocaust. Wieder erklärt einer die Banalität des Bösen für typisch deutsch – und kennzeichnet sie, ›die Deutschen‹, für alle Zeiten mit dem Kainsmal.«

Wo sind die Wissenschaftler, die von einer deutschen Kollektivschuld sprachen, auf welcher Seite seines Buches tut es Goldhagen? Es gibt von ihm nur Erklärungen gegen die Kollektivschuldthese – zuletzt in München: »Ich glaube nicht an Kollektivschuld, das ist weder intellektuell noch moralisch akzeptabel.« Mit Hannah Arendts Begriff von der »Banalität des Bösen« hat Goldhagen nichts zu tun, im Gegenteil. Und daß er den Deutschen kein Kainsmal für alle Zeiten aufklebt, beweist ja seine seltsame Liebe zur Bundesrepublik.

Guido Knopp war es auch, der – ohne Rücksicht auf den Ruf der Bundesrepublik Deutschland in der Welt – bei seiner Aschaffenburger ZDF/3Sat-Sendung Leute gegen Goldhagen antreten ließ, die in einer seriösen Runde allenfalls Diskussionsgegenstand, nie aber Diskussionspartner gewesen wären. Den Hitler-Major Erich Mende, der das Ritterkreuz, den Orden, den der Führer seinen blutigsten Soldaten verlieh, als erster in Bonn wieder hoffähig machte, und den Professor Arnulf Baring, der sich mit rassistischen Auslassungen über die Ostdeutschen qualifiziert hatte. Solche Partner trieben selbst Mommsen an Goldhagens Seite.

Aber bekannlich sitzen ja nicht nur beim ZDF, sondern auch bei der ARD allerlei Leute in der ersten Reihe. Als die Goldhagen-Debatte der ARD schon zu Ende war, dünkte dem Moderator Martin Schulze die Frage eines Anrufers so wichtig, daß er sie über die Sendezeit hinaus unbedingt noch auf den Bildschirm bringen mußte. »Bedenkt Herr Goldhagen nicht, daß er mit seinem Buch das Verständnis oder gar die Freundschaft mit den Juden wieder kaputtmacht?«

Ja, Goldhagen ist schuld, ihm haben die Juden es zu verdanken, wenn die Deutschen die Antisemiten bleiben, die sie sind.

Literatur:

Daniel Jonah Goldhagen: *Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust*. Siedler Verlag, Berlin 1996, 730 Seiten, 59,80 Mark

Julius H. Schoeps (Hg.): *Ein Volk von Mördern? Die Dokumentation zur Goldhagen-Kontroverse um die Rolle der Deutschen im Holocaust*. Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 1966, 252 Seiten, 25 Mark

Michael Ley: *Genozid und Heilserwartung. Zum nationalsozialistischen Mord am europäischen Judentum.* Picus Verlag, Wien 1993, 288 Seiten, 39,80 Mark

Otto Köhler schrieb in KONKRET 9/96 über die Geschäfte des Filmhändlers Leo Kirch

Konkret 10/96, S. 18

Wolfgang Schneider

Pro Germania

Über Nutzen und Nachteil der Tagebücher Victor Klemperers für die moralische Aufrüstung der wiedervereinigten Deutschen

Es ist fast alles wahr, was die deutschen Medien in ihrer Begeisterung über die Tagebücher des Romanisten Victor Klemperer behauptet haben, auch wenn man nicht so weit gehen muß wie der »Zeit«-Redakteur Volker Ullrich, der am Ende seiner Besprechung meinte, daß Klemperers Aufzeichnungen aus den Jahren 1933 bis 1945 »alles in den Schatten (stellen), was jemals über die Zeit des Nationalsozialismus geschrieben wurde«, oder wie der Schriftsteller Tilman Spengler, der für die »Woche« in ihnen »vollendete Literatur« und in Klemperer einen »sprachempfindlichen Bruder im Geiste« von Karl Kraus entdeckte – Klemperers Tagebücher aus der Zeit des Nationalsozialismus (*Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten*) sind tatsächlich ein »einzigartiges Dokument des Lebenswillens« (»FR«), ein »grandioses Opus«, das »mikroskopisch genaue Beobachtungen aus dem Alltag der braunen Diktatur« (»Zeit«) und »eine überwältigende Darstellung des jüdischen Leidens unter dem Hakenkreuz« (»Spiegel special«) enthält, und vielleicht sollte tatsächlich, wie die Soziologieprofessorin Heide Gerstenberger im »Mittelweg 36« (1/96) forderte, »ohne Bezug auf die Tagebücher Klemperers ... über Alltag in der Zeit des Nationalsozialismus in Zukunft nicht mehr diskutiert werden«. Aber Klemperers Aufzeichnungen sind vor allem auch das »Tagebuch eines deutschen Kulturpatrioten«, der »sich an seinem ›Deutschtum‹ fest und aufrecht (hält)« (»Rheinischer Merkur«), eines »säkular gesinnten Juden, der sich als Deutscher fühlt und Deutscher sein will« (»FAZ«). Und darin steckt ein Problem, das kritisch zu reflektieren auch die vermieden, die es wahrgenommen hatten.

Wer im Bewältigungs- und Erledigungstrubel des Gedenkjahres 1995 nicht vergaß, was er über die Art des Umgangs wußte, den die Deutschen mit der Geschichte des Nationalsozialismus pflegen, dem mußte ein wenig mulmig werden angesichts der einhelligen Zustimmung, auf die die Tagebücher Klemperers hierzulande trafen. Schon bald waren sie zum Bestseller geworden, und nicht nur das »Literarische Quartett« feierte sie als *das* »Großereignis« der Buchsaison 95/96. Vom Aufbau-Verlag im August veröffentlicht, trug ihr Verkauf mit einem Umsatz von ca. 4 Millionen Mark fast ein Drittel zum Gesamtumsatz des Jahres 1995 der Aufbau-Gruppe bei. Mittlerweile sind 150.000 Exemplare des zweibändigen Werks, das immerhin knapp 1.700 Seiten umfaßt und 128 Mark kostet, verkauft. Rundfunksender wollen es zu Hörspielen und Theater zu Bühnenstücken verarbeiten. Eine 13teilige Fernsehserie ist in Vorbereitung. Was ist der Grund für diesen Erfolg? Liegt er tatsächlich darin, daß, wie Volker Ullrich vermutete, hierzulande »auch fünfzig Jahre nach Kriegsende immer noch ein großes Bedürfnis (besteht) zu erfahren, wie der Judenmord, dieses ungeheuerlichste aller Verbrechen, geschehen konnte, inmitten einer Nation, die sich für zivilisiert hielt«? Beantwortet Klemperer diese Frage? Stellt er sie überhaupt?

Schon aus den ersten Reaktionen ließ sich herauslesen, wie die Deutschen Klemperer zu verwenden gedachten – als Chronisten »jüdischen Lebens und Überlebens im nationalsozialistischen Deutschland« (»Rheinischer Merkur«) beispielsweise, als Protokollanten ganz ungewöhnlicher »Zivilcourage, Solidarität, mitleidender Hilfsbereitschaft, die er und seine Frau erfahren« (»Freitag«) und die »alle Pauschalverdikte und Kollektivverurteilungen korrigieren« (»Zeit«), als Zeitzeugen, der u.a. »dem Dresdner Kleinhandel ein gutes Zeugnis ausstellt«, weil »das kleine Volk von Dresden den bekannten Professor unter eigener Gefährdung ungleich besser behandelte, als dies die jüdischen Organisationen taten« (»Welt«), und der »den Leser ... in den Strudel einer gefährdeten Existenz (reißt), als wär's sein eigenes Leben« (»SZ«). Die eigentliche Nutzanwendung folgte jedoch erst im Frühjahr dieses Jahres – mit der Eröffnung der deutschen Abwehrfront gegen Daniel J. Goldhagens Studie über »Hitlers willige Vollstrecker« und mit der Postierung Klemperers im Zentrum dieser Abwehrfront.

Etwa so: *Im tagtäglichen Alltag des Dritten Reiches, im Umgang mit den Menschen seiner Umgebung vermag er (Klemperer, W.S.) den Antisemitismus nicht zu finden – im Gegenteil. Immer wieder gehen Menschen, die ihn persönlich »von früher« kannten, bewußt auf ihn zu, um ihn zu grüßen. ... Und was hat »man« gewußt von den Verbrechen, von »Auschwitz« und allem, was wir inzwischen mit diesem Namen verbinden müssen? Klemperer ist ... als Gefährdeter, als Jude da natürlich besonders hellhörig. Aber er bekommt wenig zu hören. Erst im Herbst 1944 berichtet er aus dritter Hand über Massenmorde im Osten.*

Das Zitat stammt aus einem Beitrag des Berliner Professors Ekkehart Krippendorff, den der »Freitag« unter dem die Nazideutschen zu einem ideellen Gesamtschindler umschöpfenden Titel »Zivilcourage« und mit dem genervten Hinweis veröffentlicht hat, »wieder einmal« stehe uns – provoziert durch eine in den USA »publizistisch hochgespielte Dissertation eines jungen Historikers« – »eine Debatte um die Verbrechen des Dritten Reiches ins Haus«. Buchstäblich nichts von dem, was Krippendorff da behauptete, ist wahr, und selbst die monströse Weißwäscherei, die Fritjof Meyer im »Spiegel« 21/96 – ebenfalls unter Berufung auf Klemperers Tagebücher – mit seiner Anti-Goldhagen-Titelgeschichte veranstaltete, reicht an die Unverfrorenheit nicht heran, mit der Krippendorff den von Klemperer als ideologische Massenbasis des Regimes angeblich bloß »analytisch« unterstellten Antisemitismus der Nazideutschen in den Alltagserfahrungen des Verfolgten zum

Verschwinden brachte und gleichzeitig konstatierte, daß der 1912 zum Protestantismus übergetretene Klemperer in den Jahren der Verfolgung »sein Judentum erst in schmerzhaftem Lernprozeß entdeckte«.

Der »tagtägliche Alltag«, den Klemperer beschrieben hat, war der einer Volksgemeinschaft, die in einer sämtliche Institutionen und Bevölkerungsgruppen einbeziehenden kollektiven Anstrengung sich der Juden entledigte. Ihr entstammen die »Bruchstücke des Wahnsinns, in den wir immerfort eingetaucht sind« (25.4.33), die Klemperer mit einer Ausdauer und Genauigkeit festgehalten hat, die, bedenkt man die Umstände, unter denen dies geschah, mitunter fassungslos machen. Ihr entstammen auch jene »Menschen seiner Umgebung«, die hierzulande nun immer wieder bemüht werden, um den an Daniel Goldhagen gerichteten Vorwurf zu begründen, seine Untersuchung verfehle, wie der Historiker Norbert Frei in der »Süddeutschen Zeitung« formulierte, »eine Wirklichkeit, deren minutiöse ... Beschreibung wir einem Überlebenden wie Victor Klemperer verdanken«. Geradezu erleichtert hat Frei auf die »Gesten der Freundlichkeit, auch der Beschämung« hingewiesen, denen der »Sternträger« Klemperer »häufiger« begegnet sei als antisemitischen Anpöbeleien »verhetzter Jugendlicher«: »Nicht ganz wenige Dresdner gaben ihm nun zu erkennen, daß sie nicht einverstanden waren, wie man mit ihm und seinesgleichen verfuhr.« Aber zum einen lassen sich – sieht man von den mit Klemperer in eine Zwangsgemeinschaft getriebenen Personen und jenen, zum Beispiel als SS-Offiziere, kenntlichen Nazis ab, denen er verzweifelt »heftiges Antihitlertum« attestiert – die nicht ganz wenigen Dresdner an den Fingern zweier Hände herzählen. Sie gehören damit bestenfalls zu einer Minderheit, deren Existenz Goldhagen keineswegs bestreitet. Zum zweiten mußte man nicht auf der Straße herumpöbeln, um mit dem einverstanden zu sein, was die Landsleute den Juden antaten (der liebenswürdige Kleinhändler etwa, der Klemperer eine Bonbonniere verkaufte, obwohl der keine Marken für Süßigkeiten hatte, war scharf auf das Häuschen, aus dem der Jude hoffentlich bald vertrieben werden würde). Und drittens ist die Annahme, es ließe sich aus freundlichem Verhalten dem angesehenen Herrn Professor »und seinesgleichen« gegenüber eine generelle Ablehnung der antijüdischen Vertreibungs- und Vernichtungspraxis schlußfolgern, durch nichts gerechtfertigt: Es gehört ebensowenig Phantasie dazu, sich die höflichen Behördenvertreter, mit denen Klemperer zu tun hatte, an einem Schreibtisch in Eichmanns Reichszentrale für Jüdische Auswanderung vorzustellen wie die gutmütigen Polizisten, die bei Klemperers hin und wieder zwecks Haussuchung vorbeischauten, in einem Regiment der Ordnungspolizei beim Massenmord an den polni-schen Juden. Das ist ja gerade das Verdienst Goldhagens: daß er (wie zuvor bereits Christopher Browning) die Teilnahme ganz gewöhnlicher, keineswegs besonders nazifizierter und nur durch Zufall zu diesem Job gekommener Deutscher am Judenmord beschreibt, die einen Klemperer auf der Straße ihres Heimatortes womöglich freundlich, vielleicht auch beschämt gegrüßt haben würden. »Der Antisemitismus als Erfüllung einer vielleicht sogar als unangenehm empfundenen internalisierten Pflicht«, hat Hanno Loewy in der »Frankfurter Rundschau« gegen die Versuche eingewandt, Klemperer gegen Goldhagen auszuspielen, »verträgt sich durchaus mit einem beschämten Blick zu Boden, wenn man nicht dem ›Weltjudentum‹, sondern dem ›netten Herrn Professor‹ gegenübertritt.«

Immerhin läßt sich über Relevanz und Reichweite der von Klemperer festgehaltenen »judenfreundlichen« Reaktionen noch streiten. Das ist bei dem, was Krippendorff & Co. unter Berufung auf seine Tagebücher über die Ahnungslosigkeit der Deutschen bezüglich Auschwitz und der systematischen Ermordung der Juden im besetzten Osten behaupten, nicht möglich. »Erst im November 1944« habe Klemperer Informationen über »schauerliche Judenmorde im Osten« notiert, meinte Fritjof Meyer im »Spiegel«; »erst im Herbst 1944 berichtet er aus dritter Hand über Massenmorde im Osten«, repetierte Krippendorff. Beide glauben, die deutsche Bevölkerung damit nahezu vollständig vom Vorwurf der Mitwisserschaft freisprechen zu können – von Mittäterschaft ganz zu schweigen. Dabei ist, was sie da behaupten, einfach nur gelogen: Bereits im März 1940 erfährt Klemperer von der »Verschickung« Stettiner Juden ins Ghetto von Lublin. Am 25. Oktober 1941 verzeichnet er »immer erschütterndere Nachrichten über Judenverschickungen nach Polen. Sie müssen fast buchstäblich nackt und bloß hinaus.« Zwei Tage später: »Bestürzung über das Deportieren«. Am 1. November 41: »Alarmierendes über die Verschickungen«; am 18. November: »Nachrichten über Judenverschickungen nach Polen und Rußland katastrophal«; am 13. Januar 1942: »Gerücht, aber ... sehr glaubhaft mitgeteilt, es seien evakuierte Juden bei Riga reihenweis, wie sie den Zug verließen, *erschossen* worden«; und bereits am 16. März 42, drei Wochen nachdem die Todesfabrik ihren Betrieb aufgenommen hatte: »Als furchtbarstes KZ hörte ich in diesen Tagen Auschwitz ... in Oberschlesien nennen. Bergwerksarbeit, Tod nach wenigen Tagen.« Und Klemperer notiert weiter: »Grauenhafte Massenmorde an Juden in Kiew. Kleine Kinder mit dem Kopf an die Wand gehauen, Männer, Frauen, Halbwüchsige zu Tausenden auf einem Haufen zusammengeschossen ...« (19.4.42).

Den ganzen Sommer 1942 hindurch erhält Klemperer immer wieder Mitteilungen über das grauenhafte Schicksal, das die in den Osten deportierten Juden erwartet. Im August teilt die Gestapo dem Verwalter des Judenhauses, in das Klemperer mit seiner Frau hatte ziehen müssen, mit, daß es »keine anständigen Juden« gebe: die »ganze Rasse werde ausgerottet werden«. Seither rechnet Klemperer mit der »gänzlichen Vernichtung der Juden«. Am 17. Oktober erreichen ihn weitere Todesnachrichten aus Auschwitz, »das ein schnell arbeitendes Schlachthaus zu sein scheint«. Im November 42 erfährt er aus Urlauberberichten, »in Polen würden die Juden täglich zu Hunderten erschossen«; im Dezember hört er von Massenmorden an rumänischen Juden (»mußten sich ihr Mas-sengrab graben, sich nackt ausziehen und wurden dann erschossen«). Im Februar1943 schließlich glaubt Klemperer nicht mehr, »daß irgendwelche Juden lebend aus Polen

zurückkehren. Man wird sie vor der Räumung töten. Übrigens wird längst erzählt, daß viele Evakuierte nicht einmal erst lebend in Polen ankommen. Sie würden im Viehwagen während der Fahrt vergast, und der Waggon halte dann auf der Strecke an vorbereitetem Massengrab.« Bis zum 24. Oktober 1944 reißen die Berichte über den Fortgang des deutschen Vernichtungsfeldzugs gegen die Juden nicht ab. An diesem Tag, vier Wochen bevor Klemperer laut »Spiegel« erstmals von »schauerlichen Judenmorden« erfuhr, notiert er die Nachricht, »daß vor den Rückzügen alles ermordet worden ist, daß wir niemand wiedersehen werden, daß sechs bis sieben Millionen Juden ... geschlachtet (genauer: erschossen und vergast) worden sind«.

Was aber besagt die Seelenruhe, mit der Meyer und Krippendorff all dies einfach unter den Tisch fallen lassen? Zumindest doch, daß auch sie damals für derlei Informationen kein Interesse aufgebracht hätten.

Er fühlte sich so sehr als Deutscher, was ging ihn da Antisemitismus an!«, hat Martin Walser in seiner Laudatio zur postumen Verleihung des Geschwister-Scholl-Preises an Victor Klemperer Ende November 1995 aus der angenommenen Position des Preisträgers heraus weniger gefragt als festgestellt – eine Formulierung, die nach dem bisher Gesagten abenteuerlich anmuten muß. Walser ist für diese Rede, in der er den von Klemperer für sich reklamierten »Willen zum Deutschtum« und sein »durch keine ihm angetane Gemeinheit zerstörbares Kulturvertrauen« herausstellte, das auch Auschwitz überlebt habe, scharf kritisiert worden. Das liberale Feuilleton hat ihm eine »selektive Lesart« (»Zeit«) und den Versuch vorgeworfen, »den doch nach den Erfahrungen der Nazi-Zeit dezidiert ›voltairisch kosmopolitischen‹ Klemperer ... mit fragwürdigen deutschtümelnden Girlanden zu umhängen« (»FR«).

Aber so mißbräuchlich die Verwendung der Tagebücher Klemperers zum Zwecke der Abwehr der Thesen Goldhagens ist, so berechtigt ist Walsers Annahme, er habe in Klemperer einen in »Deutschpatriotismus« (Klemperer) und »Kulturvertrauen« ihm Verwandten gefunden, in dessen geistiger Nähe sich zu zeigen, das eigene durch allerlei läppisch-reaktionäre Auslassungen ramponierte Ansehen ein wenig aufpolieren könnte. Die Sache ging für Walser ziemlich schief. Zwar veröffentlichte der »Spiegel« eine gekürzte Fassung seiner Klemperer-Laudatio (vollständig liegt sie inzwischen als Sonderdruck der Edition Suhrkamp vor), aber von den großen Blättern warf sich allein die »FAZ« für ihn in die Bresche. »Es waren nur Rempeleien«, resümierte dort Gustav Seibt die »ebenso gehässigen wie ungerechten Vorwürfe« gegen Walser, »an deren Berechtigung wohl nicht einmal die so recht glaubten, die sie ausführten.« Welchen Grund aber hätten die Rempler haben sollen für eine vorsätzliche Unernsthaftigkeit ihrer Rempeleien? War ihnen im Reaktionär Walser jener Klemperer begegnet, über den Walter Boehlich 1990 geschrieben hatte, er habe »in seinem bedingungslosen Deutschtum selbst noch die Vorurteile übernommen, die sich eines Tages gegen ihn selber richten würden«? Wußten sie also, daß sie Klemperer treffen und damit eine für die moralische Aufrüstung der wiedervereinigten Deutschen bedeutsame Identifikationsfigur beschädigen würden, wenn sie Walser in diesem Fall ›ernsthaft‹ attackierten?

In diesen Tagen veröffentlicht der Aufbau-Verlag Victor Klemperers Tagebücher aus den Jahren 1918 bis 1932 (*Leben sammeln, nicht fragen wozu und warum*)und schließt damit die Lücke, die zwischen der in den Jahren der Verfolgung geschriebenen Autobiographie *Curriculum Vitae* (1881- 1918) und den Aufzeichnungen aus der Nazizeit bislang noch klaffte. Nimmt man den im Frühjahr dieses Jahres erschienenen Band *Und so ist alles schwankend*, der Klemperers Tagebücher der Monate Juni bis Dezember 1945 enthält, und seine 1947 in Ostberlin publizierte, die Aufzeichnungen der Nazizeit verarbeitende Untersuchung der Sprache des Dritten Reiches (*LTI. Notizen eines Philologen*) hinzu und überblickt die dergestalt über mehr als 5.000 Seiten ausgebreitete Lebensgeschichte, so erhält man das Bild eines wilheminischen Bildungsbürgers jüdischer Herkunft, der, nach Assimilation strebend, sich »deutscher als die Deutschen« (Boehlich) aufführte, und der, als er erkennen mußte, daß die ihn trotz allem nicht dabeihaben wollten, seine chauvinistischen und antijüdischen Ressentiments nur mühsam und unvollständig modifizierte.

1910 – der damals 29jährige Journalist hat seine ersten antisemitischen Schmähungen gegen die jüdische Berliner Presse (wg. vermeintlichen Verrats an der Zeppelin-Idee) bereits hinter sich und ist stolz auf seinen »nationaldeutschen Standpunkt« – reist Klemperer nach Prag und stößt im dortigen Ghetto »zwischen den Jeiteles, Wedeles, Beermans, Cohns und Teweles ... wiederholt auf unsern Familiennamen«. Er ist entsetzt: »In Berlin waren wir eine deutsche Familie mit einem deutschen Namen – hier haftete dem Namen sein Judentum an; in Berlin waren wir angesehene Leute – hier gehörten die Klemperers zum Ameisenhaufen der armseligen Ghettohändler.« Und der seinen erfolgreicheren Brüdern in die Große Bourgeoisie Nachstrebende beschließt, sich »mit jedem Gedanken und aller Herzenswärme zum Deutschtum zu bekennen«.

Acht Jahre später wiederholt sich die Prager Szene an anderem Ort, in anderer Fassung. Klemperer, Zensor im Buchprüfungsamt der Presse-Abteilung des Militärgouvernements Litauen, besucht die Talmudschule in Wilna und fühlt sich »wie mit Fäusten« zurückgestoßen vom frommen Treiben der Ostjuden, das er, der als Angehöriger der deutschen Besatzungsmacht »fraglos Kulturbringer« zu sein glaubt, für »sinnlos und lebensfeindlich« hält: »Nein, ich gehörte nicht zu diesen Menschen ..., und ich dankte meinem Schöpfer, Deutscher zu sein« (und man vergleiche, um nicht dem Irrtum aufzusitzen, hier äußere sich eben ein an der französischen Aufklärung geschulter, mittlerweile promovierter und

habilitierter Romanist als Kritiker jedweden religiösen Wahns, die von Abscheu geprägte Schilderung des Talmudschulbesuchs im 2. Band von *Curriculum Vitae* mit der nur wenige Seiten später folgenden liebevollen Beschreibung eines christlichen Gottesdienstes).

Zwischen Prag und Wilna aber liegen acht Jahre, in denen Klemperer sich zum zweiten Mal taufen ließ, um seinen »Willen zum Deutschsein« zu unterstreichen und Professor werden zu können, und in denen ein Weltkrieg stattfand. Bereits anläßlich der Marokkokrise 1911 war Klemperer »kriegerisch gestimmt« gewesen und hatte gehofft, es würden »die Dinge so gelenkt, daß wir die Angegriffenen sind und in einem siegreichen Krieg ein großes Kolonialreich gewonnen« werden könne. Er hatte damit gewissermaßen einen Trockenkurs in fortgeschrittenem Chauvinismus absolviert. Beim Kriegsausbruch 1914 durfte er dann endlich ins Tiefe: Inbrünstig glaubte er, »ein allgemeines Volksgefühl zu konstatieren und selbst in ihm aufzugehen. ... Der Krieg ist höchste Sensation und einzige dem Kulturmenschen noch gebliebene Katharsis«, schrieb er sich ins Tagebuch und, bereits im August 1914: »Wenn wir fallen, schlagen wir vorher Europa zusammen.« Zum Beispiel so: »Wenn England kein Volksheer gegen uns schickt«, sondern Söldner, wie der kriegsfreiwillige Klemperer, begeistert darüber, »wie sehr bei uns das ganze Volk kämpft«, meinte, »warum halten wir uns nicht an das englische Volk selber? Könnte man nicht durch die Zeppeline soviel von der Londoner Bevölkerung vernichten, als deutsche Soldaten in einer Schlacht fallen?«

Das haben mit ihrer fortgeschrittenen Technologie später die Nazis versucht – wie so manches von dem, was der chauvinistische Gelehrte vor 1933 für wünschenswert hielt – vom »Arbeitshaus« für »Jungelchen«, die in »einer Art öffentlichen Coitus' ... Zeit, Geld, Kraft, Jugend« vergeuden, indem sie, zu »wildesten unartikuliertesten Geräuschen ... die Beine auseinanderwerfend im Sexualrhythmus, eine wilde, tobende Schamlosigkeit begehen«, nämlich Charleston tanzen (und wer die Beschreibung des Musikcafés im Berliner Hotel Eden vom 26. September 1926 neben die Schilderung der Wilnaer Talmudschule hält, wird vielleicht verstehen, warum auch der schroffe Antiamerikanismus des späteren KPD-Mitglieds Klemperer noch antisemitisch grundiert ist), bis zur »Rassenhygiene«: Im Juli 1920 hört Klemperer einen Vortrag zum Thema »Volksgesundung« und findet ihn »eindrucksvoll«: »Weniger Menschen, aber gesündere. Verhinderung von Ehe zwischen Kranken, Castrierung von Verbrechern u. Geisteskranken, Frühehe, vor allem Frühehe u. Enthaltsamkeit bis dahin. Alles sehr hübsch ...« Wie offenbar auch das bis dahin fürchterlichste Völkergemetzel der Weltgeschichte, von dessen Güte Klemperer noch 1942 ebenso überzeugt sein wird (»Der vorige Krieg war eine so anständige Angelegenheit«) wie davon, daß für den Sieg des Antisemitismus im nationalsozialistischen Deutschland »viel Schuld ... dem ungehinderten Zustrom des bloß geldsüchtigen Ostjudentums« zukomme (5.7.42).

Der erste Krieg aber ist aus, die Deutschen proben die Revolution, und Victor Klemperer fürchtet im November 1918, »daß ganz Deutschland zum Teufel geht, wenn dieser Soldaten- und Arbeiter-*Unrat*, diese Dictatur der Sinnlosigkeit und Ignoranz, nicht bald herausgefegt wird«. Er hofft »auf irgendeinen General des rückkehrenden Heeres«, wird a.o. Professor in München, hält die dortige Räterepublik für eine »alogische Angelegenheit«, »Demokratie in jeder Form« für »noch viel blöder als Despotie« und sich selbst für »bürgerlich«, »individualistisch« und einen »Streber«. Aber noch bevor er im Dezember 1919 als ordentlicher Professor für romanische Sprachen an die TH Dresden berufen wird, geht ihm auf, »welch unüberwindliches Hindernis der Antisemitismus für mich bedeutet. Undich bin Kriegsfreiwilliger gewesen! Nun sitze ich, getauft u. national, zwischen allen Stühlen.«

Der Antisemitismus, der an den deutschen Universitäten der Zwischenkriegszeit tobt, trifft Klemperer mit solch unerwarteter Wucht, daß seine »Neigung nach rechts« schon im März 1920 »sehr gelitten« hat. Zwar mag er von seinen politischen Vorlieben so rasch nicht lassen – »wäre nur Nationalismus nicht so widerwärtig mit Antisemitismus verknüpft«, bedauert er im August 1922 (und wird auch später nie begreifen, daß die beiden in Deutschland kausal zusammenhängen) –, doch die Erkenntnis, daß ihm allein seiner jüdischen Herkunft wegen keiner der renommierteren Lehrstühle in Deutschland und Österreich erreichbar sein würde, treibt ihn »immer mehr linkswärts« – relativ, versteht sich: über die Weimarer Liberalen hinaus wird das nie gehen. Seine Bewerbungen scheitern reihenweise. Im August 1930, wenige Wochen vor dem sensationellen Wahlerfolg der Nationalsozialisten, erwägt er allen Ernstes den »Rücktritt zum Judentum«. Im Mai 1930 notiert er: »Ich werde auf diesem Schmachposten Dresden sterben«, und im Januar 1932: »Ich bin ganz isoliert.« Ein halbes Jahr später fragt er sich: »Was wird aus mir, dem jüdischen Professor?« und bezeichnet mit der Wahl des Adjektivs seine abgrundtiefe Resignation. Fünf Monate später übernehmen die Nazis die Macht.

Aber ganz so als ob das regierungsoffizielle Dementi all jener Moralvorstellungen und Eigenschaften, die Klemperer bis dato für exklusiv deutsch gehalten hat, seinen infolge Dauerfrustration ermüdeten Nationalismus wieder auf Trab bringt, beginnt jetzt sein eigentlicher, verzweifelter Kampf ums »Deutschtum«. Es ist ein Kampf an zwei Fronten, gerichtet einerseits gegen die Nazis, die »alles, was ich für undeutsch gehalten habe, Brutalität, Ungerechtigkeit, Heuchelei, Massensuggestion bis zur Besoffenheit« praktizierten, andererseits gegen die Juden, die, insofern sie dem neuen Regime sich anpassen, Klemperer »so unendlich schamlos und ehrlos« erscheinen, »daß man beinahe mit den Nationalsozialisten sympathisieren möchte«. Insofern sie jedoch, der zionistischen Bewegung zuneigend, »die ganze Lage nur noch unter jüdischem Gesichtspunkt betrachten«, hält er sie für »entdeutscht« und »innerlich entwürdigt«, ja, er findet sie sogar »genauso ekelhaft wie die Nazis«. Die aber sind in Wahrheit Kommunisten: »Der Nationalsozialismus ist jetzt ganz oder

fast ganz mit dem Bolschewismus identisch geworden«, glaubt Klemperer im März 1934, womit er seinen Zweifrontenkampf totalitarismustheoretisch um eine dritte Front erweitert: »Das ist das Phantastische an den Nationalsozialisten, daß sie gleichzeitig mit Sowjetrußland und mit Zion in Ideengemeinschaft leben« (13.6.34), kurz: »Die zionistischen Bolschewisten sind reinste Nationalsozialisten!« (3.5.42). Er wird schließlich noch eine vierte Front eröffnen – gegen den »Amerikanismus« – und damit wenigstens negativ bestimmt haben, wes Geistes Kind auch sein »Deutschtum« ist.

Verständlicherweise ist Klemperers beharrliche Auseinandersetzung mit seinem und der Deutschen »Deutschtum« hierzulande auf besonderes Interesse gestoßen, der Nutzanwendung wegen. Denn je nach Standpunkt der Rezipienten ist er daraus entweder als vorbildlicher Kosmopolit hervorgegangen, der, seinem häufig zitierten Eintrag vom 9. Oktober 38 zufolge, »jede nationale Umgrenzung« fortan für »Barbarei« hält, oder als Verkörperung des besseren, wahren Deutschen, der durch sein Festhalten am »Deutschtum« auch unter extremen Bedingungen dieses nicht nur vor einem Mißbrauch durch die Nazis gerettet, sondern seinen ganz besonderen Wert demonstriert hat. Diese Zwiespältigkeit der Beurteilung Klemperers ist nicht verwunderlich, bieten die mehr als anderthalbtausend Seiten der Tagebücher von 1933 bis 1945 doch für beinahe jedes Urteil über die Deutschen der Nazizeit zahlreiche Belegstellen. Nur wer die Umstände der jeweiligen Eintragung bedenkt und gleichzeitig die langfristige Entwicklung der Überzeugungen Klemperers im Blick behält, wird daher eine einigermaßen zutreffende Vorstellung erhalten von jenem Bild, das Klemperer sich über die Deutschen und seine Stellung zu ihnen gemacht *und* schließlich aufrechterhalten hat.

Am 17. März 1933 kommentiert Klemperer den Bericht über eine »Strafexpedition« von SA-Leuten gegen Kommunisten, bei der man den Mißhandelten zunächst Rizinus einflößte und sie dann Spießrutenlaufen ließ, mit der Bemerkung: »Wenn Italiener so etwas tun – nun ja, Analphabeten, südliche Kinder und Tiere ... Aber Deutsche!« Am 20. März notiert er: »Ich ... werde niemals wieder Vertrauen zu Deutschland haben.«

Nur drei Tage liegen zwischen diesen beiden Eintragungen, aber ganze Vorstellungswelten. So werden in den zwölf Jahren der Verfolgung Klemperers Einschätzungen wechseln, manchmal von Tag zu Tag, von Nachricht zu Nachricht, aber stets der Konjunktur des Regimes folgend, in entgegengesetzter Richtung, versteht sich: »In meinem Lager ist Deutschland« (13.6.34); »Deutschland dagegen: ganz und in allem undeutsch ... romanisch, russisch, amerikanisch« (12.9.34); »Heute scheint mir ... die schmutzige Sklaverei ... wirklich 90 Prozent aller Deutschen angemessen« (15.1.35); »Ich bin für immer Deutscher, deutscher ›Nationalist‹« – »Die Nazis sind undeutsch« (21.7.35); »Die Mehrzahl des Volkes ist zufrieden« (16.5.36); »absolute Unzufriedenheit in allen Kreisen« (5.9.36); »Hitler ist doch wohl der Erwählte seines Volkes« (27.3.37); »Das Volk ist so dumm, daß es alles glaubt« (12.9.37); »Die ganze nationale Ideologie ist mir einigermaßen in die Brüche gegangen« (11.1.38); »Politik ist mehr als jemals das Geheimspiel weniger Leute geworden, die über Millionen Menschen entscheiden und behaupten, *das Volk* zu verkörpern« (2.10.38); »Fraglos empfindet das Volk die Judenverfolgung als Sünde« (4.10.41); »Wer von den ›arischen‹ Deutschen ist wirklich unberührt vom Nationalsozialismus? Die Seuche wütet in allen, vielleicht ist es nicht Seuche, sondern deutsche Grundnatur« (25.10.41); »Trotzdem: Ich *denke* deutsch, ich *bin* deutsch« (27.3.42); »Den schwersten Kampf um mein Deutschtum kämpfe ich jetzt« (11.5.42); »Ich muß eine Studie fixieren: Pro Germania, contra Zion« (27.6.42); »geringe Verbreitung des Antisemitismus im Volk« (5.1.44); »*Der Jude* ist in jeder Hinsicht Zentralpunkt ... der ganzen Epochenbetrachtung« (20.7.44).

Natürlich hat Klemperer gewußt, was seine Rezipienten, die sich bei ihm nun bedienen, wie's ihnen politisch in den Kram paßt, nicht mehr wissen wollen: daß einige seiner Beobachtungen sich nicht ohne weiteres würden verallgemeinern lassen. Er hat (sich) deshalb immer wieder davor gewarnt, einzelne Meinungsäußerungen aus der Bevölkerung, die Verfolgung der Juden und die Haltung zur Staatsführung betreffend, für repräsentativ zu halten, und diesbezügliche Schlußfolgerungen der Geschichtsschreibung aufgegeben: »Ich glaube nicht mehr an solche Voces populi. *Jede* Stimmung läßt sich damit bezeugen. Welche die entscheidende ist, weiß man erst nachher« (8.7.43).

Was also wissen wir? Wir wissen, daß die große Mehrheit der Deutschen die antijüdische Politik der Nazis keineswegs für eine Sünde hielt (und Goldhagen hat diese verdrängte Tatsache ›nur‹ besonders eindrücklich wieder ins gesellschaftliche Bewußtsein der Deutschen gerufen), sondern daß Klemperer mit einer Notiz vom April 38, die keine Frage, sondern eine verzweifelte Feststellung war, recht behalten hat: »Wie tief wurzelt Hitlers Gesinnung im deutschen Volk, wie gut war seine Arierdoktrin vorbereitet ...«. Wir wissen auch, daß Hitler tatsächlich »der Erwählte seines Volkes« und Klemperers Aussage vom Juli 34, »ein Volk von etlichen 60 Millionen tappt im Dunkeln und ängstigt sich«, ein Irrtum gewesen ist.

Von Klemperer aber wissen wir, daß er durch alle Resignation hindurch bis zuletzt darauf aus war, »mein Gefühl für Deutschland zu bewahren« (25.8.42). Es ist ihm gelungen. Indem er schließlich die große Mehrheit der Deutschen vom Vorwurf einer bewußten Unterstützung des Nationalsozialismus freisprach – »ich nehme das Volk, ich nehme den gemeinen Soldaten aus« vom Vorwurf, sie hätten moralisch versagt, schreibt Klemperer am 6. Januar 1947 in einem Brief an Hans Hirche – und damit die Wahrheit seiner Tagebücher der NS-Zeit konterkarierte, hat er sich davor bewahrt, nachhaltige Konsequenzen aus dem, was er nur durch Zufall überlebte, zu ziehen (und der Eintritt in die nationalkommunistische KPD im November 1945 ist auch keine gewesen). Die Folgen dieses »durch keine ihm angetane

Gemeinheit zerstörbaren Kulturvertrauens« (Walser) lassen sich den bösartigen, antisemitisch vibrierenden Auslassungen über den Zionismus, die sich in *LTI* finden (»die gleichförmige Masse der östlichen Gettobewohner«), ebenso ablesen wie jener Rede aus dem Jahr 1952, die der »Spiegel«, der da noch nicht wissen konnte, daß er den Mann zwei Monate später als Entlastungszeugen gegen Goldhagen brauchen würde, Anfang März in der Absicht ausgegraben hat, Klemperer als Stalinisten vorzuführen. In dieser Rede vor dem »Klub der Kulturschaffenden« in Berlin, die sich mit der »gegenwärtigen Sprachsituation in Deutschland« beschäftigte, feierte Klemperer nicht nur »Stalins Genialität«, sondern beklagte sich vor allem über die »geistige Entdeutschung des deutschen Westens« durch die »verräterische Adenauerregierung«. Er polemisierte gegen westlich-bürgerliche »Dekadenzpoesie« – Baudelaire, Mallarmé und Rimbaud beispielsweise – und gegen die »amerikanischen Gewaltherren«, die mit ihrer »faschistischen Gesinnung« »Kosmopolitismus, Amerikanismus und Dekadenz« ins Werk setzten.

»Klassische Topoi des Antisemitismus« hat der »Spiegel« diese Aufzählung genannt. Er hat recht damit gehabt.

Victor Klemperer: *Curriculum Vitae. Erinnerungen 1881-1918*, Aufbau Taschenbuch Verlag, Berlin 1996, 2 Bde., 1.367 S., 49,90 Mark; *Leben sammeln, nicht fragen wozu und warum. Tagebücher 1918-1932*, Aufbau Verlag, Berlin 1996, 2 Bde., 1.836 S., 98 Mark; *Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten. Tagebücher 1933-1945*, Aufbau Verlag, Berlin 1995, 2 Bde., 1.694 S., 128 Mark; *Und so ist alles schwankend. Tagebücher Juni bis Dezember 1945*, Aufbau Taschenbuch Verlag, Berlin 1996, 255 S., 17.90 Mark; *LTI. Notizbuch eines Philologen*, Reclam Verlag, Leipzig 1996 (14. Aufl.), 301 S., 16 Mark

Wolfgang Schneider schrieb in KONKRET 9/94 über rechte Sympathisanten der PDS

Konkret 10/96, S. 23

Peter Nowak

Deutsche Straßennamen

Der Name eines jüdischen Philosophen statt eines Nazi-Theologen auf einem Straßenschild? Nicht in der Reichshauptstadt!

Ein einziges Foto gibt es von der jüdischen Sozialistin Mathilde Jacob. Die enge Vertraute und Sekretärin RosaLuxemburgs überlebte im Januar 1919 den Freikorpsterror. Doch mehr als 20 Jahre später gelang es ihr aus Geldmangel nicht, Nazideutschland zu verlassen. Rosa Luxemburgs Schriften konnte sie noch in die USA schmuggeln lassen, bevor sie nach Theresienstadt deportiert wurde, wo sie umkam. In einem Kibbuz in Israel haben Überlebende aus Theresienstadt für Mathilde Jacob eine Gedenktafel errichtet. In der DDR wurde sie erst Mitte der 80er Jahre durch Heinz Knoblochs autobiographischen Roman *Meine liebste Mathilde* einer größeren Öffentlichkeit bekannt. Weil Mathilde Jacob nach nur zweijähriger KPD-Mitgliedschaft 1921 aus der Partei ausgeschlossen wurde, eignete sie sich in der DDR nicht zur Vorzeigeantifaschistin.

Jetzt steht sie auch im ehemaligen Westberlin im Rampenlicht. Als zum Frauentag 1994 Feministinnen die Initiative starteten, im Bezirk Tiergarten Straßen nach bekannten Frauen zu benennen, war Mathilde Jacob eher zufällig auf die Liste der potentiellen Namenspatroninnen geraten. Doch bei einer Abstimmung unter Frauengruppen wurde Rosa Luxemburg zur Favoritin. Da nach ihr bereits ein Platz und eine Straße in Ostberlin benannt sind, schied sie aus. Damit kam Mathilde Jacob zum Zuge, von der man nur wußte, daß sie mit Luxemburg in enger Verbindung stand. Stadtteilbezug hatte sie auch, schließlich lebte sie von 1909 bis zu ihrer Deportation in Tiergarten und betrieb dort ein Schreibbüro. Mit den Stimmen von SPD und Bündnisgrünen wurde der Rathausvorplatz von Tiergarten nach Mathilde Jacob benannt. Die CDU sprach prompt von einer kommunistischen Verlegenheitslösung, und ihr Mitglied im Abgeordnetenhaus Lippelt fragte rhetorisch, was denn Mathilde Jacob für den Bezirk geleistet habe.

Per Bürgerentscheid wollen die Christdemokraten nun die schweigende Mehrheit mobilisieren. Wenn sich dort ca. 6.000 Menschen eintragen, muß erneut abgestimmt werden. Angesichts der rot-grünen Mehrheit in Tiergarten dürfte sich an der Beschlußlage nichts ändern. Zumal die Sozialdemokraten mittlerweile entdeckten, »welches Juwel wir mit Mathilde Jacob ausgegraben haben«, wie es die Fraktionsvorsitzende von Tiergarten salopp formulierte. Die SPD will Mathilde Jacob posthum vereinnahmen, auch wenn sie dazu die historischen Fakten zurechtbiegen muß. In einer maßgeblich von der SPD angestoßenen Erklärung der »Initiative für den Mathilde-Jacob-Platz« heißt es: »Weil Mathilde Jacob für den demokratischen Sozialismus eintrat, wurde sie 1921 aus der KPD ausgeschlossen.« Aber Vorstellungen eines »demokratischen Sozialismus« spielten in der KPD-Auseinandersetzung Anfang der zwanziger Jahre keine Rolle. Der sozialdemokratische Historiker Luban erklärte gar: »Ich habe zwar keine Beweise, aber ich bin überzeugt davon, daß Mathilde Jacob nach ihren Ausschluß aus der KPD den Weg zurück in die SPD gefunden hat.« Die Beweise, die der Mann dafür nicht hat, wird er auch nicht finden: Mathilde Jacob blieb nach ihrem KPD-Ausschluß parteilos.

Die Auseinandersetzung um Mathilde Jacob ist kein Einzelfall in Berlin. Im Bezirk Wilmersdorf wurde ein Angriff auf das deutschnationale Reinheitsgebot in der Straßenbeschilderung im Mai dieses Jahres erfolgreich abgewehrt. Dort hatte 1994 ebenfalls eine rot-grüne Mehrheit beschlossen, eine Straße nach Walter Benjamin umzubenennen. Sie war bis dato nach dem völkischen Theologen Reinhold Seeberg benannt. Seeberg, Autor nationalistischer Romane mit den Titeln *Krieg und Kriegsfortschritt*, *Volkserhaltung und Volksvermehrung*, bekannte sich noch kurz vor seinem Tod 1934 zu den nazifreundlichen Deutschen Christen und verurteilte die NS-kritische Bekennende Kirche. Doch der Seebergsteig wird zur Zufriedenheit eines Großteils seiner Bewohner auch in Zukunft weiter an den braunen Theologen erinnern, da die bei den letzten Kommunalwahlen siegreiche CDU, nachdem sie zunächst mit einstweiligen Verfügungen den Vollzug der Umbenennung immer wieder verhindert hatte, den Umbenennungsbeschluß revidierte.

Otto Eigen will verhindern, daß dieses Beispiel auch im benachbarten Charlottenburg Schule macht. Er hat mit einigen Mitstreitern die Initiative »Flatowallee am Olympiastadion« gegründet, deren Ziel die Umbenennung der größten Zufahrtsstraße zu den Sportstätten ist. Sie trägt noch heute einen 1936 per Hitlererlaß verordneten Namen: Reichssportfeldstraße. Die soll künftig an die jüdischen Sportler Gustav-Felix Flatow und Alfred Flatow erinnern. Die beiden Sieger im Turnen bei den ersten olympischen Spielen der Neuzeit 1896 wurden im hohen Alter von den Nazis nach Theresienstadt deportiert, wo sie verhungerten. Während Sportler, die sich im Glanz von NS-Größen sonnten, bis heute hierzulande Idole sind, kennt die Flatows kaum jemand.

Die Initiative schien im November 1994 ihr Ziel erreicht zu haben, als die rot-grüne Mehrheit in der Bezirksverordnetenversammlung Charlottenburg die Umbenennung beschlossen hatte. Doch die CDU mobilisierte die Eigentumswohnungsbesitzer des Corbusierhauses, die den Großteil der Bewohner dieser Straße ausmachen. Ein »Bürgerbund«, dessen Veranstaltungen den Eindruck von Wahlkundgebungen der Republikaner machten, sparte nicht mit antisemitischen Ressentiments. Die Umbenennungsbefürworter waren fortan verstärktem Telefonterror ausgesetzt. Eine für die Umbenennung werbende Ausstellung mußte im Sommer 1995 auf Druck rabiater Corbusierhausbewohner abgebrochen

werden. Die Reichssportfeldstraße sollte schon 1950 umbenannt werden. Damals sollten Straßennamen, die an Militaristen, Antisemiten, Deutschnationale erinnern, durch Namen der von den Nazis vertriebenen oder ermordeten Menschen ersetzt werden. Doch diese Pläne blieben in der »Frontstadt« West-Berlin Makulatur. Erst im Vorfeld der 750-Jahr Feier Berlins 1987 begann die Debatte erneut. »Das ist nicht zuletzt das Verdienst zahlreicher Initiativen und Projekte, die seit Jahren dabei sind, diesen Aspekt der Stadtgeschichte wieder ins Bewußtsein zu rufen«, schrieb die Zeitung »Das Parlament« damals.

Trotz deren Engagement änderte sich wenig. Denn die CDU kämpfte um den Erhalt jedes einzelnen Nazinamens an Straßen und Schulen, um den antisemitischen Historiker Dietrich Schäfer ebenso wie um den hochdekorierten Jagdflieger von Richthofen und andere. So stimmt heute noch, was der Leiter der Geschichtswerkstatt, Jürgen Karwelat 1988 in der »Taz« feststellte: »In Berlin, wie sonst nirgendwo in Deutschland, finden sich bis heute im Straßenbild so viele Elemente ruhmloser deutscher Vergangenheit: Monarchismus, Militarismus, Kolonialismus, Antisemitismus ...«

Das hätte sich nach dem Fall der Mauer ändern können. Denn in Ostberlin waren viele Straßen nach Antifaschisten benannt. Aber Clara Zetkin, Georgie Dimitroff, Käthe Niederkirchner, Lieselotte Hermann und viele andere wurden von der großen Koalition trotz Anwohnerprotesten aus dem Stadtplan gestrichen. Nur einmal bremsten die Sozialdemokraten. Der Name Rosa Luxemburg mußte von der Streichliste, denn die hatte durch ihre kritische Beurteilung der Oktoberrevolution den sozialdemokratischen Gesinnungs-Tüv bestanden. Der Berliner CDU-Fraktionsvorsitzende Landowsky wollte den Namen »der Totengräberin der Weimarer Republik« ebenfalls streichen. Schon 1988, anläßlich der Errichtung eines Denkmals für Luxemburg am Landwehrkanal erklärte die Junge Union, daß ein Mahnmal für diese Kommunistin im freien Berlin nichts zu suchen habe.

Wer wollte da widersprechen? Landowsky und Co. haben recht: Die Traditionen, an die die Reichshauptstadt des wiedervereinigten Deutschland anknüpft, sind die, gegen die Rosa Luxemburg kämpfte.

Peter Nowak lebt als freier Journalist in Berlin

Konkret 10/96, S. 24

Heiner Möller

Dem Staate dienen

Mit »Hurra!« zurück in die Zukunft: »Arbeitsdienst? Warum nicht!«, fragte in der »Zeit« die Bremer Professorin Sibylle Tönnies. Die Frau kommt aus der Linken. Sie ist hauptsächlich Querdenkerin

Insofern die Pläne für eine staatliche Organisierung des Arbeitszwangs auf die sozialen Folgen der Arbeitslosigkeit reagieren, sind sie durchaus zeitgemäß. Ihren Staat als Sozialstaat mißverstanden zu haben, rächt sich nun auch an den Bürgern und Bürgerinnen der Bundesrepublik. Denn die Vergabe von Sozialleistungen entwickelt sich stets umgekehrt proportional zu den sozialen Notlagen: Je weniger Menschen ihrer bedürfen, desto großzügiger stehen sie zur Verfügung, und je mehr auf sie angewiesen sind, desto weniger gibt es davon. Ihre Nutzung heißt jetzt Mißbrauch. Das wird den Bedürftigen seit einiger Zeit von Politikern, Professoren und Publizisten beigebracht. Frau Tönnies und ihresgleichen denken also nicht quer zu, sondern mit einer Entwicklung sozialer Restriktionen, sofern von Denken dabei überhaupt die Rede sein kann.

Natürlich ist, was da diskutiert wird, nicht neu. Bereits die Vorläufer des nationalsozialistischen Reichsarbeitsdienstes (RAD) von 1935 sind zur Krisenabwehr installiert worden. Die Mutter aller Dienstpflichten, das Gesetz über den »Vaterländischen Hilfsdienst« von 1916 etwa, sollte kriegsbedingt die »Heimatfront« mobilisieren. Die nach dem 1. Weltkrieg geführte Diskussion zum Thema Dienstpflicht zielte auf das Heer arbeitsloser Frontsoldaten und Freikorpsschergen. Nach der Wirtschaftskrise 1923 entstanden erste Arbeitslagerprojekte, und die gesetzliche Verankerung des Freiwilligen Arbeitsdienstes (FAD) 1931 diente schließlich als Teil der Brüningschen Notverordnungen dem massiven Sozialabbau.

Nach 1945 blieb die Forderung nach einer Arbeitsdienstpflicht den Nazi-Nachfolgern, den Verbänden ehemaliger Reichsarbeitsdienstführer und Einzelpersonen wie dem Nationalliberalen Erich Mende (FDP) vorbehalten, der 1950 ein Programm für einen »Jugendnotdienst« und einen »freiwilligen Landdienst« vorlegte, sowie Soziologen wie Helmut Schelsky, der im gleichen Jahr »den hohen pädagogischen Wert« eines »Jugendarbeitsdienstes« lobte. Ansonsten verbot die zeitliche Nähe zum Nationalsozialismus das politische Eintreten für eine Neuauflage des Arbeitsdienstes.

Mit dem »Abschied vom Sozialpatriotismus« (»FAZ«) haben sich die Voraussetzungen für die neuerliche Arbeitsdienstdiskussion drastisch verändert. Zwar flaute die öffentliche Debatte nach dem Vorschlag einer »allgemeinen Dienspflicht« durch Richard von Weizsäcker 1992/93 zunächst wieder ab. Doch die Rahmenbedingungen für ihre Realisierung haben sich verbessert. Niemand glaubt mehr ernsthaft an einen Abbau der Arbeitslosigkeit, und wenn Gräfin Dönhoff der Weltschmerz überkommt, jammert sie, daß »Deutschland von einer Kulturnation zu einer Konsumnation geworden« sei. Sie hat, dem zu wehren, bereits 1993 einen »Sozial- und Gemeinschaftsdienst« gefordert, von dem man sich nicht abschrecken lassen sollte, bloß »weil angeblich Hitler den Arbeitsdienst erfunden hat. Er hat ihn gar nicht erfunden, er hat ihn nur zu einer vormilitärischen Organisation pervertiert.« Aber wen außer Alice Schwarzer und jene Immerschon-Arbeitsdienstler erreicht die Gräfin mit derartigen Appellen? Auch Helmut Schmidts Stammtisch-Diktum »Selbstverständlich kann einem gesunden jüngeren Arbeitslosen zugemutet werden, Äpfel und Birnen zu pflücken«, ist eher geeignet, die sozialdemokratische Rentnerband und die Stammtische in Begeisterung zu versetzen als die Intellektuellen, den gutverdienenden »postmateriellen« Mittelstand oder gar »die Jugend«.

Da kommt die neue staatstragende Generation aus dem ehemaligen linken Spektrum, den »sozialen Bewegungen« und den Grünen gerade recht, die nun ihrerseits den »Gemeinsinn« entdeckt hat und sich anschickt, Jugenderziehung und Volksbildung zu betreiben. Daniel Cohn-Bendit kann sich für ein »allgemeines Pflichtjahr« erwärmen. Antje Vollmer schlägt »ein soziales Jahr für Alte« vor. Ihr Schüler Bernd Ulrich fordert stramm eine »allgemeine Dienstpflicht«. Der frühere Autonome Thomas Schmid klagt einen »allgemeinen Zivildienst« ein. Die »Emma« 9/96 findet ein »allgemeines Pflichtjahr für beide Geschlechter« »fortschrittlich«, den Kriegsdienst für Frauen eingeschlossen, wobei sie gleichgesinnte Gegner eines der »letzten Berufsverbote für Frauen« in der FDP, bei der CDU-Mittelstandsvereinigung und der »Jungen Freiheit« findet.

Auch in der »Zeit« wird von »links« für den neuen Arbeitsdienst geworben, in bis dato drei Beiträgen, einer mieser als der andere. Geradezu wohltuend offen nimmt sich da der Reaktionär Helmut Schmidt gegen die Reaktionäre Tönnies (12.7.96), Greffrath (16.8.96) und Hans-Eckehard Bahr (6.9.96) aus. Wo Schmidt vom Ernteeinsatz spricht, schlägt Greffrath den Arbeitszwang (»Ein Bürgerdienst macht Spaß und Sinn«) der »Veränderungslust der jungen Bürger« zu, fabuliert von »Solidarität, Fernweh, Neugier und körperlicher Betätigung«. Der Leiter des Forschungsprojektes »Jugend und Stadtgewalt« an der Universität Bochum, Bahr, schwafelt von einem zivilen Dienst »mit sportivem Teamgeist«, von »kreativen Fähigkeiten«, »Abenteuerlust« und »Erlebnishunger«. Will Greffrath deutsche Jugendliche für ein Jahr zum »Wiederaufbau von Sarajevo« entsenden, propagiert Bahr praktischen Umweltschutz in den »schlesischen Kohlegebieten«

und »ukrainischen Arealen«. Womit die Arbeitsdienstdebatte ihren Beitrag zur deutschen Außenpolitik bereits geliefert hat.

Ein Blick in die einschlägigen Arbeitsdienstuntersuchungen, vor allem aber in die Erinnerungs- und Erlebnisliteratur macht klar, daß all diese flotten Begriffssetzungen auf die Weimarer Arbeitslager-Bewegung, vor allem aber auch auf den RAD der Nazis zutreffen. Doch die Tönnies-Greffrath-Bahr bemühen sich um eine modernisierte Variante. Tönnies: »Nicht Arbeitslager also, sondern Work-Camps, nicht Arbeitsdienst, sondern New Deal. Und abends wird es nicht deutscher Volkstanz sein, sondern Disco.« Und beim Essenfassen gibt's nicht Frikadellen, sondern Hamburger. Und Kriegsdienst wird zum Peacekeeping.

Aber natürlich ist die gegenwärtige Dienstpflichtdiskussion gar nicht so weit entfernt von der Weimarer Entwicklung zum Freiwilligen Arbeitsdienst und dem nationalsozialistischen Reichsarbeitsdienst, wie es die Diskutanten weismachen wollen, deren aufgeklärte Fraktion (Bahr: »Der Hammer ›Reichsarbeitsdienst‹ ist doch längst zum Papphammer geworden«; Greffrath: »Spaten beiseite«) sich sogar über Bedenken der »linken« Weimarer Variante, die eine »Freiwilligkeit« des Dienstes vorsah, umstandslos hinwegsetzt. Zunächst aber muß noch jede Zwangsdienstvariante in Deutschland »aus dem Schatten Hitlers« treten – »mentale Hindernisse beseitigen«, nennt Frau Tönnies das. Dabei verhalten sich die Protagonisten, wie es der Mainstream der Nachkriegsliteratur zum Arbeitsdienst vorgegeben hat. Man unterscheidet einfach wie Gräfin Dönhoff zwischen dem positiven Erziehungsvorsatz des Arbeitsdienstes und seiner Pervertierung durch die Nazis. Der ehemalige »Autonomie«-Revoluzzer Thomas Schmid in der »Hamburger Morgenpost«: »Es wäre ein später Sieg Hitlers, wenn die Arbeit für das Gemeinwesen ein Tabu bliebe.« Sibylle Tönnies in lockerer Verkrampfung: »Ach, Adolf! Nein, wir wollen dich nicht würdigen, auch nicht für den Arbeitsdienst«, für den der Führer aber, soll das wohl heißen, durchaus einiges Lob verdient hätte, aber da er »sich mit fremden Federn schmückte«, doch darauf verzichten muß. Der Arbeitsdienst nämlich sei aus »ganz heterogenen, mehr oder weniger jugendbewegten Kreisen der Weimarer Republik« gekommen. Um die apologetischen Tendenzen ihres Vorschlags ein wenig zu kaschieren, hat Tönnies deutsche Arbeitdiensterfahrungen kurzerhand auf die Kibbuz-Bewegung und den New Deal übertragen. Natürlich dürfen als Kronzeugen auch Widerstandskämpfer und deutsche Juden nicht fehlen, die in der Arbeitsdienst-Bewegung tätig waren.

Der deutsche Arbeitsdienst hatte verschiedene Vorläufer. Sein auch ideologisch bedeutsamster war der paramilitärische Dienst, der das Wehrpflichtverbot des Versailler Vertrages umgehen wollte. Ehemalige Freikorpsoffiziere stellten daher das Führungspersonal bei den Vorläufern und verschiedenen nationalistischen, antisemitischen und rassistischen Trägern des FAD (u.a. »Stahlhelm – Bund der Frontsoldaten«, der zahlenmäßig stärkste Träger des FAD, »Jungdeutscher Orden«, »Kyffhäuser-Bund«), die teilweise in Lagern die Besiedlung des Ostens probten. Diese Gruppen knüpften am »Vaterländischen Hilfsdienst«-Gesetz von 1916 an. Mit der Einführung des RAD als Pflicht für alle 18-25jährigen 1935 – kurz nach der Wiedereinführung der Wehrpflicht – hatten sie ihr Ziel erreicht.

Eine zweite Richtung umfaßte verschiedene bündische und wandervogelbewegte Jugendorganisationen, deren Konzeptionen körperliche Arbeit und Gemeinschaftserlebnis (Organisierung von freiwilligen Arbeitslagern) zusammenbrachten und bevorzugt von volksbildnerischen Reformpädagogen verfaßt wurden. Ihre eigenständigen Bemühungen um einen Arbeitsdienst begannen 1924 in Form von »selbstverwalteten« Arbeits- und Volkslagern. Anders als die Militaristen propagierten sie im Arbeitslager »neue Lebensformen«. Die Ideale von »Selbsterziehung«, »Gemeinsamkeit«, »gemeinschaftlichem Lebensgefühl« und »praktischem Handeln« sollten eingeübt, über die Verbindung von Arbeiten und Lernen sollte Sinn gestiftet werden. Zahlenmäßig war dieser Teil des freiwilligen Arbeitsdienstes der unbedeutendste und verlor mit der staatlichen Einführung des FAD auch seinen eigenständigen pädagogischen Ansatz. Die sich als linke Alternative verstehenden Erziehungskonzepte waren allerdings durchzogen von völkischen Mythen. Sie hatten die Funktion einer sozialen Disziplinierung erwerbsloser Jugendlicher und eigneten sich als Vorformen des Jugendzwangsarbeitssystems, das der RAD schließlich institutionalisiert hat. Die Mehrzahl der Lagerführer und Erzieher ordnete sich in den FAD ein und drängte, anfänglich von den Nazis geduldet, auch in den RAD. Das gilt übrigens auch für den vor 1933 weniger entwickelten Frauenarbeitsdienst. Bis etwa 1934, so Dagmar Morgan, stammte etwa die Hälfte der »Führerinnen« aus der Jugendbewegung.

Eine dritte Richtung der Arbeitsdienstpropheten wurde von ökonomischen und sozialpolitisch-erzieherischen Motiven bewegt. Die »wertschaffende Arbeitslosenfürsorge« sollte qua FAD die durch die Arbeitslosigkeit rapide gestiegenen Sozialkosten reduzieren. Im Juni 1931 wurde der FAD als Teil der Brüningschen Notverordnungen Gesetz: »Freiwillig sich zur Verfügung stellende Personen (bis 21 Jahre), insbesondere Arbeitslose, verrichten ohne Begründung eines Arbeitsverhältnisses gemeinnützige, zusätzliche Arbeiten, mit denen pädagogische Maßnahmen verbunden sind. Der FAD stellt somit eine Maßnahme der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge dar«, faßte eine Untersuchung 1932 die Ziele zusammen. Die »Träger des Dienstes« (Kommunen, Körperschaften öffentlichen Rechts, Stiftungen, Kirchengemeinden, Genossenschaften, Sportvereine, rechte Verbände, christliche Gewerkschaften und die im »Sozialen Dienst« zusammengeschlossenen ADGB-Gewerkschaften, Arbeiterwohlfahrt und weitere der SPD nahestehende Verbände) erhielten pro Tag und Beschäftigten 2 Reichsmark, letzterer bekam davon wiederum nur ein Taschengeld – häufig nur etwa

2 Mark pro Woche im Lager, bis zu 7 Mark im »offenen« Dienst – ausgezahlt. Die Tätigkeiten umfaßten vor allem Verkehrs- und Bodenarbeiten, Forstarbeiten sowie die Herrichtung von Siedlungen, Kleingärten und Sportanlagen.

Als Instrument des Sozialabbausim Rahmen der Notverordnungen war der FAD keine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme. Nichttarifliche Bezahlung sowie »seelische Ablenkung« für Jugendliche (Reichsarbeitsminister Stegerwald) waren seine Ziele. 1932 wurden auch Privatunternehmen als Träger zugelassen, sie stellten mit Vorliebe solche Arbeitslosen ein, deren Wohlfahrtsunterstützung von den Gemeinden als Zuschuß gezahlt wurde.

Mit der Drohung vieler Kommunen, bei Nichtwahrnehmung des FAD die Wohlfahrtsunterstützung (heute: Sozialhilfe) zu streichen, wurde das Freiwilligkeitsprinzip unterlaufen, zumal die Option einer Arbeitsdienstpflicht von den FAD-Initiatoren von Beginn an mitgedacht war. Zur Enttarifierung der Arbeitsverhältnisse trug auch bei, daß im Rahmen der Weltwirtschaftskrise die »Pflichtarbeit« für Arbeitslose aus dem Arbeitsrechtsverhältnis ausgegliedert wurde. Mit der Ausdehnung der »Pflichtarbeit« auf alle Unterstützungsempfänger (also auch auf Arbeitslose) per Notverordnung war zusätzlich ein Zwangsmittel gegeben, die Freiwilligkeit aufzuheben. Die Senkung der Arbeitslosenunterstützung führte dazu, daß immer größere Teile der Arbeitslosen auf das Niveau der öffentlichen Fürsorge herunterkamen. 1932 waren nur noch 24 Prozent der Arbeitslosen Bezieher von Arbeitslosenunterstützung, 31 Prozent erhielten Krisenunterstützung (entspricht der heutigen Arbeitslosenhilfe), 45 Prozent Wohlfahrtsunterstützung.)

Sprunghaft stieg die Zahl der im FAD beschäftigten Jugendlichen von 106 (September 1931) auf 6.810 (Januar 1932), 74.500 (Juli 1932) auf erstmals über 200.000 Ende 1932 an. Aufgrund des Erfolges des FAD wurde er im Juli 1932 auf alle Jugendlichen bis zum 25. Lebensjahr und seine Dauer von 20 auf maximal 40 Wochen ausgedehnt. Den Jugendlichen einen »Weg zur Leistung frei gewählter, sinnvoller, der Allgemeinheit dienender Arbeit zu eröffnen, ihnen den sittlichen Wert ernster Arbeit aufzuzeigen und sie durch die Pflege des Gemeinschaftsgedankens und die Schulung von Körper und Geist zu verantwortungsbewußten, vollwertigen Gliedern der Volksgemeinschaft zu machen«, hieß es im »ABC des freiwilligen Arbeitsdienstes«.

Ein kurzer Blick auf die heutige Situation zeigt die Parallelen. 1993 hat die Bundesregierung eine Änderung des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) vorgenommen: Die Soll-Vorschrift, daß Sozialhilfeempfänger zu »gemeinnützigen Arbeiten herangezogen« werden, ist seither eine Mußvorschrift. Bei Verweigerung wird die Sozialhilfe um 25 Prozent gekürzt. Damit ist eine Arbeitszwangsklausel gegeben, von der ein Personenkreis betroffen ist, der in dem Maße wächst, wie Arbeitslosengeld und -hilfe weiter gekürzt werden und der Kreis der Sozialhilfebezieher sich vergrößert. Die Abwälzung dieser Lasten auf die Kommunen veranlaßt diese, den Druck an die Leistungsbezieher weiterzugeben. Auch hier stammt das Vorbild aus Weimar: 1931 empfahl der Deutsche Städtetag den Kommunen als Maßnahme zur Senkung der Fürsorgekosten die Ausweitung der Pflichtarbeit, um so den Arbeitswillen der Anspruchsberechtigten zu prüfen. Im August 1996 hat nun die Hamburger SPD (deren Vorsitzender Voscherau zwei Jahre zuvor im »Spiegel« forderte, »eine Sanktion für Menschen (zu) schaffen, die arbeiten können, aber trotzdem nicht wollen«) den praktischen Einstieg in den Arbeitszwang beschlossen: Der Hamburger Senat wird aufgefordert, die Zwangsklausel des BSHG anzuwenden.

Bundeswirtschaftsminister Rexrodt hatte sich schon 1993 der Weimarer Erfahrungen mit Arbeitsdiensten für die Gemeinschaft erinnert: Eine institutionelle Einführung von »Gemeinschaftsarbeiten« (GemA) könne anders als ABM deutlich machen, daß der Beschäftigte nicht für Lohn arbeite, sondern für »Arbeit statt Arbeitslosigkeit« entschädigt werde. Der Vorteil für den Staat sei, daß im Gegensatz zu ABM »keine neuen Ansprüche auf Arbeitslosengeld« erworben würden.

Nein, Hitler hat den Arbeitsdienst nicht erfunden, aber mißbraucht hat er ihn wahrlich ebensowenig. Daß er für den nationalsozialistischen Volksstaat überhaupt zu gebrauchen war, sollte allemal mehr Anlaß zur Kritik am Dienst für den Staat sein, als Überlegungen zum Mißbrauch einer vermeintlich sinnvollen Institution durch die Nazis. Aber weil nicht begriffen werden soll, daß im Kapitalismus der einzelne nichts ist außer Arbeitskraft, und also gar nichts, wenn diese nicht benötigt wird, treten in Krisenzeiten zuhauf Sinnstifter auf, die der Sinnlosigkeit (z.B. dem Arbeiten ohne Geld) einen Sinn geben wollen. Dönhoffs »Kulturnation versus Konsumnation« gibt vor, die vom Konsum Ausgeschlossenen mit Kultur vollstopfen zu wollen. Daß die »Verwahrlosten« darauf nicht stehen, wissen die Sinnprediger allerdings selber. Deswegen fällt ihnen der Arbeitszwang ein. Der soll versüßt werden, das ist ihre Lehre aus dem Reichsarbeitsdienst. Gesinnungslumpen wie Greffrath formulieren den Zusammenhang durchaus. Ihm zufolge ist es ja »gar nicht nötig zu zwingen. Die Not an sinnvoller Arbeit ist groß, die Zahl der arbeitslosen und umherirrenden Jugendlichen steigt.« Dann definiert er den Zwang zu einem Angebot des Staates um: »Warum macht der Staat den Jugendlichen nicht ein Angebot, das so zwingend vernünftig ist, daß die Verwaltung mit gutem Recht sagen kann: ohne Arbeit kein Geld, das so attraktiv ist, daß die Jugendlichen schlecht nein sagen können?« So zum Beispiel: »Warum soll man nicht mit dem Einsatz von Sozialdienstlern die Öffnungszeiten von Bädern, Bibliotheken und Museen ausweiten?« Für ein Jahr zu einem, wie er schreibt, »Taschengeld«. Und danach?

Dienenwollen soll belohnt werden. Also schlägt Greffrath für geleisteten »Bürgerdienst« einen »Bonus bei der Zulassung zum Studium oder eine Hilfe bei der Existenzgründung« vor. Das kannten schon die Nazis. Noch vor Einführung des RAD

verfügten sie 1934, daß zum Sommersemester 1935 nur immatrikuliert werden könne, wer seinen Arbeitsdienst abgeleistet habe.

Hans-Eckehard Bahr hat seine Ablehnung der Freiwilligkeit des Dienstes und seine Befürwortung von Zwang mit dem »two-step flow of motivation«, dem »Nacheinander zweier Lernschritte« begründet: vom Zwang zur Motivation. »Mit der Motivation ist es wie mit der Schulpflicht. Dort muß jedes Kind durch staatlichen Zwang mitmachen.« Auch der Mann hat von den Nazis gelernt. Die hatten nämlich im Arbeitsdienst »die Arbeiter der Stirn und Faust« zusammenschweißen wollen – Schulzwang und Arbeitszwang: »Die Idee der Arbeitsdienstpflicht bedeutet die folgerichtige Fortführung und notwendige Ergänzung der Gedanken, die zur allgemeinen Schulpflicht und allgemeinen Wehrpflicht geführt haben«, schrieb Heinz Carl Gustav Brauer 1935 in seiner Dissertation über den Arbeitsdienst aus Nazisicht. Hitlers Beauftragter für den Arbeitsdienst, Konstantin Hierl, sprach vom Arbeitsdienst als einer »Erziehungsanstalt« für den Staat und von einem »Dreischritt Schulpflicht-Arbeitspflicht-Wehrpflicht als Instrument kollektiver Disziplinierung.«

Was die Arbeitsdienstplaner damals wie heute einigt, ist der positive Bezug auf den erzieherischen Charakter von körperlicher Arbeit, der mehr oder weniger durch Zwang und Disziplinierung erreicht werden soll. Daß »Arbeit adelt«, war Kernstück des Sozialismus im NS. Daß der liberale Staat »sich auf die bürgerlichen Tugenden, deren zentrale die Arbeit ist«, gründet, behauptet Greffrath. Seit wann Arbeit jedoch eine Tugend und Zwang liberal ist, bleibt sein Geheimnis. Tönnies wirft den linken Arbeitsdienstgegnern gar vor, »die marxistische Grundidee, daß sich der Mensch in der Arbeit verwirklicht«, aufgegeben zu haben. Das wäre doch endlich mal eine vernünftige Revision, hätte Tönnies sich da nicht einen ganz eigenen Marx geschaffen. Daß viele Menschen an ihrer Arbeitslosigkeit leiden, ist unbestritten. Daß allerdings die ganz normale Arbeit im Kapitalismus die Menschen kaputt macht, nehmen die Arbeitserzieher nicht zur Kenntnis.

Heiner Möller schrieb in KONKRET 9/96 über die grünen Metzger des Sozialstaats

Konkret 10/96, S. 27

Gaby Hommel

Das übliche Maß

Wer in der Bundesrepublik Schutz vor Elend, Krieg und Verfolgung sucht, ist verraten und verkauft. Denn abgeschoben werden nicht nur sogenannte »Wirtschaftsasylanten« und Kriegsflüchtlinge, sondern auch politische Aktivisten und selbst Folteropfer

Als sich im April dieses Jahres eine Putzkolonne auf dem Dortmunder Betriebsbahnhof daran begibt, den aus Budapest eingelaufenen Euro-City »Franz Liszt« zu reinigen, ertönen aus den Unterflurkästen des Zuges Rufe und Klopfzeichen. Das Wartungspersonal befreit rund 40 Rumänen, die – so zeigt es die spätere polizeiliche Untersuchung – bereits in der ungarischen Hauptstadt in die Verschläge geklettert waren und dort, wenige Zentimeter über den Gleisen zwischen Versorgungsleitungen und Bremszylindern eingequetscht, die gesamte Reise über ausharrten. Bei Geschwindigkeiten bis zu 200 Stundenkilometern eine lebensgefährliche Tortur, die auf sich zu nehmen es existenzieller Gründe bedarf. Doch danach werden die ausgemergelten Gestalten, die rußgeschwärzt und mit steifen Gelenken aus ihren Verstecken taumeln, gar nicht erst gefragt. Denn nach deutschem Recht gelten die Männer – genauso wie sonstige Flüchtlinge aus Osteuropa sowie den Dutzenden afrikanischer und asiatischer Ländern, die auf der Liste der sogenannten »sicheren Herkunftsstaaten« stehen – als Wirtschaftsflüchtlinge und damit grundsätzlich nicht asylberechtigt. Außerdem sind sie illegal und nachweislich über einen angeblich »sicheren Drittstaat« eingereist, womit ihnen in der BRD selbst dann kein Schutz zuteil werden würde, wenn sie einem der wenigen Regime dieser Welt entflohen wären, die bislang nicht einmal durch die Regierung Kohl von der systematischen Verfolgung ihrer Staatsbürgerinnen und Staatsbürger freigesprochen werden konnten.

Das Los der Rumänen, die unverzüglich in Haft genommen und wenige Tage später nach Bukarest zurück verfrachtet wurden, ist beispielhaft für eine Vielzahl ähnlich gelagerter Fälle, in denen Flüchtlinge ihr Leben riskieren, um über die hochgesicherten Grenzen nach Westeuropa zu gelangen, jedoch binnen kurzer Frist und ohne Prüfung der Fluchtgründe in ihr Herkunftsland oder einen sonstigen Staat abgeschoben werden. Öffentliche Aufmerksamkeit erregt die verzweifelte Suche nach einem Schlupfloch in die Wohlstandsfestungen allerdings nur dann, wenn Menschen in Containern ersticken, in Kühltransportern erfrieren, in Grenzgewässern ertrinken oder von skrupellosen Kapitänen auf offener See über Bord geworfen werden. Es folgt das Standard-Lamento über »kriminelle Schlepperbanden« und die nicht minder regelmäßige Aufforderung an Polizei und Justiz, ihnen endlich das schmutzige Handwerk zu legen. Daß die einträglichen Geschäfte gewissenloser Schlepper einzig auf Grundlage der rigiden Abschottung der Grenzen blühen, das Problem also hausgemacht ist und – gäbe es den Willen dazu – mit einem Federstrich aus der Welt zu räumen wäre – bleibt dagegen genauso unerwähnt wie die Tatsache, daß durchaus seriöse Fluchthilfeorganisationen existieren, die ihre Aktivitäten politisch begründen und sich ähnlich den historischen Vorbildern häufig aus Exilierten selbst zusammensetzen. Demgemäß kritisch zu bewerten ist die jüngste Erfolgsmeldung aus dem Hause Kanther, wonach im vergangenen Jahr 2.323 Schleuserinnen und Schleuser festgenommen wurden, d.h. rund 30 Prozent mehr als 1994.

Neben den Küsten Spaniens und Italiens zählen vor allem die Grenzen zwischen der Bundesrepublik und Polen bzw. der Tschechischen Republik zu den Brennpunkten der Migration in Europa. Entsprechend massiv sind hier die staatlichen Maßnahmen zur Grenzsicherung und damit die Zahlen jener Menschen, die den Versuch der illegalen Einreise mit dem Leben bezahlen mußten. Als »Todesfallen« verschrien sind insbesondere die Straße von Gibraltar, die italienische Adriaküste sowie Oder und Neiße, in denen allein in den zwei letzten Jahren nachweislich 27 Migrantinnen und Migranten ertranken. Die Dunkelziffer läßt sich erahnen, wenn man weiß, daß in manchen Dörfern entlang der beiden Flüsse angeschwemmte Leichen mittlerweile nicht mehr geborgen, sondern zur Vermeidung lästiger Formalitäten ins Wasser zurückgestoßen werden. Einen zusätzlichen Anhaltspunkt bieten Zahlen aus dem Bonner Innenministerium, denen zufolge 1995 an den Grenzen zu Polen und Tschechien 24.000 Personen aufgegriffen, wegen illegaler Einreise verhaftet und – das vergißt der Bericht zu erwähnen – ohne weitere Formalitäten zurückgeschoben wurden. Weiteren 25.000 Menschen ist laut offiziellen Angaben im gleichen Zeitraum die Einreise aus Polen verweigert worden; und noch einmal rund 90.000 traf es an den übrigen bundesdeutschen Grenzen, einschließlich der Flughäfen. Demgegenüber steht im nämlichen Jahr die Einleitung von 128.000 Asylverfahren, so daß unter dem Strich festgehalten werden kann: Mindestens die Hälfte aller Flüchtlinge, die im vergangenen Jahr auf einen Platz zum Leben im Deutschland hofften, gelangten gar nicht erst ins Land. Nicht eingerechnet die Zahl derjenigen, die einen verschwiegenen Weg über die Grenzen fanden, hier aber – noch bevor sie einen Asylantrag stellen konnten – hinter Gittern bzw. im Abschiebeflieger landeten.

Was heißt »asylrelevant«?

Negieren wir die Tatsache, daß seit Änderung des Asylartikels im Grundgesetz und mit Einführung der sogenannten »Drittstaatenregelung« faktisch kein Flüchtling mehr legal einreisen kann. Vernachlässigen wir, daß das Schicksal derjenigen, die es trotzdem irgendwie schaffen, durch die Auflistung angeblich »sicherer Herkunftsländer« in der Regel bereits im Vorfeld eines konkreten Asylbegehrens besiegelt ist. Übersehen wir behördliche Willkürmaßnahmen, in denen

die Annahme eines Asylantrages ohne gesetzliche Grundlage verweigert wird. Und wenden wir uns denjenigen Fällen zu, in denen es immerhin noch zur offiziellen Einleitung eines Asylverfahrens kommt. Hier taucht zunächst das grundlegende Problem auf, daß weder Krieg noch Bürgerkrieg, weder rassistische noch sexistische Verfolgung als hinreichende Asyltatbestände gelten. Der im August gefällte Spruch des Bundesverwaltungsgerichtes, wonach bosnische Muslime, die von serbischen Truppen aus ihren Heimatdörfern vertrieben wurden, keinen Asylanspruch besitzen, ist ein aktuelles Beispiel hierfür. Weitere finden sich in Bescheiden, in denen Asylbegehren von Roma etwa mit der Begründung abgelehnt werden, es läge keine Diskriminierung vor, die über das »für das Volk der Zigeuner übliche Maß« hinausgehe. An einer vergleichbaren Argumentation scheiterte der Asylantrag von Parwin T., die sich als Lehrerin und Künstlerin für die Rechte der Frauen in Afghanistan eingesetzt hatte, deren Bedrohung durch Mudjaheddin jedoch nicht als Verfolgung, sondern als Maßnahme bewertet wurde, die in Afghanistan alle Frauen zu erwarten hätten. Und schließlich ist nicht einmal Vergewaltigung, egal ob als Kriegswaffe eingesetzt, als gezielte Bestrafung gegen das Opfer oder mittelbare Bedrohung gegen ein männliches Familienmitglied gerichtet, im deutschen Ausländerrecht als frauenspezifischer Fluchtgrund anerkannt.

Im Ergebnis dieser bornierten Sichtweise des »Bundesamts für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge«, die nicht zufällig vor allem ethnische Minderheiten, Opfer von militärischen Auseinandersetzungen, Deserteure und Frauen von dem Recht auf Asyl ausschließt, bleibt zur erfolgreichen Begründung eines Asylantrages lediglich jener kleine Ausschnitt der vielfältigen und in Realität selten voneinander zu trennenden Fluchtursachen bestehen, der in das männlich geprägte, klassische Muster der »politischen Verfolgung« fällt. Und auch dies nur vorderhand; denn notwendige Voraussetzung ist, daß es den Betroffenen gelingt, eine entsprechende Situation »individuell« und »glaubhaft« nachzuweisen. Ausgangssperren, Straßenkontrollen und Razzien, Versammlungsverbote und ein organisiertes Spitzelwesen, Zwangsrekrutierungen, Bekleidungsvorschriften, Einschränkungen von Sprache und Kultur sowie sonstige Maßnahmen der Staatsmacht, die ein generelles Klima der Repression schaffen, fallen somit allein schon mit der Standardfeststellung der Asylentscheider unter den Tisch: »Auf die allgemeine Lage in ihrem Herkunftsstaat können sich die Antragssteller nicht mit Erfolg berufen.« Während zusätzliche und offensichtlich speziell gegen die eigene Person gerichtete Repressalien wie Hausdurchsuchungen, Verhöre und Verhaftungen, Meldeauflagen, Gerichtsurteile oder gar Mißhandlungen durch Polizei und Miliz nur schwerlich in einer Art belegt werden können, die vor den Augen deutscher Flüchtlingsverwalter standhält. Zumal entsprechende Dokumente, die hierfür in Frage kämen, in aller Regel nicht vorhanden oder im Herkunftsland verblieben sind. Und können im Ausnahmefall etwa Parteiausweise, behördliche Vorladungen, Gerichtsurteile oder Haftbefehle präsentiert werden, äußern Ausländerbehörden und Asylrichter mit schönster Regelmäßigkeit Zweifel an ihrer Echtheit.

Wie mißt man »Glaubhaftigkeit«?

Folglich bleibt der Mehrzahl der sogenannten »politischen Flüchtlinge«, die es im Unterschied zur großen Masse ihrer nicht minder an Leib und Leben bedrohten Leidensgefährten zumindest bis zu diesem Punkt gebracht haben, nur die Chance, den Wahrheitsgehalt ihrer Angaben durch einen »glaubhaften Vortrag« unter Beweis zu stellen. Was unter diesem Begriff zu verstehen ist, liest sich in Asylbescheiden typischerweise wie folgt: »Zu einem glaubhaften Vorbringen gehört, daß der Asylbewerber während seines Verfahrens sein angebliches Verfolgungsschicksal geradlinig, folgerichtig und frei von wesentlichen Widerspüchen darlegt. Die ihm obliegende Mitwirkungspflicht verlangt, daß er unter Angabe genauer Einzelheiten einen in sich stimmigen Sachverhalt vorträgt, der seine Verfolgungsfurcht für den Fall der Rückkehr begründet. Vor allem für diejenigen Umstände, die seinen eigenen Lebensbereich betreffen, ist ein substantiierter, im wesentlichen widerspruchsfreier und nicht wechselnder Tatsachenvortrag zu fordern.« D.h. es werden theoretische Anforderungen gestellt, an denen sich Diplom-Kandidaten die Zähne ausbeißen, und spezifische Vorgaben zum Maßstab von Glaubwürdigkeit gemacht, die – abgesehen davon, daß sie andere Beurteilungskriterien ausschließen – nicht objektiv überprüfbar sind. So hängt etwa die Beurteilung einer Einlassung als »stimmig« oder »schlüssig« ganz wesentlich von der persönlichen Einschätzung und dem individuellen Vorstellungshorizont der Entscheider ab. Deutlich wird dies durch die verräterische, in vielen Asylbeschlüssen auftauchende Formulierung: »Es widerspricht der allgemeinen Lebenserfahrung, daß...«; oder wenn zum Beispiel die Angabe eines Flüchtlings, ein Ausweispapier durch Bestechung erlangt zu haben, als mit der »Paßerteilungspraxis nicht konform« und von daher als unglaubhaft qualifiziert wird.

Vergegenwärtigt man sich neben kulturellen Unterschieden und sprachbedingten Verständigungsproblemen das niedrige Bildungsniveau vieler Flüchtlinge und die Unkenntnis der an sie gestellten Erwartungen, so zeichnet sich die Untauglichkeit des Rasters, anhand dessen die Glaubwürdigkeitsprüfung erfolgt, bereits überdeutlich ab. Hinzu kommen bei vielen der Befragten ein durch Erfahrung geprägtes Mißtrauen gegenüber Behörden und mehr als verständliche Hemmungen, erlittene Situationen der Pein, Erniedrigung und Ohnmacht vor fremden Ohren offenzulegen. Zumal es nicht etwa Psychologen, sonstige Fachkräfte oder auch nur Kenner der politischen Verhältnisse im Herkunftsland sind,die in sorgfältiger Abwägung darüber entscheiden, ob die vorgetragenen Asylgründe eines Flüchtlings glaubhaft sind oder nicht. Vielmehr wird diese mitunter über Leben und Tod entscheidende Frage im Fließbandverfahren – manche Anhörungen

dauern nicht länger als 15 Minuten – von ehemaligen Buchhaltern und Speditionskaufleuten, früheren Berufssoldaten, Zöllnern und sonstigen Beamten bzw. Angestellten des öffentlichen Dienstes entschieden, die in Schnellkursen auf ihre Aufgabe als »Asylentscheider/in« trainiert wurden.

Tanja Laier hat im Auftrag von »Pro Asyl« die Befragungs- und Entscheidungspraxis des Nürnberger Bundesamtes am Beispiel von Flüchtlingen aus Nigeria untersucht und kommt in ihrer Broschüre *Drehtür Frankfurt/Main* zu dem Schluß, daß die Ablehnung von Asylanträgen systematisch und planvoll produziert wird. U.a. hält sie fest, daß »die gesetzliche Ausgestaltung des Verfahrens die Entstehung von Ermittlungsfehlern begünstigt« und »gravierende Mängel bei der Aufklärung des Verfolgungsvorbringens«, die in allen der von ihr betrachteten Fälle nachgewiesen werden konnten, vor allem dadurch bedingt sind, »daß es eine generelle Tendenz des Bundesamtes gibt, die Sachverhaltsermittlung durch einen zweifelhaften ›Glaubwürdigkeitstest‹ zu ersetzen«. Zumal einige Entscheider/innen, so die Einschätzung der Gerichtsreferendarin, »ihre Aufgabe darin zu sehen scheinen, möglichst viele Ablehnungen zu produzieren«.

Mit welchen Mitteln dieses Ziel im Zweifel erreicht wird, zeigt das Beispiel eines nigerianischen Flüchtlings, der während seines »Asyl-Interviews« angab, Mitglied einer verdeckt arbeitenden Gruppe gewesen zu sein, die es sich zur Aufgabe gemacht hatte, die vielen Analphabetinnen und Analphabeten in seinem Heimatland zu agitieren. Laut Anhörungsprotokoll sagte der Mann wörtlich: »Wir haben diese Bevölkerungsteile über die negative Arbeit ... des Staates informiert. Unser Ziel war, nicht selbst in Erscheinung zu treten.« Und im Zusammenhang mit Aktivitäten seiner Organisation, die sich gegen die Rationierung von Benzin richteten, erklärte er: »Es war uns aber nicht möglich, die Proteste durch die Presse publik zu machen, da die Presse ängstlich war.« Aus beiden Aussagen konstruierte das Bundesamt, nachzulesen als Begründung für die Ablehnung des betreffenden Asylantrags: »So ist es nicht logisch, eine Vereinigung, die für die Information des analphabetischen Bevölkerungsteils im Heimatland die offizielle Presse zu gewinnen sucht, als Geheimorganisation zu bezeichnen.«

Was tut Folter zur Sache?

Da generelle Nachweise der politischen Verfolgung nicht zählen und individuelle Vorbringen selbst dann vom Tisch gefegt werden, wenn sie mit Daten, Dokumenten und Detailkenntnissen belegt werden können, drängt sich die Frage auf, welche praktischen Möglichkeiten überhaupt bestehen, einen Asylanspruch »glaubhaft« zu machen. Die Überlegung, daß hier bestenfalls noch Folterspuren in Betracht kommen, klingt zynisch, wird von der Praxis deutscher Asylbehörden jedoch noch weit übertroffen. Denn selbst Menschen, die nachweislich gequält und mißhandelt wurden, haben nur eine sehr geringe Chance, unter den Schutz dieser Republik gestellt zu werden. Dies zeigt eine wissenschaftliche Studie, die der Psychologe Ralf Weber in Zusammenarbeit mit Sepp Graessner, Arzt im »Behandlungszentrum für Folteropfer« in Berlin erstellt hat. Ihr zugrunde liegen die Fälle von 40 Flüchtlingen, die im genannten Zentrum in Behandlung waren oder noch sind und nach Beurteilung der dortigen Fachleute sämtlich der Folter unterzogen wurden. Dennoch erhielten 30 von ihnen einen negativen Asylbescheid. In weiteren vier Verfahren klagte die Bundesrepublik gegen die in erster Instanz erfolgte Anerkennung als »politisch verfolgt«, so daß bis heute nur 15 Prozent der Betroffenen ein definitives Recht auf Asyl zugesprochen wurde.

Der junge Kurde Nusret, Zeit seines Lebens aktiv im Kampf gegen die Unterdrückung seines Volkes in der Türkei, gehört nicht dazu. Zwar kann er selbst kaum mehr zählen, wie oft er von türkischen Sicherheitskräften und dem berüchtigten Geheimdienst MIT festgenommen, zusammengeschlagen, an den Füßen aufgehängt, Scheinhinrichtungen unterzogen und gezwungen wurde, der gewaltsamen Entkleidung und sexuellen Nötigung weiblicher Familienabgehöriger zuzusehen. Und im Rahmen seiner Anhörung nach weiteren »Beeinträchtigungen« – so der Begriff des zuständigen Asylentscheiders für die genannten Torturen – befragt, eröffnete er: »Es existierten vermutlich mehrere Folterkammern, die eine war mit kaltem Wasser bis zum Knie gefüllt. In der mußte ich stehen, es gab dort keine Toilette,und es war dunkel. In einer anderen Kammer wurde ich an den Händen gefesselt, und es tropfte Wasser auf meinen Kopf.« Doch überschreiten derartige Methoden nach Ansicht der verantwortlichen Ausländerbehörde »nicht die Zumutbarkeitsschwelle, die die asylrechtlich irrelevante politische Diskriminierung von der politischen Verfolgung trennt«.

Ebenfalls abgelehnt wurde das Asylersuchen eines weiteren, u.a. mit Elektroschocks malträtierten kurdischen Aktivisten und seiner ebenfalls gefolterten Frau. Gemeinsam mit ihrem Baby fliehen konnte das Ehepaar nur deshalb, weil der Mann von seinen Peinigern zu einem bestimmten Zeitpunkt mehr tot als lebendig vor das Gefängnistor gekehrt worden war. »Sie dachten, ich würde sowieso sterben«, erklärt er sein Entkommen. Keine »asylbegründende Eingriffsintensität«, meint das Bundesamt. Denn obschon ein »schwerwiegender Vorstoß gegen die Menschenwürde« nicht verkannt werden dürfe, handele es sich »um Willkürmaßnahmen Einzelner, gegen die auch Bürger anderer Länder nicht gefeit seien«.

Beide Fälle sind insofern typisch, als sie jenen der von Weber und Graessner betrachteten Asylverfahren zuzurechnen sind, deren negative Bescheidung zu 90 Prozent unabhängig von den nachweisbaren Folterungen erfolgte. D.h. hier wurde das Recht auf Asyl nicht etwa deshalb verwehrt, weil Zweifel an den erlittenen Mißhandlungen auftauchten. Vielmehr spielte die Tatsache, daß Menschen die schrecklichsten Qualen erlitten hatten, schlicht und einfach keine Rolle. Daneben

charakterisieren die genannten Beispiele, mit welcher Ignoranz und Selbstherrlichkeit sich Asylentscheider/innen in ihren Sesseln zurücklehnen und sogar Todeskandidatinnen und -kandidaten zu ihren Mördern zurückschicken. Eine Fülle weiterer Fälle ist in der jüngst erschienenen Broschüre von Pro Asyl zum »Tag des Flüchtlings« (*Der Einzelfall zählt*) nachzulesen. Darunter die Geschichte von Frau I., Präsidentin der Mütterorganisation einer sozialdemokatisch orientierten Partei in Zaire, die von ihren Erfahrungen im Sondergefängnis der Sicherheitspolizei ihres Landes berichtet: »Zuerst schlugen sie mich, bis ich ohnmächtig wurde. Sie gossen mir Wasser ins Gesicht, damit ich aufwachte und warfen mich in einen Raum, wo schon andere Frauen waren. Sie sagten mir, ich solle nur warten, bis die Nacht komme. Am nächsten Morgen waren wir nur noch zehn – drei Frauen hatten die Soldaten umgebracht.«

Sichtbar verletzt, aber immerhin noch lebendig landete im gleichen Jahr, in dem der Asylantrag von Frau I. abgelehnt wurde, einer von vielen nigerianischen Flüchtlingen auf dem Frankfurter Flughafen. Seine körperlichen Beschwerden erklärte er mit durchlittenen Folterungen. Außerdem berichtete er, durch die Militärgerichtsbarkeit seines Herkunftslandes zum Tode verurteilt worden zu sein, und gab detailliert die geplanten Umstände seiner Hinrichtung wieder. »Ist Ihnen außer der hier geschilderten Sache nichts weiter durch die Behörden in Nigeria geschehen?« lautete die im Anhörungsprotokoll festgehaltene Entgegnung seines Asylentscheiders. Wenig später wurde der Mann abgeschoben. Über seinen Verbleib ist genauso wenig bekannt wie über das Schicksal der Tunesierin, die jüngst mit der durch und durch rassistischen Begründung in die Hände ihrer Verfolger zurückgelangte, Folterungen würden »von Tunesiern nicht im gleichem Maße wie von Europäern als Eingriff in persönliche Rechte empfunden«.

Angesprochen auf solche Geschehnisse sprechen politisch Verantwortliche von »bedauerlichen Ausnahmen« und »individuellen Fehlentscheidungen einzelner Beamten«. Diese ihrerseits verschanzen sich hinter geschichtsmächtigen Aussagen wie »Ich tue nur meine Pflicht« oder dem Standardspruch jedes Henkers: »Wenn ich es nicht mache, macht es jemand anderes.« Und derweil die liberale Öffentlichkeit noch überlegt, wie derartigen Ausflüchten begegnet und zumindest die verbliebenden Reste des Asylrechts erhalten werden können, ist das nächste Flugzeug schon aufgetankt. An Bord – mal gefesselt und geknebelt, mal ihrem Los scheinbar widerstandslos ergeben – Männer, Frauen und Kinder, die eher krepieren denn an unserem Wohlstand teilhaben sollen. 25.000 Abschiebungen erfolgten nach Angaben einer Hamburger Flüchtlingsgruppe bislang alleine über den dortigen Flughafen. Insgesamt 60.000 waren es offiziellen Auskünften zufolge in den vergangenen beiden Jahren.

Gaby Hommel schrieb in KONKRET 7/96 über Rassismus auf deutschen Baustellen

Konkret 10/96, S. 30

Zu Protokoll

Wer mißbraucht hier wen? Auszüge aus der Sendung »Talk vor Mitternacht« des NDR vom 25. August mit Katharina Rutschky (Autorin des »Handbuch sexueller Mißbrauch«), Christian Pfeiffer (Professor am Kriminologischen Forschungsinstitut Hannover), Walter Wilken (Deutscher Kinderschutzbund), Cordula Stucken (Kinderschutzzentrum Hamburg) und Ramona Jahn (Forensische Psychiatrie der FU Berlin)

Moderator: Guten Abend, meine Damen und Herren. Kinder als Opfer von Sex und Gewalt. Die Qualen der Mädchen in den belgischen Folterhäusern haben europaweit Entsetzen ausgelöst. Doch die belgischen Kinder haben hunderttausende Brüder und Schwestern, auch hier bei uns in Deutschland. Die Täter sind nicht organisierte Kinderschänderbanden wie in Belgien. Nein, es sind Menschen meistens aus dem Verwandten- und Bekanntenkreis. Herr Pfeiffer, ich habe ein Zitat von Ihnen gelesen. Da stand, in jeder Schulklasse sitzt ein mißbrauchtes Kind.

Pfeiffer: Das ist nicht ganz korrekt zitiert. Ich hatte gesagt, in einer Schulklasse von 28 Kindern, wenn man annimmt, die Hälfte sind Mädchen, dann muß man davon ausgehen, eines dieser 14 Mädchen ist mißbraucht worden. Durch eine Repräsentativbefragung von jüngeren und älteren Erwachsenen haben wir erfaßt, daß etwa 8,5 Prozent der Mädchen so etwas in ihrer Kindheit erleben. 100.000 Mädchen, so haben wir das hochgerechnet auf die gesamte Jahrgangsgruppe, die wir betrachtet haben. Davon etwa 2,5 Prozent, also etwa 30.000, die Penetration erleben, also eine Vergewaltigung in irgendeiner Form. Bei Jungs sind die Zahlen niedriger, etwa 3 Prozent erleben sexuellen Mißbrauch.

Moderator: Gibt es Zahlen, wo man sagen kann, das ist wirklich effektiv jetzt in den letzten Jahrzehnten mehr geworden?

Pfeiffer: Wir haben 40jährige Frauen genauso gefragt wie 16- oder 18jährige. Die Häufigkeiten sind fast konstant. Bei der Mißhandlung ist sogar ein ganz leichter Rückgang festzustellen. Also es gibt nicht die Behauptung nach unseren Dunkelfeldzahlen, daß die Dinge immer schlimmer werden, aber wohl, daß die Anzeigebereitschaft steigt, daß die Schamgrenzen sich verändern, daß die Menschen mehr in der Lage sind, Gottseidank häufig in der Lage sind, darüber zu reden.

Moderator: Katharina Rutschky, Sie haben die Zahlen gehört. Und ich sage Ihnen ganz ehrlich, mich persönlich erschreckt es. Sie selber haben allerdings von Panikmache gesprochen in diesem Zusammenhang. Kann man das wirklich unter so einem Begriff abtun, möglicherweise sogar verniedlichen?

Rutschky: Ich bin nicht Kriminologin, aber ich weiß: Glauben Sie an keine Statistik, die Sie nicht selbst gefälscht haben. Wie ermitteln Sie so was? Was sind das für Umrechnungen? Was Sie sagen, stimmt einfach nicht. Wir haben, obwohl wir seit zwölf Jahren eine massive sogenannte Aufklärungskampagne über dieses wahnsinnig verbreitete Delikt haben, eben nicht, wie Sie behauptet haben, »eine Gottseidank gesteigerte Anzeigenbereitschaft«. Sie reden ununterbrochen von einem Dunkelfeld. Ich weiß nicht, wie Sie zu diesen Dingen kommen. Es ist natürlich einfacher, in dieses Panikhorn mitzututen, weil man sonst beschimpft wird als jemand, der die Sache verharmlost und Kinderschutz nicht ernst nimmt.

Das weise ich weit von mir. Ich klage nur Vernunft und Nüchternheit ein. Keine Woche vergeht, ohne daß solche Diskussionsrunden stattfinden; wir haben in jeder Straßenbahn drei Kindersorgentelefone, die ihre Dienste anbieten; wir haben in jeder Woche mindestens drei, vier Aufklärungsfilme im Fernsehen – und wir haben im Laufe der letzten zehn Jahre kein gesteigertes Anzeigenaufkommen. Die Familienministerin verbreitet nach wie vor – trotz Ihrer Statistik – Zahlen, wonach 300.000 Kinder jährlich mißbraucht werden. Und das erzeugt ein Klima, in dem die Hysterie um sich greift, und wir, weil das Problem so absurd definiert wird, konkrete Hilfsmaßnahmen eben gerade nicht haben.

Moderator: Herr Wilken vom Kinderschutzbund, da werden also von Frau Rutschky die Zahlen angezweifelt. Sind denn die statistischen Zahlen nach Ihrer Einschätzung unseriös?

Wilken: Es gibt in dem Bereich eine ganze Menge von Zahlen. Und je nach Verwertungszusammenhang haben sich viele Leute Zahlen ausgedacht. Das Verdienst von Herrn Pfeiffer ist, daß er nun endlich die erste empirische Untersuchung vorgelegt hat zu dem Thema mit einer, wie ich denke, seriösen Befragung, die auch diese ganzen Panikzahlen konterkariert. Nichtsdestotrotz stimmt, was Frau Rutschky sagt: Allein der Begriff Dunkelfeld suggeriert ja, daß es einen Underground gibt, wo wahnsinnig viele Leute rumwuseln. Und sie vertritt die Meinung, es wird öffentliche Panik gemacht. Und das ist auch richtig. Aber man darf jetzt auch die Wanne nicht zur anderen Seite auskippen, indem man Untersuchungen, wie Herr Pfeiffer sie macht, anzweifelt.

Jahn: Nach meiner Erfahrung hat es keinesfalls zugenommen. Was problematisch ist, und das hat es vor Jahren in der Form nicht gegeben: daß die Mitarbeiter des Instituts, die sich mit Glaubhaftigkeitsgutachten befassen, das heißt, die Aussagen kindlicher Zeugen zu überprüfen haben, in der letzten Zeit zunehmend, und nicht nur in Einzelfällen, Situationen vorgefunden haben, daß die sagen mußten, da haben übereifrige Helfer letztendlich einen Stein ins Rollen gebracht, der dann zur Anklage geführt hat, und im nachhinein war festzustellen, daß da eigentlich nichts war. Und das ist insofern dramatisch, weil für die Familien, wenn wirklich nichts passiert ist, doch sehr viel passiert ist, sowohl für den

vermeintlichen Täter als auch für die Ehe, wenn eine solche bestanden hat, und auch für die Kinder, die dann zwischenzeitlich im Heim waren.

Moderator: Heißt das mit anderen Worten, es gibt so eine Art Anzeigehysterie?

Rutschky: Ja – wenn in der Öffentlichkeit jahrelang ein solcher Eindruck erweckt wird. Wir haben ein soziales System, da sind Sozialarbeiterinnen, die gehen auf Wochenendschulungen und glauben dann, so eine schwierige Diagnose bei einem Kind vornehmen zu können – bei Schulschwierigkeiten, bei Angstanfällen. Viele Kinder machen ja quasi neurotische Erkrankungen auch innerhalb ihrer Familie durch. Wenn alles auf dieses parat liegende Muster gebracht wird: vermutlich möglicherweise sexueller Mißbrauch, dann müssen solche Falschbehandlungen von Kindern entstehen.

Die Zahlen sprechen für mich. Die kalte Anzeigenstatistik hätte sich ändern müssen nach der massiven Agitation, die wir hatten. Und sie hat sich nicht geändert. Was sich geändert hat, und das sagen auch die Gutachter und erfahrene Leute in der Sozialarbeit, das sind die Verdächtigungen. Die können zu dramatischen Folgen führen.

Herr Pfeiffer, Sie tun so, als wüßten Sie, was sexueller Mißbrauch ist. Sie erfragen retrospektiv heute etwas, was Sie so definieren. Das kann im Lebenszusammenhang eine einmalige Sache sein. Das kann ein älteres Mädchen sein, das mal dies und das gemacht hat. Sie nehmen einfach nur sogenannte Fakten. Die haben Sie aber vorher konstruiert. Obwohl Sie niedrigere Zahlen haben als wir nun jahrelang hatten, ist Ihre Untersuchung ebenso problematisch. Eine retrospektive Befragung können Sie heute in diesem Klima überhaupt nicht mehr wirklich durchführen.

Pfeiffer: Ich denke, wir haben die international optimalen Strategien angewendet, die überhaupt in der Forschung verwendet werden. Es gibt keinen anderen Weg als den, Menschen zu befragen, ist dir dies und jenes widerfahren. Ansonsten gebe ich Ihnen ja in manchen Punkten recht. Unsere Zahlen haben ja durchaus manche Aufgeregtheiten korrigiert. Also wenn da gesagt wird, jede dritte Frau sei mißbraucht worden oder gar jede zweite, was eine Zeitlang auch von Politikern behauptet wurde – das haben wir nicht bestätigen können.

Mißhandlung passiert tatsächlich mehr in bestimmten Kreisen, nämlich denen der weniger gebildeten Unterschicht. Sexueller Mißbrauch dagegen ist relativ gleichmäßig verteilt in der Gesellschaft und findet sich von daher wohl doch in jeder Schulklasse, wenn sie groß genug ist.

Moderator: Sagen Sie mir bitte, was sind das für Signale, die Kinder, die Opfer, aussenden und die ich als Nachbar bemerken könnte.

Wilken: Signale sind eine hochzweifelhafte Geschichte. Es gibt Kataloge, wo einige gesagt haben: Fingernägel kauen, Bettnässen, Haare ausreißen, einkoten, das sind die Signale, und die müßt ihr hören und da müßt ihr Euch auf den Weg machen. Dies sind neurotische Symptome, die sehr viele Kinder haben können, ohne daß ein sexueller Mißbrauch vorliegt und ohne daß diese Kinder mißhandelt worden sind.

Moderator: Aber das heißt ja mit anderen Worten, muß man Psychiater sein, um tatsächlich irgendwas entdecken und mitbekommen zu können.

Jahn: Nein, auch Psychiater haben keine verläßlichen Kriterien dafür, aus Einzeläußerungen, aus Kinderzeichnungen abzuleiten, daß ein sexueller Mißbrauch stattgefunden hat. Es geht darum, mit dem Kind umzugehen, zu gucken, wo kommen die Probleme her, und dabei nicht schmalspurig, tunnelartig ausschließlich den sexuellen Mißbrauch als mögliche Ursache zu sehen.

Pfeiffer: In vielen Ländern werden in der Schule schon den Kindern Informationen darüber vermittelt, wer in ihrem Stadtteil ganz konkret Ansprechpartner wäre. Ein Psychologe, an den man sich direkt wenden kann, ein Arzt, den man aufsuchen kann, ohne daß die Eltern einen begleiten – gerade bei Mißhandlungen äußerst wichtig, denn oft sind ja die Mißhandler die Eltern. Und wenn die dabeistehen, dann wird das Kind natürlich nichts sagen. Also ohne Begleitung der Eltern einen Arzt aufsuchen, den man kennt und der sich einem persönlich bekannt gemacht hat und der dem Kind gegenüber als dem Patienten, der ein eigenes subjektives Recht auf eine solche eigene Behandlung hat, zur Schweigsamkeit verpflichtet ist. Das ist Voraussetzung für ein solches Sich-anvertrauen-können. Und diese Bedingungen sind bei uns schon rechtlich gar nicht gegeben.

Rutschky: Der Sozialstaat besteht auch aus Menschen, aus fehlbaren Ärzten und Psychologen. Die Grundvoraussetzung, die Sie machen, die ist ungefähr so: Die schlimmsten Feinde der Kinder sind ihre Eltern, weil da passiert doch das. Ich gehe davon aus, daß Kinder ein Interesse haben, auch mit Eltern, die sie mißhandeln, möglicherweise sogar mißbrauchen, weiterzuleben...

Pfeiffer: Natürlich! Da widerspricht doch niemand!

Rutschky: Das sehe ich nicht. Der ganze Ansatz, der in dieser Art von Kinderrettungsidee steckt, ist im Grunde so: Wir haben da eine bestimmte Tätergruppe, das ist die Familie, Verwandte, Bekannte und so weiter, und dann haben wir das unschuldige Kind. Und wie kommen *wir* jetzt an die Kinder ran. Und *wir* sind alle gute Menschen, *wir* sind nicht fehlbar,

wir haben die diagnostischen Methoden, *wir* wissen auch, was langfristig für das Kind gut ist. Ich kann nur jedem Helfer empfehlen, die langfristigen Karrieren im Hilfssystem unseres Sozialstaats zu studieren. Wir haben eine Menge Geld investiert in diesem Bereich, gerade in den letzten Jahren, und der Output ist wirklich hundsmiserabel.

Mütter und Väter sind auch Menschen, das wollen wir nicht vergessen. Und das Kind hat ein Interesse an dieser Beziehung, die es durchs Leben begleitet – der Sozialarbeiter begleitet es nämlich nicht durchs Leben, sondern der wechselt im Amt dreimal, während der Fall bearbeitet wird. Das sind die Realitäten. Wir machen eine fürchterliche Hysterie, was wir alles für Kinder machen, aber der Output des Hilfssystems für Kinder – da stecken wir wirklich ganz, ganz unten.

Wilken: Die Einrichtungen werden nie besser sein als die Stellung, die die Gesellschaft einem Kind einräumt. Wenn die Gesellschaft bereit ist, gegen die Würde, gegen das Recht, gegen die Interessen und Bedürfnisse von Kindern zu verstoßen, dann kann man nicht erwarten, daß diese Gesellschaft topfite Einrichtungen hervorbringt. Und dieser Bewußtseinswandel, Kinder genießen in Gesellschaft und Politik Priorität Nr. 1, wir achten Kinder, wir hören auf das, was sie uns sagen, was sie wollen, wir achten ihre Bedürfnisse.

Rutschky: Sie definieren das Problem viel zu groß. Wie Alf sagt: Was man nicht reparieren kann, das ist auch nicht kaputt. Wenn Sie davon ausgehen, in unserer Gesellschaft werden Kinder nicht anerkannt, oder genießen keine Priorität, oder werden sozusagen immer hinten runtergeschubst, können Sie in dieser Gesellschaft sowieso nichts machen. Ich lebe in dieser Gesellschaft nicht. Wer das historisch betrachtet, weiß genau, was für Rechte Kinder bekommen haben, daß sich in den letzten 20, 30 Jahren seit meiner Kindheit die Schulsituation für Kinder dramatisch verändert hat. Kinder wurden früher in der Schule massiv geschlagen.

Moderator: Frau Rutschky, das ist doch unbestritten.

Rutschky: Warum konzentrieren wir uns dann in einer Art, die so tut, als haben wir es hier mit einem gesamtgesellschaftlichen Problem zu tun, auf ein wichtiges Randproblem, das wir um so weniger in den Griff bekommen, je mehr Hysterie links und rechts produziert wird?

Pfeiffer: Unsere Daten deuten doch darauf hin, daß es immerhin pro Jahr 30.000 Mädchen sind, denen so etwas sehr schlimm, nämlich als Vergewaltigung widerfährt. Und ein kleiner Prozentsatz von denen macht eine Anzeige, 10 Prozent etwa. Das kann man nicht zum Randproblem erklären angesichts der gravierenden Folgen, die das dann wieder hat, wenn die Mütter werden und das immer noch mit sich rumschleppen und damit offenbar nicht klar kommen und kaum jemand haben, der ihnen zuhören will.

Rutschky: Sie überschreiten Ihre Kompetenz. Sie sind Kriminologe, Sie ermitteln Zahlen, Sie haben eine Retrospektivuntersuchung gemacht. Und jetzt machen Sie weitgehende Aussagen über das Befinden, die Folgen dessen, was irgend jemand in seiner Kindheit erlebt hat.

Pfeiffer: Wir haben nicht Zahlen ermittelt, sondern Befindlichkeiten von Menschen.

Rutschky: Sie haben mit einem Fragebogen Daten und Fakten ermittelt. Sie haben nicht mit Menschen gesprochen. Daß man mißliche und unangenehme Erfahrungen macht als junges Mädchen mit sexuellen Angriffen, Attacken von Leuten, die älter sind – jeder hat seine Art, damit umzugehen. Ich fühle mich deswegen nicht traumatisiert. Das ist ja quasi schon eine Pflichtübung, ich müßte es ja eigentlich.

Pfeiffer: Wir haben festgestellt: Ein Mädchen, das sexuell mißbraucht wird, hat ein sechsmal so großes Risiko, später durch den Mann vergewaltigt zu werden, den es heiratet. Ein Mädchen, das gesehen hat, daß die Eltern sich prügeln, und das selber mißhandelt wird, hat ein zwölfmal so großes Risiko, daß es später in der Ehe geschlagen wird. Das heißt, man erlernt Opferrollen.

Rutschky: Das ist doch Unsinn. Meine Eltern haben Bücher gelesen, ich lese weiter Bücher. Das ist ein sozialer Habitus, der pflanzt sich über Generationen fort. Umgangsformen zwischen Eheleuten, die in bürgerlichen Kreisen absolut tabu sind, wo man sich mehr giftet oder vielleicht Rechtsanwaltsbriefe schreibt nach einer Scheidung oder sonst welche Auseinandersetzungen führt, die sehen in der Unterschicht vielleicht etwas anders aus.

Wir können darüber noch zehnmal reden, und da wird noch eine Aufgeregtheit stattfinden und noch eine Statistik erstellt werden, und wir haben wieder nicht das pragmatische Konzept von Hilfsangeboten. Eltern prügeln und mißhandeln ihre Kinder nicht aus Lust und Laune. Das sind ja nicht alles pädophile Schweine, sondern die sind ratlos. Da ist etwas passiert, sie schämen sich, sie möchten aber nicht die Schweinehunde der Nation und Kinderschänder sein, die von vornherein als Menschen nicht ernst genommen werden.

Pfeiffer: Die machtunterworfenen Kinder haben es wesentlich schwerer, Hilfe zu bekommen, als erwachsene Menschen, die ein ganz anderes soziales Äußerungsrepertoire haben und bessere Chancen haben, sich das zu holen, was sie brauchen. Also da meine ich ganz entschieden, daß wir ein Defizit haben an Hilfsangeboten für Kinder, die sich in einer solchen Situation befinden. Mißbrauch ist ja nicht das elterliche Thema, Gott sei Dank sind in den seltensten Fällen die Väter die

Betroffen, sondern eben die aus dem sozialen Nahraum. Trotzdem werden *die* Kinder häufiger Opfer von Mißbrauch, die zu Hause mißhandelt worden sind, wenig Liebe erfahren, von daher in Gefahr sind, auf dem Schoß von jemanden zu landen, nur weil sie Zuwendung, Zärtlichkeit wollen. Diesen Zusammenhang muß man sehen.

Stucken: Ich möchte mich dem anschließen, daß es diese Kinder sind, die das, was sie erlebt und erlitten haben, auch in dem Maße, indem sie das nicht verarbeiten und da keinerlei Unterstützung erfahren, an ihre Kinder weitergeben.

Rutschky: Das ist doch auch Unsinn. Ich bin geprügelt worden in der Kindheit, in der Schule. Ich habe nie in meinem Leben ein Kind oder irgend jemand anders geschlagen.

Pfeiffer: Frauen tun das auch nicht.

Rutschky: Das tun auch die meisten Männer nicht.

Pfeiffer: Woher wissen Sie denn das?

Rutschky: Es gibt auch außerhalb Ihres Forschungsinstitutes noch Wissen und Wahrheit. Stellen Sie sich das mal vor!

Stucken: Wir wissen andererseits von den Tätern, die Kinder mißbrauchen, daß auch sie Übergriffe, und zwar massivster Art, erlebt haben. Nicht alle, aber das wird tradiert. Und insofern gilt es, diesen Kreislauf auch zu unterbrechen.

Rutschky: Es gibt diesen Kreislauf einfach nicht. Dieser Kreislauf ist eine soziale Konstruktion. In der Unterschicht, zum Beispiel, wird weitergeprügelt. Da hat der Vater den Sohn geprügelt, der Sohn prügelt seinen Sohn. Das können Sie aber nicht als Täterkreislauf qualifizieren, sondern das ist ein sozialer Habitus. Da täte wirklich vielen Leuten eine Menge Soziologie und viel weniger Psychologie gut. Sie können einfach nicht davon ausgehen, daß jeder, der Schlimmes erfahren, gesehen, beobachtet hat, automatisch – Menschen sind keine Ratten. Menschen entscheiden sich selbständig zum großen Teil moralisch. Sonst gäbe es ja überhaupt keine Entwicklung, und wir hätten nicht in den letzten Jahren beobachtet, daß auch in der Unterschicht, die ja früher berüchtigt war für ihren autoritären Erziehungsstil, heute in der Regel ein einfühlsamer Stil praktiziert wird. Das ist doch eigentlich der dramatische Wandel. Und Sie leben von dem Skandal, daß es eine Randgruppe gibt, und der Skandal wird in eine Form gegeben, daß wir ihn nie aus der Welt haben, weil er nämlich eigentlich nur der moralischen Selbstgerechtigkeit und der Entrüstung aller dient, die in diesem Job sind. Ich nehme alle ehrbaren Anwesenden aus.

Konkret 10/96, S. 34

Michael Hahn

Der neue Demokrat

Zerschlagung des Sozialstaats und Ausbau des Repressionsapparates: Während seiner ersten Amtszeit hat Bill Clinton noch mehr gehalten, als er vor vier Jahren versprach

Manche mag es überraschen: In den USA lassen sich auch mit antikapitalistischen Parolen Wahlkämpfe gewinnen. »Putting People First« verlangte Bill Clinton vor vier Jahren. Nicht mehr die Interessen der Konzerne sollten an erster Stelle stehen (wie unter dem Millionärssohn George Bush), sondern die Bedürfnisse der einfachen Amerikaner. Clinton versprach Investitionen in die öffentliche Infrastruktur und in das Bildungswesen, eine aktive Arbeitsmarktpolitik und eine Reform des Krankenversicherungssystems – genug, um nach zwölf finsteren republikanischen Jahren bei vielen Linken und Sozialdemokraten Hoffnungen zu wecken. Und dann packte der Kandidat spät abends in der Fernseh-Talkshow auch noch sein Saxophon aus. Dazu kam ein glücklicher Umstand: Weil sich George Bush und Ross Perot die rechten Stimmen teilten, reichten Clinton vor vier Jahren 43 Prozent zum Sieg.

Auch auf der anderen Seite des Atlantik ließ man sich anstecken. »Ein Hauch von 68« werde nun ins Weiße Haus einziehen, hoffte man nach Clintons knappem Wahlsieg im November 1992 nicht nur in der »Taz«. Nachdem Bob Dylan bei der Amtseinführung des neuen Präsidenten im Januar 1993 aufgetreten war, forderte Antje Vollmer in der »Münchner Abendzeitung«: »Ein Clinton muß her!« Besonders positiv: »Die Kinder werden stolz auf ihr Land. Für den Augenblick ist der Parteienstreit vergessen.« Die künftige Bundestagspräsidentin kannte nur noch Amerikaner. Wenige Tage vorher hatte Joschka Fischer bereits im »Stern« das Stichwort gegeben: »Und wo bleibt der Clinton von Bonn?«

Ob der damalige hessische Umweltminister dabei an die Turnschuhe des unermüdlich joggenden US-Präsidenten dachte, wissen wir nicht. Clintons Wahlplattform war Fischer aber vermutlich bekannt. Jazz hin, Investitionslenkung her – im Kern forderte der Gouverneur von Arkansas eine knallharte »Standort«-Politik: Sozialkürzungen, Exportoffensiven, Repression (siehe KONKRET 10/92).

Clinton hat Wort gehalten. Die US-Wirtschaft boomt. Profite und Aktienkurse erreichen einen Rekordwert nach dem anderen. Zinsen und (offizielle) Arbeitslosenzahlen sind niedrig. In den vergangenen drei Jahren wurden netto acht Millionen (die Zahl stand im Wahlprogramm!) neue Arbeitsplätze geschaffen. Nur: Ein großer Teil der neuen Jobs entstand im Niedriglohnbereich. Die meisten Menschen, die den immer heftiger werdenden Entlassungswellen zum Opfer fallen, finden zwar rasch wieder Arbeit, aber nach Angaben des US-Arbeitsministeriums müssen rund zwei Drittel dabei erhebliche Einkommenseinbußen in Kauf nehmen – und verlieren nicht selten ihre ohnehin prekäre soziale Absicherung. Die Nettolöhne sinken seit 20 Jahren fast ununterbrochen. Der Trend hat sich unter Clinton fortgesetzt. Zwar zeigen die offiziellen Statistiken für die vergangenen Monate – gerade rechtzeitig für den Wahlkampf – einen leichten Knick nach oben, aber die meisten abhängig Beschäftigten merken nichts davon. Immer mehr Leute kommen mit ihrem »normalen« Vollzeitjob nicht mehr über die Runden und nehmen nach Feierabend einen zweiten oder gar dritten Job an.

Die niedrigeren Löhne haben dazu geführt, daß etliche US-Branchen ihre in den 70er und 80er Jahren verlorene Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt zurückgewonnen haben – auch ein Clintonsches Wahlversprechen. Die frühere Abwanderung vieler Fertigungsbereiche ins Billiglohn-Ausland hat sich verlangsamt oder gar umgekehrt. Inzwischen findet sich die »Dritte Welt« im eigenen Land: Buchstäblich im Schatten der glitzernden Bank-Wolkenkratzer in New York City und Los Angeles breitet sich ein Netz von Elektronik-Klitschen und Textil-Sweatshops aus. Gesetzliche Mindestlöhne, Sozialleistungen oder Arbeitsschutzvorschriften sind dort unbekannt.

Sinkende Löhne erfordern sinkende Sozialleistungen. Wer sich mit Sozialhilfe und Lebensmittelmarken (»food stamps«) noch einigermaßen über Wasser halten kann, wird kaum bereit sein, für einen Hungerlohn Hotelklos zu putzen. Das weiß auch Clinton, der deswegen schon 1992 ein »Ende der Wohlfahrt, wie wir sie kennen«, versprach. Verbrämt mit allerlei Moralpredigten über würdevolle Selbständigkeit statt erniedrigender Fürsorgementalität, über Arbeitsethik und Familienwerte, kündigte er an, »welfare« durch »workfare« zu ersetzen: Wer sich weigert, eine vom Sozialamt zugewiesene Arbeit oder Weiterbildungsmaßnahme anzunehmen, verliert jeden Anspruch auf staatliche Unterstützung. Die Zwangsarbeit beschränkt sich dabei nicht auf öffentliche Aufgaben wie die Pflege von Stadtparks und Friedhöfen. Die Sozialämter der Bundesstaaten können ihre Klienten künftig zwingen, auch bei McDonald’s oder beim BMW-Zulieferer stinknormale Mindestlohnjobs anzunehmen: staatliche Lohndrückerei.

Die republikanische Mehrheit im US-Kongreß verschärfte Clintons Plan noch. »Food stamps« für Niedrigverdiener wurden radikal gekürzt. Immigranten erhalten während der ersten fünf Jahre ihres Aufenthalts keinerlei öffentliche Leistungen mehr. Die von Clinton gewünschten Gelder für Weiterbildung oder Kinderbetreuung wurden zusammengestrichen. Die einschneidenste Vorgabe: Wer nach zwei Jahren Sozialhilfebezug noch keine Arbeit gefunden hat, wird gnadenlos auf Null gesetzt. Insgesamt werden Fürsorgezahlungen auf fünf Jahre begrenzt. Eine Frau, die als junge Mutter fünf Jahre lang »welfare« bezogen hat, geht leer aus, wenn sie 30 Jahre später arbeitslos wird.

Sozialhilfe, bisher in der Kompetenz der US-Bundesregierung, wurde den einzelnen Bundesstaaten übertragen. Diese können nun fast beliebig die Bemessungsgrenzen herabsetzen und Ausschlußkriterien einführen. Die Folge der verschiedenen Maßnahmen: Nach Schätzungen von Wohlfahrtsverbänden werden mehrere Millionen Menschen, die Mehrzahl davon Kinder, jegliche staatliche Unterstützung verlieren.

Nach monatelangem Hin und Her unterzeichnete Clinton Anfang August 1996 das republikanische Gesetz über die »welfare reform« – gegen die Stimmen seiner eigenen Parteiführung. Damit ist mit einem Federstrich die (ohnehin mickrige) staatliche Fürsorge-Garantie aufgehoben, immerhin ein zentrales Element des legendären »New Deal« der 30er Jahre. Heftige Klassenkämpfe trotzten Präsident Roosevelt damals einige Sozialreformen ab (vor allem eine allgemeine Rentenversicherung), welche die USA zumindest auf Bismarcksches Niveau brachten.

Der »New Democrat« im Weißen Haus braucht bisher ähnliche Massenbewegungen nicht zu befürchten. Seine Unterschrift unter das neue Fürsorgegesetz machte Clinton allein von kurzfristigen wahltaktischen Erwägungen abhängig. Die Rechnung ist einfach: Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbände wählen ohnehin die Demokraten als »kleineres Übel« gegenüber den Republikanern. Die betroffenen Sozialhilfeempfänger selbst beteiligen sich erfahrungsgemäß nur selten am Abstimmungsspektakel. Also will Clinton seinen Wahlkampf wie auch 1992 in der »Mitte« gewinnen. Gemeint sind damit die weißen Mittelschichtswähler in den Speckgürtel-Vorstädten, die er schon vor vier Jahren den Republikanern abspenstig machte. Übrigens ein Kurs, den Gerhard Schröder auch der SPD empfiehlt. Eine Addition von Minderheiten ergebe schließlich keine gesellschaftliche Mehrheit, erklärte der Möchtegern-Kanzlerkandidat der »Berliner Zeitung« (9.9.96).

Darauf zielt auch das Etikett »New Democrat«: Clinton demonstriert seine Distanz zu den traditionell wichtigsten Wählergruppen seiner Partei (laut »FAZ« eine »doktrinäre Interessengemeinschaft mit radikalen Gesellschaftsingenieuren, Gewerkschaften und aufdringlichen Minderheiten«). Dazu eignet sich das Thema »welfare« hervorragend, gilt doch die »typische« Fürsorgeempfängerin im derzeitigen politischen Diskurs der USA als arbeitsscheue und kinderreiche Afroamerikanerin. Ein Präsident, der solche Leute zur Arbeit an- und vom Kinderkriegen abhält, macht sich um die Interessen derjenigen verdient, die »hart arbeiten, Steuern zahlen und sich an die Spielregeln halten«, wie eine Standardformel in Clintons Wahlkampfreden lautet. Ohne ein einziges Mal das Wort »black« in den Mund zu nehmen, lassen sich so weiße Wählermehrheiten zusammenschmieden.

Wer sich von derartigen ideologischen Konstruktionen noch nicht überzeugen läßt, wird auf die »Sachzwänge« verwiesen. Für Sozialausgaben ist schlicht kein Geld mehr in den öffentlichen Kassen. Ein Abbau des Haushaltsdefizits hat oberste Priorität. Darin ist sich Clinton mit den Republikanern einig. Bei solchen Rechnungen spielt schon gar keine Rolle mehr, daß das US-Haushaltsdefizit während Clintons Amtszeit auf weniger als die Hälfte gesunken ist, von 255 Milliarden Dollar (1993) auf jetzt 116 Milliarden Dollar (ein weiteres eingehaltenes Wahlkampf-Versprechen). Gemessen am Bruttoinlandsprodukt liegt das Defizit damit inzwischen weit unter den in Westeuropa üblichen Prozentzahlen.

Nachdem Clinton in den ersten Monaten seiner Amtszeit noch mit einem zaghaften staatlichen Investitionsprogramm zur Ankurbelung der Wirtschaft (»Stimulus Package«) geliebäugelt hatte, legte er sich schon im Frühsommer 1993 eindeutig auf einen strikten Austeritätskurs fest (siehe KONKRET 10/93). Das war die entscheidende Vorgabe. Von nun an gab es mit immer neuen Gesetzentwürfen einen regelrechten Hase-und-Igel-Wettlauf zwischen dem demokratischen Präsidenten und den Republikanern im Kongreß: Wer kann stärker die öffentlichen Ausgaben kürzen? Wer kann den Staatshaushalt schneller ausgleichen? Im vergangenen Jahr legten sich beide Seiten darauf fest, bis zum Jahr 2002 ein »balanced budget« zu erreichen. Da die größten Einzelposten (Militär und Schuldendienst) tabu sind, bleiben nur drastische Einschnitte ins soziale Netz.

Der enge finanzielle Spielraum ist ein Erbe von Ronald Reagan. Der hatte – mit Zustimmung der oppositionellen Demokraten – in den 80er Jahren üppige Steuersenkungen für die Besserverdienenden ebenso durchgesetzt wie eine drastische Aufblähung des Militärhaushalts. Die daraus resultierenden Rekorddefizite in der Staatskasse müssen heute abgezahlt werden. Ein republikanischer Präsident hätte mit einem ähnlichen Sparkurs wie Clinton wohl mit erheblich größerem außerparlamentarischen Widerstand rechnen müssen. Somit vollendet der Demokrat die »Reagan Revolution«.

Die Nagelprobe kam Ende 1995. Monatelang feilschten Clinton und Newt Gingrich, der Führer der Republikaner im US-Repräsentantenhaus, um den Etat für 1996. Um den Präsidenten zur Zustimmung zu ihrem Haushaltsentwurf zu zwingen, legten die Republikaner vorübergehend den Regierungsbetrieb lahm. Aus Geldmangel mußten manche Ministerien tagelang schließen. Was beide Seiten als dramatischen »Showdown« inszenierten, war in Wirklichkeit jedoch nur ein Konflikt um einen winzigen Teil des Gesamthaushalts.

Am Ende erreichte Clinton, daß die Republikaner ganze fünf Milliarden Dollar (von 225 Milliarden Dollar im »zivilen« Budget) weniger kürzten als ursprünglich vorgesehen – und konnte sich damit als »soziales Gewissen« gegen den »herzlosen« Gingrich aufspielen. Rückblickend faßte »Newsweek« (2.9.96) den Haushaltskonflikt so zusammen: »Die Republikaner sahen am Ende aus wie studentische Demonstranten, die das Verwaltungsgebäude niederreißen wollten. Der Präsident durfte den Uni-Dekan spielen.«

Der von Clinton angestrebte »schlanke Staat« betrifft freilich weder Polizei noch Justiz. Die Wahlkampfparole »let's get the government out of our lives« (die sowohl Clinton als auch Dole verwenden) gilt nur bei den Wohlfahrtsausgaben. Im Gegenzug wird der Repressionsapparat ausgebaut – man weiß ja nie, ob der rabiate Sozialabbau nicht doch eines Tages Protest und Widerstand hervorrufen wird. Vor vier Jahren versprach Clinton die Neueinstellung von 100.000 Polizisten. Immerhin 20.000 sind infolge des Gesetzes zur »Kriminalitätsbekämpfung« vom Sommer 1994 inzwischen angeworben; für weitere 24.000 Stellen sind die Gelder bereits bewilligt. Nach dem rechtsradikalen Bombenanschlag von Oklahoma City im April 1995 legte Clinton ein »Anti-Terror-Gesetz« nach, das sich so rücksichtslos über bisherige Bürgerrechte hinwegsetzt, daß selbst viele Republikaner Bedenken anmeldeten. Die Verabschiedung verzögerte sich so bis zum April 1996.

Zu den in den vergangenen drei Jahren neugeschaffenen Jobs zählen auch zusätzliche Scharfrichter. Clinton hat die Zahl der Delikte, für die die Todesstrafe verhängt werden kann, vervielfacht und die Berufungsmöglichkeiten von Hinrichtungskandidaten drastisch eingeschränkt. Auch hier hat der Präsident Wort gehalten, der sich schon als Gouverneur von Arkansas mit seinem konsequenten »Kopf ab«-Kurs gebrüstet hatte. Daß die Zahl von Gewaltverbrechen in den USA seit Jahren rückläufig ist, scheint die »Law and Order«-Politiker dabei nicht zu beirren.

Auch im von den christlichen Fundamentalisten betriebenen »Kulturkrieg« wechselt Clinton immer öfter die Seiten. Der hartgesottene Baptist predigt gegen Schwangerschaften unter Teenagern, als ob darin die Grundursache für die soziale Misere bestünde, und geht auf Distanz zu Schwulen und Lesben. Gegen die wachsende soziale Ungleichheit (die laut offizieller Statistik inzwischen so kraß ist wie seit den 20er Jahren nicht mehr) befürwortet er die Einführung von – Schuluniformen. Nebenbei ließe sich damit auch die Disziplin der Jugendlichen verbessern.

Dagegen ist Clintons Positivliste schnell aufgezählt: Gleich zu Beginn seiner Amtszeit brachte er gegen republikanischen Widerstand ein Gesetz durch den Kongreß, das bei der Erkrankung eines Angehörigen bis zu 12 Wochen unbezahlten Urlaub vorsieht. Firmen, die Streikbrecher beschäftigen, bekommen keine staatlichen Aufträge mehr. Versuche der Republikaner, das seit 1973 bestehende Recht auf Abtreibung auszuhöhlen, hat Clinton mit seinem Veto gestoppt – auch wenn der Präsident die Finanzierungsmöglichkeiten für Schwangerschaftsabbrüche weiter eingeschränkt hat. Und er setzte eine Reform des katastrophalen Krankenversicherungswesens auf die politische Tagesordnung – allerdings mit einem Gesetzespaket, das vor allem die Interessen der Versicherungskonzerne berücksichtigte und wegen seines ungeheuren bürokratischen Aufwands (»managed competition«) im Kongreß scheiterte. Jetzt gibt man sich mit kleinen Reförmchen zufrieden: Vor wenigen Wochen unterzeichnete Clinton ein Gesetz, nach dem Leute bei einem Arbeitsplatzwechsel ihre alte Versicherung »mitnehmen« können. Den rund 40 Millionen Nicht-Versicherten, über ein Siebtel der US-Bevölkerung, ist damit nicht geholfen.

Hätte Clinton anders regieren können? Seine linksliberalen Anhänger verweisen gern darauf, daß wegen der Mehrheitsverhältnisse im US-Kongreß eben »nicht mehr drin« gewesen sei. Clinton habe die »extremistischen« Republikaner gebremst, wo es nur möglich war. Wenn, was immer wahrscheinlicher wird, der Präsident am 5. November wiedergewählt werden sollte und womöglich zugleich die Demokraten eine oder gar beide Parlamentskammern zurückerobern können, dann breche in Washington endlich die Zeit für echte Reformen an.

Wer so argumentiert, dokumentiert nur ein kurzes Gedächtnis. Den Rechtskurs trat Clinton schon an, als seine Partei noch über eine Mehrheit im Kongreß verfügte. Nicht einmal zu einer Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns von 4,25 Dollar ließ er sich damals bewegen. Erst als nach den »Zwischenwahlen« vor zwei Jahren die Gingrich-Republikaner das Parlament kontrollierten und so keine »Gefahr« eines Erfolges mehr zu bestehen schien, reichte der Präsident einen entsprechenden Gesetzentwurf ein. Dummerweise packten Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbände die Gelegenheit beim Schopf und mobilisierten ihre Basis. Am Ende konnten sich nicht einmal die Republikaner dem politischen Druck von unten erwehren. Im Juli 1996 verabschiedete der Kongreß mit großer Mehrheit eine Anhebung des Mindestlohns auf (immer noch magere) 5,15 Dollar.

Daß Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände und Bürgerrechts-Organisationen erst jetzt auf den Gedanken kommen, nicht länger irreale Hoffnungen auf den »New Democrat« im Weißen Haus zu setzen, sondern sich außerparlamentarisch auf ihre eigenen Kräfte besinnen, ist traurig. Mittlerweile hat Clinton seine Partei auf den von ihm vorgebenenen Rechtskurs festgelegt. Der links-sozialdemokratische Parteiflügel ist lahmgelegt. Selbst Clintons früherer innerparteilicher Gegenspieler Jesse Jackson predigt inzwischen für die Wiederwahl des Präsidenten. Mit Ausnahme des Abtreibungsrechts klingt die Wahlplattform der Demokraten (»Families First«) wie von den Republikanern abgeschrieben: weitere Ausdehnung der Todesstrafe, keine Kürzungen am Pentagon-Haushalt (allerdings ohne das von den Republikanern geforderte »Star Wars«-Programm), eine aggressive Außenpolitik ohne Rücksicht auf die Uno und andere multilaterale Organisationen, und: »Die Ära von Big Government ist zu Ende.«

Ob nach den Novemberwahlen Mobilisierungen von unten dagegen weitere Reformen durchsetzen können (wie beim Mindestlohn), muß sich erst noch zeigen. Zu Optimismus besteht leider wenig Anlaß. Denn die erfolgreichsten

Massenbewegungen der vergangenen Jahre kamen in den USA alle von rechts.

Michael Hahn schrieb in KONKRET 6/96 über ein Buch über die Ultrarechte in den USA

Konkret 10/96, S. 38

Jürgen Elsässer

In diesem Sinne
Volker: Das muß kesseln

»Die seltsame Sache bei den deutschen Plänen, Kampftruppen nach Bosnien zu schicken und sie bis an die Zähne zu bewaffnen wie die amerikanischen, britischen und französischen Peacekeepers, besteht darin, daß buchstäblich niemand in Deutschland sich darüber aufregt«, urteilt »The Economist«, das Organ der britischen Finanzwelt, im Editorial seiner Ausgabe von Anfang September. Rühe ist die erste Bürgerpflicht als Devise der königlich-preußischen Opposition von Lafontaine über Fischer bis Gysi? Wie immer untertreiben die kühlen Angelsachsen ein bißchen: Zumindest Karsten Voigt, der außenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, hatte kaum eine Gelegenheit ausgelassen, den neuen Bundeswehr-Auftrag noch offensiver als die Hardthöhe zu propagieren.

»Es ist ein Lieblingsgedanke für deutsche Generale, daß ihre Mannen amerikanische Kampfverbände ersetzen könnten, von denen viele abgezogen werden sollen. Noch süßer ist die Möglichkeit, einen Teil der Befehlsgewalt zu übernehmen«, spöttelt der »Economist«. Der Widerstand gegen diese Ambitionen, der im Inland ausbleibt, kommt wieder einmal von den Alliierten. Am 9. September berichtete die »FAZ« kleinlaut von den für Anfang Oktober beschlossenen Umbesetzungen in den Nato-Befehlsstäben der Ifor; demnach sollen die Deutschen dort zwar ein Drittel der 1.000 Personalkräfte stellen, aber auf der Befehlsebenen lediglich für Nachschub und Logistik zuständig sein. Im Klartext: Rühe darf Tippsen und Klopapier schicken, alles andere entscheiden die Großen Drei. Das ganze war so superpeinlich, daß der Herr Minister gleich am nächsten Tag den Frankfurter Redakteuren seine eigene Sichtweise diktierte: Dieses Jahr werde es tatsächlich nix mit Befehlsposten in Bosnien, aber 1997 werde echt kesseln, dann werde Deutschland den Stabschef im Oberkommando von Ifor-2 stellen.

Kleiner Schönheitsfehler: Die Nato-Verbündeten schweigen eisern zu diesen Tagträumen der Bundeswehrmacht, und offiziöse Blätter wie der »Economist« machen aus ihrer Abneigung keinen Hehl. Wie gut für Rühe, daß das alles in Deutschland niemanden interessiert.

Konkret 10/96, S. 38

Erwin Riess

In diesem Sinne
Kotau des Kandidaten

Um Gotteswillen, nein, rief der Kandidat. Nie würde er dieser Partei beitreten. Und dann, nach einer Pause: Man hat allerdings diese Frage bisher noch nicht an mich herangetragen. Kandidat ist der Journalist und Schriftsteller Peter Sichrovsky, der sich einen Namen gemacht hat mit Veröffentlichungen zur Lebensgeschich-te der Kinder von Nazikriegsverbrechern.

Bei der Partei handelt es sich um die Freiheitliche Partei Österreichs, die für die EU-Wahl einige Quereinsteiger aufgeboten hat. Angeführt wird die Liste von einem ehemaligen Konditionstrainer der Skinationalmanschaft, ihm folgen Peter Sichrovsky, ein linker ORF-Journalist namens Kronberger, der Ex-Chef der Österreich-Werbung Lukas und ein Mitglied des Obersten Gerichtshofs. Der Kandidat Sichrovsky wohnt in Chicago, jener Stadt, von der die FPÖ plakatieren ließ, Wien dürfe nicht Chicago werden. Auf die Frage, ob er sich als jüdisches Feigenblatt eines SS-Bewunderers fühle, antwortete der Kandidat, welcher Haider vor Jahren als Schmutz bezeichnete, der immer obenauf schwimme, diese Frage sei faschistoid, nun schätzte er Haider als volksnahen Politiker, der sich anschickt, die Demokratie zu reinigen. Und weil im Lande Nestroys das Grauen gern als Posse inszeniert wird, wirft der Schriftsteller Doron Rabinovici dem Kandidaten in einem Kommentar vor, dieser würde, falls erforderlich, auch seine Vorhaut zu Markte tragen.

Um Gotteswillen, nein, rief auch der FPÖ-Geschäftsführer Schweitzer, er habe mit den Schändern des jüdischen Friedhofs in Eisenstadt nichts zu tun. Zwar habe er die beiden Grabschänder in den Ring Freiheitlicher Jugend aufgenommen, zwar stamme er, wie die beiden Täter und wie die vier in die Luft gesprengten Roma aus dem burgenländischen Oberwart; zwar seien die beiden aufgefallen, als sie im Unterricht die Gaskammern leugneten; auch stimme es, daß Tobias Portschy, der Liquidator burgenländischer Roma, eine flammende Rede für seine, Schweitzers, Karriere in der FPÖ gehalten hat – dennoch habe er mit der Schändung des jüdischen Friedhofs nichts zu tun; man könne in die Menschen nicht hineinschauen. Ob er denn nicht gewußt hätte, daß die beiden ortsbekannte Neonazis sind, wurde der FPÖ-Geschäftsführer des weiteren gefragt. Nach einer Pause antwortete er, man habe diese Frage bisher noch nicht an ihn herangetragen.

Der Zustrom zur FPÖ ist groß. Vor Sichrovsky versuchte schon der Präsident der Behindertenorganisation, der Richter Klaus Voget, auf Haiders Liste unterzukommen. Der Kandidat Sichrovsky schlug den Querschnittsgelähmten aber aus dem Feld: Sichrovskys Kotau vor Haider war tiefer. Er war so tief, daß Haider dem Juden nicht einmal in die Augen zu schauen brauchte.

Konkret 10/96, S. 38

Joachim Rohloff

In diesem Sinne
Mißbrauch minus Feminismus

Wenn der sexuelle Mißbrauch von Kindern während des vergangenen Jahrzehnts dazu diente, Planstellen im Sozialamt zu schaffen, so eignet er sich heute bestens als Argument, diese Stellen wieder zu streichen. Sexueller Kindesmißbrauch, definierte Katharina Rutschky, sei »Kindesmißhandlung plus Feminismus«. Mißbrauch minus Feminismus ergibt inzwischen reaktionäre Rechtspolitik.

Daß es immer noch ein bißchen dümmer geht, als man ohnehin befürchten mußte, demonstriert wöchentlich die Illustrierte »Focus«. Zu diesem Zweck bot sie am 2.9.96 »Deutschlands führenden Sexualsoziologen Werner Habermehl von der Universität Hamburg« auf und ließ ihn das Volksempfinden der sechziger Jahre als Wissenschaft der neunziger formulieren: »Pädophilie ist keine Krankheit, sondern ein schweres Verbrechen... das sind Perverse, die sind wie Verbrecher zu behandeln.« Wie allerdings der Perverse zu seiner Perversion kommt, vermag die Soziologie nach Professor Habermehl noch nicht überzeugend zu erklären: »Pädophilie ist eine Perversion, die oft durch Zufall entsteht.« Sei's drum, ob zufällig oder absichtlich pervers – Täter gehören in den Knast. »Nette Worte nützen nichts: Erklären Sie mal einem Gourmet, daß all die Köstlichkeiten gar nicht schmecken.« Die kulinarische Metapher erledigt allen freudianischen Psychoklimbim, weckt aber den Verdacht, daß die permissive Gesellschaft das Verbrechen fördert: »Tabus, die Kinder früher geschützt haben, existieren heute nicht mehr.«

Und diese Pädophilen, sind die nicht eigentlich... schwul? Na klar: »Pädophilie ist unter Homosexuellen nicht selten.« Nun schuldet Professor Habermehl seinen Lesern nur noch Aufklärung darüber, was die Seelenklempner und Fickologen eigentlich für welche sind, die perverse Verbrecher in die Psychiatrie sperren statt ins Gefängnis. »Viele meiner Kollegen sind schwul, so daß sie oft sehr behutsam mit dem Thema umgehen.« Man weiß zwar nicht, ob Habermehl, der einen von aller psychologischen Erkenntnis ungetrübten Begriff der Perversion reanimiert, auch Homosexuelle für pervers hält, auf jeden Fall aber sind sie – mit »Wildwasser« zu sprechen – »Täterschützer«.

»Doch was wird aus den Opfern der Kinderschänder?«, will »Focus« wissen. »Bei ihnen können neben anderen psychischen Störungen auch Veränderungen zurückbleiben, die sie selbst zu Tätern machen.« Dann haben sie allerdings Pech gehabt, denn nach den Ursachen ihrer Taten soll fortan nicht gefragt werden. Das kann der Staat, der überall sparen muß, sich auch gar nicht mehr leisten.

Konkret 10/96, S. 40

Kay Sokolowsky, Joachim Rohloff

Kunst & Gewerbe

Geißendörfer antwortete offen

Sehr rätselhaft, dubios und vor allem sehr bezeichnend war die Metamorphose, die der jüdische Auschwitz-Überlebende Enrico Pavarotti in der »Lindenstraße« durchzumachen hatte, bis er, in Folge 557 unter Marienbild und Kruzifix infolge »Sterbehilfe« (zu deutsch: Euthanasie) verschied und im italienischen Lokal durch seinen Bruder »Natale« ersetzt wurde. Hanno Loewy hatte dies »die originellste Art und Weise« genannt, »wie ein Auschwitz-Opfer, jedenfalls in der Filmgeschichte, zu Tode gekommen ist« und Aufklärungsbedarf angemeldet, welche Absicht die Autoren »mit dieser symbolisch recht anspruchsvollen Geschichte« verfolgen (vgl. seinen Offenen Brief in KONKRET 9/96).

»Lindenstraße«-Produzent Hans W. Geißendörfer hat nun in der »Allgemeinen Wochenzeitung« eingestanden, daß »andere Ereignisse der Serie, nur scheinbar wichtigere Ereignisse, und die Gesetze der nicht immer ganz einfachen >Dramaturgie der Endlosigkeit< uns offenbar verführt haben, ein bißchen zu schlampen« bzw. »den Lebensweg Enricos in der Tat nicht genau genug erzählt zu haben, jedenfalls nicht zum richtigen Zeitpunkt genau genug«. Im Moment würden nur die Autoren wissen, daß Enrico und Natale nach 1945 von katholischen Schwestern aufgenommen wurden. »Die Konsequenzen dieser Erziehung wurden noch nicht erzählt. ... Ebenso ist für seinen Tod und die Art seines Sterbens noch lange nicht alles erzählt.« Das kann man wohl so sagen.

Daß die Autoren, um Probleme der Sterbehilfe zu illustrieren, ausgerechnet den Auschwitz-Überlebenden Pavarotti ausgewählt haben, bezeichnet Geißendörfer als »selbstverständlich nicht zufällig«.

Gewalt wurde schick

»Der Mensch greift in die Schöpfung ein. Der Mensch entfesselt die Kraft des Atoms. Der Mensch bricht zu den Sternen auf. Der Mensch schafft sich eine neue Intelligenz.« 1946 gründet der Mensch den Axel-Springer-Verlag und gibt deshalb heute eine Festschrift heraus: »50 Jahre Springer – 50 Jahre Zeitzeuge«. Da der Zeitzeuge aber immer auch Politik gemacht hat, taugt er nicht zum Geschichtsschreiber – und darf nicht aus seinen Tagebüchern zitieren, die da heißen »Bild«, »Welt«, »Morgenpost« und »Abendblatt«.

Ohnehin muß die Geschichte alle paar Jahre neu geschrieben werden, solange die Beispiele Yassir Arafats und Nelson Mandelas nicht zu der Einsicht reichen, am Friedensnobelpreis für Abdullah Öcalan fehle nur die Selbsterkenntnis der türkischen Generäle, daß sie ihn militärisch nicht besiegen können.

Im Vietnamkrieg verteidigten die USA, während er dauerte, auch die Freiheit Westberlins. Neuerdings heißt es lapidar: »US-Verteidigungsminister Robert McNamara resümierte in seinen Memoiren: >Vietnam war ein Fehler.<« Womit allerdings nicht rehabilitiert ist, wer das schon damals wußte. Springers Mahnung vom Mai 1968, die geneigte Leserschaft möge doch die ganze Drecksarbeit nicht der Polizei und den Wasserwerfern überlassen, liest sich heute so: »Erstmals hat die Straße ihr Haupt erhoben und mitgesprochen. Unruhe schwelt an den Universitäten. Es kommt zu Krawallen. Eine Außerparlamentarische Opposition (APO) formiert sich. Gewalt gegen Sachen wird schick. 1968 wird der Studentenführer Rudi Dutschke angeschossen.«

Glaubte man bisher zu wissen, Axel Springer sei nicht ganz schuldlos gewesen am Tod Rudi Dutschkes, so muß man sich nun belehren lassen, daß es gerade umgekehrt war. Beide nämlich fielen der Gewalt der Straße zum Opfer, die Dutschke entfesselt hatte: »Es war die Dimension seines Werkes und seiner Erfolge, die Ende der sechziger Jahre Springers Gegner auf den Plan rief. Er stand allen im Weg, die eine andere Republik und eine neue Ostpolitik wollten... Tausende demonstrierten gegen ihn. Haß mobilisierte den Mob. Terroristen verfolgten ihn. Brandstifter zündeten drei seiner Häuser an. In seinem Verlag explodierten zwei Bomben. Doch er und sein Konzern widerstanden dem Sturm. Krank am Herzen, entschlief Axel Springer 1985 im Alter von 73 Jahren.«

Verbrechen, an denen der Springer-Konzern beteiligt ist, heißen deshalb »Tragödien«. »Verbrechen« gehen nämlich so: »Alle fünf Sekunden wird in Deutschland gestohlen, geschlagen, vergewaltigt, getötet... Der Kannibale von Duisburg: Abends in seiner Zelle in der Vollzugsanstalt Rheinbach guckt Kroll im Fernsehen Pornos.« Hier ist zweifellos das Böse am Werk; die »Tragödie« aber kennt nur technisches oder menschliches Versagen: »29. Mai: Brandanschlag auf ein von Türken bewohntes Haus in Solingen. Fünf Menschen sterben, darunter drei Kinder. 28. September: Die estnische Fähre >Estonia< sinkt innerhalb von 30 Minuten vor Finnland. 918 Tote.«

Wir dürfen stolz sein, wissen wir doch in unserer Mitte einen »Titanen. Als Philosoph und Schriftsteller überragt er seine Zeit. Seine Werke beeinflußten das Denken von Generationen. Das Ausland« tut, was es immer tut, es »beneidet die

Deutschen um ihn«: Ernst Jünger. »Der Gleichgemachte ist moralisch ruiniert«, zitiert der Redakteur und glaubt, damit etwas gegen die Linke vorzubringen. Denn im Hause des großen Gleichmachers verbietet sich der Gedanke, Jünger könnte den »Bild«-Leser meinen.

Ohnehin redet Springer von der Moral der Moralisten nur dann, wenn es gegen den Kommunismus geht; ansonsten ist die Moral der Militärs und der Fußballtrainer gefragt, also die Moral der Truppe. Und die bleibt fast fünfzig Jahre lang vorbildlich. Eine Schlagzeile der »Welt« von 1946 beschreibt die Ausgangslage: »Speer: Hitler betrog alle – Krieg ab 1944 sinnlos.« Doch davon ließ »der Durchschnittsdeutsche« sich nicht demoralisieren, denn er wollte in den kommenden Jahrzehnten »vier Zentimeter länger, acht Zentimeter dicker und 18 Kilo schwerer« werden. Daß er inzwischen über seine Verhältnisse lebt und bescheiden werden muß wie ehedem, weiß sogar das Sportressort: »Weil der Wert der Wahrheit langsam wieder an Gewicht gewinnt«, folge »der in vermeintlicher Rationalität der Religion entfremdete Mensch der Moderne« den Propheten einer neuen Askese: »Der schwitzende Tennis-Arbeiter Thomas Muster malochte sich mit 99 Siegen an die Spitze der Weltrangliste. Der uneitle Golf-Champion Bernhard Langer blieb so still wie sein Sport.« Und wer derart zum Feuilleton der »FAZ« berufen ist, stellt sein Talent unter den Scheffel von »Sport-Bild«.

Der Springer-Konzern hat sich große Verdienste um die Moral seiner Kundschaft erworben, und seine Gegner demoralisiert er durch die ungeheure Schwachsinnsmenge, die er tagtäglich ausstößt: »26.000 Menschen feiern in Stuttgart die Kelly Family und strecken begeistert die Hände in die Luft. Was Nationalsozialisten und Kommunisten vergeblich versuchten, gelang der Musik: Menschen auf fünf Kontinenten durch eine Geste zu verbinden.« Völkerverständigung war die Botschaft des Hitlergrußes; heute aber wird alle fünf Sekunden gemordet. Peter Boenisch, der verantwortliche Chefredakteur, wäre demnach spätestens in zwölf Jahren dran.

Joachim Rohloff

Jauß wagte Leben

Er war »damals ein junger Mann, der sich an die Zeitläufte anpassen wollte«, und habe, während seine »Klassenkameraden ihr Leben wagten«, nicht bloß am Rande der Gegenwart in einer »ästhetischen Haltung« verharren mögen. Dies, so erläuterte der Romanist Hans R. Jauß im Gespräch mit »Le Monde« habe ihn dazu gebracht (»ce qui m'a décidé«), im Oktober 1939 in die Waffen-SS einzutreten und bereits ein Jahr später eine Kompanie an der Ostfront anzuführen. Jauß erhielt 1944 für Tapferkeit das Deutsche Kreuz in Gold; nach Kriegsende bescheinigte ihm ein Gericht, daß er an Kriegsverbrechen nicht beteiligt gewesen sei.

Eine weitere aufschlußreiche Pasage des »Le Monde«-Gesprächs kreist um das Schweigen einer ganzen Generation von Wissenschaftlern und Intellektuellen. Für Jauß verknüpft sich dieses Schweigen mit »der Weigerung, zu verstehen, was unmenschlich ist«. Wer alles zu verstehen suche, könne auch alles verzeihen, das aber sei unzulässig. Wer den Genozid studiere, müsse sich dem Verstehen verweigern.

Wie lautete doch gleich der Titel des jüngsten Buches des Konstanzer Literaturwissenschaftlers?

Wege des Verstehens. Ahja.

Klang wurde Schmerz

Und Schmerz wurde Klang. – Auf dem Weg zur Weltmacht, die sie so gern hätten (und bei ihren ersten beiden Versuchen nicht bekamen, weil die Welt sich solche Machthaber nur ums Verrecken gefallen lassen wollte), arbeiten die Deutschen die Trauer, die ihre Eltern fünfzig Jahre lang weder zeigten noch fühlten, derzeit in einem Tempo ab, das wie blanke Raserei nicht nur aussieht. Und lassen dabei keine Geschmacklosigkeit aus.

Sie planen Holocaust-Monumente, die für nichts gut sind, als den Betrachter zu erschlagen; sie machen aus Klemperers Tagebüchern eine Veranstaltung wie fürs Guinnessbuch, nämlich eine zehntägige Marathonlesung; sie zerknirschen sich über Goldhagens *Willige Vollstrecker*, als hätten sie zum ersten Mal vernommen, daß es Deutsche waren, die die Gasöfen anzündeten – : und weil bei all dem schweißtreibenden Aufarbeiten das musische Element bloß nicht fehlen darf, geben sie nebenbei die Shoah als Ballett in Auftrag.

Und bekamen, am 31. August d.J., »Die Endlösung« von Peter M. Hamel geliefert. Hamel, Jahrgang 47, der als Produzent diverser Theatermusiken bislang nicht weiter aufgefallen war, ergatterte 1995 den Carl-Orff-Preis mit einem Hörspiel, das dem Genozid etliche imposante Töne abgewann. Dank freundlicher Subvention durch die Stadt Koblenz ward es ihm vergönnt, aus dem Hör- ein Schaustück zu formen; und Hamel tat sein Bestes. Er engagierte die Rheinische Philharmonie, dazu Komparsen in nachgemachten SS- und BdM-Anzügen, mietete sich in der Festung Ehrenbreitstein ein und schob die dänische Ballettruppe »Teatret Cantabile 2« auf die Rampe. So wich er immerhin dem Vorwurf aus, daß die Opfer, die er antanzen läßt, ausgerechnet von den Nachfahren der Täter dargestellt werden.

Die »Endlösung« in Hamels Fassung ist vor allem ein Event. Die Zuschauer werden von uniformierten Unholden auf ihre Plätze geführt; die alte Festung ragt »einschüchternd« und zugleich wie »ein Ort von großer Poesie« (»Taz«) rund um die Bühne auf; auch der Vollmond hat am äußerst symbolisch terminierten Premierenabend (es ist die Nacht vorm Überfall auf Polen!) einen fetten Auftritt; die Pantomimen »schwanken zwischen den Extremen von Erstarrung, Lähmung und überdrehter, nahezu slapstickhafter Motorik« (»FR«); und vor lauter Problemen mit der Akustik und der Tonmischung bekommt selbst der letzte Knüppel schnell mit, was Hamel meint, wenn er von »Klang- und Schmerzräumen« schwärmt.

Weil aber der vollendeten *Sensualisierung* der Shoah, der Perfektion des *Gigs* mehrere Paragraphen des Strafgesetzbuches noch im Wege stehen, flüchtet Hamel, der es ansonsten, in seinen Geräuschcollagen, gar nicht authentisch genug haben kann, in die Symbolik. Und zwar in die dickste, die er kennt. Seine »Endlösung« zerfällt in zwölf »Stationen«, nachgebildet dem Kreuzweg Christi. Hamel verleiht damit der Shoah den höheren Sinn, den sie nie hatte, den die Nachkommen der Täter aber dringend brauchen, um den eiskalten, lustlosen Sadismus ihrer Väter weglügen zu können. Kurzerhand setzt der Komponist die Vernichtungslager gleich mit dem *Purgatorium*, dem Fegefeuer, das zur Läuterung der nicht ganz reinen Seelen dient. Das hätte Rudolf Höß wohl gefallen. Der Mann war, als Teilnehmer des Original-Events, musikalischen Genüssen ja durchaus nicht abhold.

Kay Sokolowsky

Aufbau stoppte Buch

Eine Biographie über den Schauspieler Heinrich George wird nicht, wie angekündigt, im Aufbau Verlag erscheinen. Werner Maser, Autor des geplanten Buches, habe lediglich aus seinen alten Büchern abgeschrieben und nichts Neues über Georges Rolle im Dritten Reich recherchiert – so die Begründung des Verlages. Maser hingegen rechtfertigte sich gegenüber der »Welt am Sonntag«:»George war kein Nazi«, diese Aussage seines Buches habe den »kommunistisch orientierten Verlagsführern« nicht gepaßt.

Verleger und Einheitsgewinnler Bernd (»Ha-«) Lunkewitz ein Kommunist? Es wird schon wieder stimmen.

Bund schoß zurück

Solange die Bundeswehr nur für Dackelgaragen, die Logistik der Gulaschkanone und fürs Trockentöten im Manöver zuständig war, beleidigte man sie – vorzugsweise mit Tucholskys Wort, Soldaten seien Mörder – wie jede Schlampe und jeden Penner unter Paragraph 185 StGB. Nun, da ihre Soldaten zu wirklichen Mördern gemacht werden sollen, kann man sie auch feste verunglimpfen. Bisher waren einer Verunglimpfung würdig nach Paragraph 90 nur der Bundespräsident, der Staat und seine Symbole sowie Verfassungsorgane und »eines ihrer Mitglieder in dieser Eigenschaft«. Dem Paragraphen 109, der »Straftaten gegen die Landesverteidigung« wie »Wehrpflichtentziehung durch Verstümmelung« (Höchststrafe: 5 Jahre Knast) und »Sicherheitsgefährdendes Abbilden« definiert, fügt die Gesetzesvorlage von CDU/CSU und FDP den Tatbestand der »Verunglimpfung der Bundeswehr« hinzu. Der Satz »Krisenreaktionskräfte sind Mörder« wäre demnach, da Straftat allenfalls gegen friedenssichernde Maßnahmen out of area, keine Verunglimpfung, sondern weiterhin eine bloße Beleidigung. Trotzdem hat die Bundesregierung sich endlich einmal vorm Koffer des Verfassungsgerichts erleichtert und zugleich die Bundeswehr sachte in den Rang eines Verfassungsorgans befördert. Liberale waren daran, wie an fast allen illiberalen Staatssauereien unseres Jahrhunderts, federführend und händchenhebend beteiligt. Was der Bundesjustizminister in und neben dieser Eigenschaft für einer ist, das fällt unter mehrere Paragraphen.

Die Entstehungsgeschichte des »Ehrenschutz-Gesetzes« (und einer ganz ähnlichen Notverordnung aus dem Jahre 1931) dokumentiert der Band *Soldaten sind Mörder* (Ch. Links Verlag), den Michael Hepp und Victor Otto herausgegeben haben, auf zu vielen Seiten. Warum Tucholsky schließlich doch nicht zum Prozeß gegen Ossietzky erschien und was das »Landsberger Tagblatt« meinte, muß man nicht unbedingt wissen.

Da es im Kapitel »Satirische Reaktionen« schon nichts zu lachen gibt, hätten die Herausgeber in ihrer ausführlichen Presseschau wenigstens zwei Kleinmeister des unfreiwilligen Humors zitieren sollen. »Was Tucholsky, dem jenes Wort >Soldaten sind Mörder< zugeschrieben wird, angeht, muß daran erinnert werden, daß er ein rabiater Gegner des Weimarer Staates war und auf dessen Zerstörung ausging. Dieses Ziel wurde von ihm und seinesgleichen auch erreicht«, schrieb Hans Hirzel, Kandidat der »Republikaner« bei der letzten Bundespräsidentenwahl, in der »Jungen Freiheit«. Und Rudolf Wassermann, ein Oberlandesgerichtspräsident a.D. und ehemaliger Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen, entsicherte im Spießerblatt »Mut« schon mal die Metaphorik: Die »Karlsruher Richter« hätten die Bundeswehr »im Sinne der Mörder-Stereotype« »stigmatisiert«. Deshalb war es »nur zu verständlich, daß Generalmajor Schultze-Rhonhof bei dieser Gelegenheit zurückschoß.« Bundeswehr schießt auf Bundesverfassungsgericht? So geht's natürlich auch.

Joachim Rohloff

Ich bin der Meinung, daß wir alles in unserer Macht Stehende tun müssen, um von einer sexuellen Betätigung ab- und einer Abstinenz zuzuraten

Hillary Rodham Clinton in ihrem Buch »Eine Welt für Kinder«

Es wird jedoch, wie sehr sich Erwachsene bemühen mögen, einige Jugendliche geben, die entschieden sind, sexuelle Erfahrungen zu machen

Hillary Rodham Clinton in ihrem Buch »Eine Welt für Kinder«

Ich wünschte, wir könnten alle einmal Luft holen und uns erinnern, daß es Sex schon eine ungeheuer lange Zeit gibt

Hillary Rodham Clinton in ihrem Buch »Eine Welt für Kinder«

Hamburger Anthologie*

Poeta redivivus

Fast wär' ich von meinem Wege
Übernächtigt abgekommen.
Ratlos hielt ich an und träge.

Als ob noch vom Schlaf benommen
Nahm ich um mich wahr das Schweigen
Taumelnd fast und tief beklommen.

Jetzt auf einmal aus den Zweigen,
Eines Rotdorns tritt ein Alter,
Kommt, um mir den Weg zu zeigen.

Uns befiehlt kein Weltgestalter,
Noch ein Wesen, das verborgen,
Sagt er, wir sind Glückserhalter.

Trau Dir! Sieh, daß Deine Sorgen
Meistens sich auf Pläne richten,
Abgetan und nicht für morgen;

Noch verhaftet in Geschichten,
Noch verbrämt mit falscher Lehre
Rastlos muß man das vernichten.

Ernsthaft winken große Ehren:
Im Verbot von Scheinbeweisen

Mutig Falsches abzuwehren.

Trau Verboten! Lauten, leisen.
Jeder sollte wie Du leben.
Übertriff die scheuen Weisen!

Rat ist gut, sprach ich, durch Geben,
Geben, das ist ungleich besser.
Eines lernt ich, unser Streben

Nützt am besten. Die Vergesser
Bleiben in den Wüsten König,
Unterm Sand erstarrte Esser.

Solches ist mir doch zu wenig!
Christ wird niemand als Gelehrter.
Höchstem Geist frei untertänig

Erkennst Du Dich nur als Bekehrter.

Daß den Weltruhm so gut wie in der Tasche hat, wer es in die unrühmlichste Rubrik dieser Zeitschrift schafft: daran zweifeln die Einsender unverlangter Gedichte je weniger, je dringender die Redaktion durch Schmähung, Hohn und offene Invektive darauf hinweist, daß außer Schmähung, Hohn und offener Invektive eher nichts für sie, die Einsender, zu ernten ist. Unverdrossen also finden die ungebetenen Beiträger der Hamburger Anthologie immer neue Wege, der Redaktion unangenehm aufzufallen. Die allerneueste List ersann Jürgen Busche. Als Feuilletonist kein großes Licht, allenfalls eine Tranfunzel, unterfordert offenbar auch als Chefliquidator der »Wochenpost«, mogelte er in das Buch »Längst fällig. 37 notwendige Verbote« 34 unnötige Verse ein, die zwar das Thema um 1.000 Werst verfehlen. Nicht aber den Zutritt zur Hamburger Anthologie, die ein offenes Ohr am liebsten denen gewährt, die sich ostentativ an ihr vorbei verbreiten.

»Trau Dir!« sagte sich Busche und wagte sich, was kost' der Welt, an ein Remake der »Divina Commedia«. In Terzinen, die ihm so leicht keiner nachmacht, hoffentlich, spricht der »Poeta redivivus« (was, in etwa, »Frankensteins Dichter« heißt) nicht nur anagrammatisch »für Antje Kunstmann«, die Herausgeberin von »Längst fällig«, sondern überhaupt ansonsten für alles. Bzw. gegen alles. Was wiederum heißt: für. Es ist da kein Zurechtfinden. »Solches ist mir doch zu wenig!« schreit zuletzt, in jäher Selbsterkenntnis, Dante Busche. Doch erst einmal überkommt ihn ein Furor, vor dem der Neunte Höllenkreis aussieht wie ein Betriebsausflug der »Wochenpost«: »Noch verhaftet in Geschichten ... rastlos muß man das vernichten.« Zwar wird eins dabei ziemlich rasch zum »Vergesser«, i.e. zum »unterm Sand erstarrte(n) Esser«. Aber,scheiß die Wand an, Jürgen Alighieri hat das Reimlexikon durchblättert, bis ihm die Finger bluteten, und die Substantive hat er dekliniert, daß jeder »Weltgestalter« seinen Job als »Glückserhalter« glatt hinschmeißen möchte – da kommt es auf einzwei Gramm Logik nun wirklich nicht mehr an. »Ernsthaft winken große Ehren«, orakelt der Dichter. Ehren, nun ja, eben nicht. Aber, »Höchstem Geist frei untertänig«, wird Herr Busche evtl. auch Schmähung, Hohn und offene Invektive artig hinnehmen.

*unverlangt eingesandter Gedichte

Konkret 10/96, S. 43

Martin Krauß

Das Tyson-Projekt

Neunzehnhundertsechsundneunzig ist das Jahr des Tyson-Projekts. In diesem Jahr hat sich der Boxer Mike Tyson vorgenommen, auf sportlichem Gebiet mit dem aufzuräumen, was in akademischen Kreisen gerne »neue Unübersichtlichkeit« (Habermas) genannt wird.

Wenn das Tyson-Projekt verwirklicht ist, wird er Weltmeister aller Klassen und Verbände sein. Er wird aufgeräumt haben mit der frühbürgerlich anmutenden Anarchie auf dem Weltmarkt des Profiboxens, wonach jeder, dem noch eine neue Abkürzung einfällt, einen Weltboxverband gründen darf. Geschätzte 12 bis 15 solcher Assoziationen gibt es weltweit, drei davon sind wichtig (WBA, WBC, IBF), eine weitere ist von Deutschen dominiert (WBO), also gibt es nach hiesiger Wahrnehmung vier relevante Weltverbände.

Im Grunde räumt aber Tyson nur die eigenen Trümmer auf. Erst seine Niederlage im Februar 1990 in Tokio als Weltmeister aller Klassen und Verbände gegen James »Buster« Douglas bewirkte das frühbürgerliche Chaos, genauer: offenbarte, wie brüchig das Fundament des Millionengeschäfts Profiboxen war. Sechs Stunden nach dem Niederschlag von Tokio annullierten die Verbände WBA und WBC den K.O.-Sieg von Douglas. Die zwei Titel wurden vakant, und die Boxer, die hinter Tyson stets so lange als Hoffnungsträger gegolten hatten, bis sie endlich von ihm vermöbelt worden waren, durften um die frei gewordenen Plätze kämpfen: Evander Holyfield, Riddick Bowe, Lennox Lewis oder Frank Bruno.

Als Tyson dann, immer noch nicht zurück auf dem Weltmeisterthron, im Jahr 1992 wegen Vergewaltigung für drei Jahre in die Haftanstalt einzog, zwischendurch im Profiboxen jeder mal gegen jeden verloren hatte und mittlerweile eine Menge Schwergewichtsweltmeister existierten, da war nicht nur die Chance für die ganz alten Herren Larry Holmes und George Foreman gekommen, nein, die Situation war so chaotisch, daß sogar Rummelplatzboxer wie Franois Botha und Axel Schulz einen WM-Kampf um den Titel der eigentlich renommierten IBF austragen durften.

Doch dann kam Tyson zurück. Im Gefängnis war er zur Nation of Islam konvertiert, der Louis Farrakhan vorsteht. Mao hatte er sich auf seinen Arm tätowieren lassen und auch gelesen. Außerdem imponierten ihm Marx und Nietzsche. So wurde aus ihm ein scheinbar dem Islam ergebener marxistisch-maoistischer Nietzscheaner. Und er boxte wieder. So brutal, wie er schon vor dem Knast geboxt hatte. »Der schlägt Kombinationen, die ich noch nie gesehen habe«, beschrieb der Trainer eines Gegners Tysons Stil. »Wann kann man schon mal einen Kerl sehen, der mit der Rechten erst die Nieren trifft, dann einen Uppercut durch die Mitte hochreißt und sofort hinterher einen linken Haken schlägt? Das sind Schläge wie aus der Pistole.« Als Tyson am 7. September dieses Jahres Bruce Seldon kampfunfähig geschlagen hatte, konnte der auch nichts andereszur Analyse beitragen: »Ich bin gegen den bösesten Mann auf dem Planeten in den Ring gestiegen.«

Marx, Mao, Mohammad – in Tysons Art zu Boxen drückt sich das alles nicht aus. Noch nicht mal Nietzsche läßt sich aus seinen Uppercuts oder Jabs herausinterpretieren. Das ist anders als bei Muhammad Ali, der nicht durch Zufall eine Symbolfigur war, dessen intelligente und innovative Art zu boxen nicht durch Zufall bis heute im Gedächtnis geblieben ist, der weder durch Zufall noch aus ökonomischem Kalkül, sondern aus Überzeugung, die man seinem Boxstil ansah, Antirassist war, und für den es auch zu Recht viel Solidarität gab, als er wegen Kriegsdienstverweigerung inhaftiert und ihm der WM-Titel aberkannt wurde.

Wie sollte so etwas nach Tysons Prozeß wegen Vergewaltigung je funktionieren? Selbst die, die glaubten, er sei es nicht gewesen und zum Beleg kleinere Indizien anführten, konnten nicht umhin, zuzugeben, daß selbstverständlich einer wie Tyson die Tat begangen haben könnte. So verhält es sich auch mit seiner Läuterung nach der Haftzeit. Wohlwollende glauben sie ihm, aber auch sie müssen zugeben: Dem ist immer noch alles zuzutrauen. »Ich habe vor niemand Angst«, bekannte Tennisspielerin Martina Navratilova einmal, »außer vor Mike Tyson«.

Genau so boxt Tyson auch. Als habe es keinen Zivilisationsprozeß gegeben, drischt er auf seinen Gegner ein, will ihm »die Nase ins Gehirn drücken«, wie er es einmal formulierte, und schaut völlig teilnahmslos zu, wenn sein Gegner, den er vor dem Kampf immerhin noch mit bösen Blicken gemustert und eingeschüchtert hat, ärztlich behandelt wird.

Und genau so ist auch seine Mao-Tätowierung zu verstehen, seine Marx-Lektüre, seine Nietzsche-Schwärmerei, sein Glauben an den Islam. Kann sein, daß er das alles ernst meint, mag sogar sein, daß dies alles (ich hab' mich an dieser Mischung noch nicht versucht) irgendwie kommensurabel ist, aber es gibt weder in Tysons Boxstil noch in Tysons Statements irgendein Indiz, warum das so sein sollte.

Tysons wirklich überprüfbare Botschaft ist, daß er nichts ernst nimmt. Alles, was er repräsentiert, ist die Inhaltsleere, die er mit Mao und Nietzsche zu Pop umzudeuten versucht. Und mit diesem Fehlen jedweden Inhalts kann er auch so erfolgreich boxen. Wo Irritationen herrschen, muß der Boxer Tyson sie zerstören. Es kann nicht sein, so muß er sich denken, daß er nur

wegen zweier Pannen – Knockout durch Buster Douglas, Gefängnis wegen Vergewaltigung – nicht mehr der Boxweltmeister aller Klassen und Verbände ist.

Die »neue Unübersichtlichkeit«, könnte man folgern, wenn man das Tyson-Projekt genau betrachtet, ist nur eine kurzfristige Eruption des Weltmarkts, welcher nun, mittels einer besonders brutalen Prügelei und eines bißchen Pop, wieder aufgeräumt werden soll – ein gewaltiger, gewalttätiger und wahrhaft fürchterlicher Prozeß, der von diesem Boxer gleichzeitig repräsentiert und vorangetrieben wird.

Einer wie Mike Tyson verkörpert diesen restaurativen Umbruch besonders glaubwürdig. Denn das Phänomen Tyson steht für die Bereitschaft, alles niederzureißen, vor nichts, außer vor sich selbst und der eigenen Macht, Respekt zu haben, alle Dinge, mit denen er zu tun hat, lediglich als Pop-Insignien zu behandeln und damit letztlich zu verhunzen.

Tyson hat Pop als den Apparat der totalen Beliebigkeit vorangetrieben. Bei ihm werden Symbole oder Insignien nicht mehr in einen neuen Zusammenhang gestellt, wodurch sie einen neuen Sinn bekämen. Fast unnötig zu sagen, daß bei ihm Mao kein politisches Symbol, Marx und Nietzsche kein Ausweis von Bildung sind, und auch das Boxen, dem immer viel Sinn nachgesagt und angedichtet wurde – »Metapher des Lebens«, »Reduktion auf das Wesentliche des Lebens« etc. – ist bei Tyson ganz sinnlos. Die physische Gewalt, die er jedem androht und die er in seinem Beruf anwendet, drückt aus, daß an einem wie ihm wirklich jedes Argument zuschanden wird.

Tyson boxt ohne Inhalt. Genaugenommen boxt er gar nicht. Er schlägt, vollstreckt, liquidiert, macht nieder. Er drückt die Nase ins Gehirn – das ist die Grundlage seines Erfolges.

Konkret 10/96, S. 44

Günther Jacob

Proud to be a Kraut

Seit der Schlagersänger Heinz Rudolf Kunze eine Quote für deutsche Popmusik gefordert hat, wird die »Popkulturnation Deutschland« immer lauter beschworen. Der Begriff vereint aufs Profitabelste traditionellen Chauvinismus mit der neuesten PR-Strategie hiesiger Kulturfabrikanten

Die völkische Version

Darf im vergrößerten Deutschland demnächst nur noch kölsch, bayrisch, milieudeutsch oder hochdeutsch gesungen werden? Wenn es nach Heinz Rudolf Kunze ginge, ja. Aber geht es denn nach Kunze und seinem Deutschrockerverband? Spricht er aus, was das Publikum und die Entscheidungsträger in Rundfunk- und anderen Häusern denken? Daß nämlich Deutschland den Status einer »Verlierernation« nach der »Wiederaneignung« und der Erlangung der staatlichen Souveränität loswerden und folglich den »ausländischen Schund« wegräumen müsse? Gegen den Widerstand von »anonymen Werbekunden«, die Kunze als jene geheime Kraft ausmachen konnte, vor der alle zittern? Ist die »deutsche Rockmusik«, der nach Kunzes Mitstreiter Ole Seelenmeyer ein »Genozid« droht, jetzt das, was früher einmal die Klassiker waren, also das zu verteidigende Kulturerbe? Wird es demnächst BAP-Denkmäler und Lindenberg-Straßen geben? Werden Kunze-Texte in der Oberstufe Pflichtlektüre?

Die Reaktionen auf Kunzes rechten Vorstoß fielen sehr unterschiedlich aus. Unter der Überschrift: »Bonner Politiker: Spielt mehr deutsche Lieder im Radio«, fragte »Bild« am 12. September auf der Titelseite: »Kommt jetzt die Quote im Rundfunk für das deutsche Liedgut?« Während der Abgeordnete Wolfgang Zöller (CSU) eine »Mindestquote für deutsche Lieder« bzw. »das deutsche Volkslied« verlangt, denkt Heinz Schemken (CDU), der ebenfalls »nicht immer nur ausländische Songs« hören will, auch an den Export und fordert »einen festen Mindestanteil für Volkslieder und German Rock« in den Rundfunkprogrammen.

So anspruchslos sollte an die Sache »angesichts der amerikanischen Konkurrenz« nach Meinung des Berliner Stadtmagazins »Zitty« (19/96) jedoch nicht herangegangen werden. »Sieht man einmal von den deutsch gesungenen Texten ab«, dann stellt sich die Frage nach dem »speziell deutschen Element« in der Musik selbst. Diese Suche nach einer deutschen Substanz in den Tönen ist »Zitty« immerhin eine Titelgeschichte wert, in der die neue CD »German Songs« des Trompeters Till Brönner vorgestellt wird, der die »unhinterfragte Adaption anglo-amerikanischer Musikstile« und das »Dickicht der Fremdbeglückung« nicht mehr erträgt und deshalb eine originär deutsche Jazztradition freilegen möchte.

Ansonsten aber, so sieht es auf den ersten Blick aus, überwiegt die Kritik an Kunze: Programmdirektoren vieler Radiostationen distanzierten sich, die »FR« nannte Kunzes Äußerungen »Hetzparolen«, die »Taz« überschrieb ihren Beitrag, ironisch auf sein Liedgut anspielend, »Deutsch ist mein ganzes Herz«, der »Rolling Stone« sprach von der »leidigen Debatte um nationale Identität, die Botho Strauß und Martin Walser immer schüren«, die Band Element Of Crime verabscheut »Ariernachweise für Musik«, Campino von den Toten Hosen akzeptiert die BRD als »Bananenrepublik des Rock'n'Roll«, Christoph Gurk von »Spex« nannte die Sache einen »Skandal«, Jochen Distelmeyer von Blumfeld, den Kunze in seinem »Spiegel«-Gespräch zu vereinnahmen suchte, stellte dessen Offensive in die »Kontinuität von Entwicklungen seit der Wiedervereinigung«, und der Kleinkünstler Wiglaf Droste verliest auf seiner neuen CD eine distanzierende Erklärung.

Die »Deklaration an die Ministerpräsidenten und Landesrundfunkanstalten« des Deutschen Rock- & Popmusikverbandes, die, unterzeichnet u.a. von Wolfgang Niedecken, Udo Lindenberg, Peter Maffay, Udo Jürgens, Konstantin Wecker, Die Fantastischen Vier, Grooveminister, Das Modul, Peter Glotz und Ali Schmidt (kulturpolitischer Sprecher der Grünen), eine 40-Prozent-Quotierung für »einheimische Musiker« fordert, sowie Kunzes Verlangen nach einem kulturellen »Austritt aus der Nato«, scheinen bei den meisten »Kulturschaffenden« auf Ablehnung zu stoßen. Das ist erstaunlich, denn bisher war bis hinein in poplinke Szenen die Auffassung verbreitet, daß man sich in Deutschland wieder verständlicher ausdrücken müsse und daß künstlerisch aktive Untertanen der deutschen Staatsmacht von dieser besonders zu fördern seien. Tausendfach ist auch von linker oder linksliberaler Seite in den letzten Jahrzehnten vor US-amerikanischem Kulturmüll und deutschem Identitätsverlust gewarnt worden, auch und gerade im Zusammenhang mit Popmusik. Von dem Motto »Deutschland erwacht – Popmusik aus deutschen Landen« der linken Essener Songtage (1968) bis zu den Debatten über »deutschen Sprechgesang« (ab 1990), von Bernd Begemanns »Ich fordere, daß man deutsch singt, damit man die Lieder versteht« (1993) bis zu dem Sampler »Perlen deutschsprachiger Popmusik« (1995) zieht sich ein ununterbrochenes, mal moderateres, mal schrilleres Gerede über die Vorzüge deutscher Sprache und deutscher Eigentlichkeit durch den hiesigen Popdiskurs (vgl. KONKRET 7/95: »Krauts With Attitude«).

Zwar ist vor Kunze und Seelenmeyer noch nie öffentlich vom »Genozid an der deutschen Rockmusik« die Rede gewesen, wohl aber vom »Kolonisiertsein« und der deshalb notwendigen »Stärkung des sprachlichen Selbstbewußtseins«. Der Unterschied zwischen diesem linken Kulturnationalismus und den rechtsradikalen Totschlagsentenzen von Kunze soll hier

nicht verwischt werden. Linke Ressentiments gegen eine Kulturindustrie, wie sie sich am frühesten in den USA entwickelte, sowie linke befreiungsnationalistische Töne im Land der Täter enden nicht notwendig bei offen rechtsradikalen Positionen. Sie leisten jedoch ihren Beitrag zu einem strukturierten und strukturierendem System von »wahrheitsfähigen« Aussagen, die in Abgrenzung vom Ideologiebegriff völlig zu recht als »Diskurse« bezeichnet werden, weil nur so deutlich wird, auf welche Weise und mit welcher Intention Wörter wie »Schund« oder »Kolonisiertsein« einen bestimmten Sinn erhalten.

Der Diskurs »deutsche Popmusik« baut stillschweigend oder offen auf Elementen anderer Diskurse auf (z.B. »Sprache als Ausdruck«, »Identität«, »Kultur«, »Staatsbürgerschaft«) und bindet sie in sein eigenes Bedeutungsnetz ein. Erst unter bestimmten Umständen kann es zu Kopplungen mit anderen Diskursen, z.B. dem der »Neuen Rechten«, kommen. Daß die Musik in den Radios zu schrill sei und dabei die »wahre Kultur« zu kurz komme, steht mit fast gleichlautenden Formulierungen im »FAZ«-Feuilleton und in linken Zeitschriften. Es sind gerade solche unterhalb der Ebene politischer Gegnerschaften angesiedelten »kulturellen« Gemeinsamkeiten, die immer wieder zu Seitenwechseln führen, die dann vom restlinken Publikum völlig grundlos als »Verrat« wahrgenommen werden.

Die politischen Voraussetzungen für die Koppelung linker und rechter »kulturpessimistischer« Ressentiments (bzw. Idiosynkrasien, wie Adorno sagt, der 1965 darüber nachdachte, wie er seine Ablehnung der Beatles so begründen könnte, daß sie dem rechten Reden über »entartete Kunst« nicht ähnelt) sind heute gegeben. So wie es einige Jahre dauerte und besondere politische Bedingungen vorhanden sein mußten, bevor der bis dahin nur unter reaktionären Medizinern übliche Begriff der »Entartung« erstmals 1893 in der Kulturkritik und später bei den Faschisten auftauchen konnte, so erforderte es offensichtlich den Abzug der alliierten Armeen, bevor Kunze den »Raus aus der Nato«-Slogan, den er bereits in einer Friedensbewegung kennengelernt hatte, die in der BRD vor allem das Opfer des nächsten Weltkrieges sah, mit Seelenmeyers »Genozid an der deutschen Rockmusik« koppeln konnte.

Als Hugo von Tschudi, Direktor der Berliner Nationalgalerie (Giebelinschrift: »Der deutschen Kunst«) vor exakt 100 Jahren 34 Gemälde »nichtdeutscher Künstler« ankaufte, wurde er in der Öffentlichkeit der »Entweihung« dieses deutschen Ortes beschuldigt und einige Jahre später entlassen. Seine Gegner gingen davon aus, daß Kunst nie »unabhängig vom Volkscharakter« existieren könne, sondern »wie die Sprache« etwas durchaus Nationales sei.

Fünfzehn Jahre später, im Jahr 1911, reagierten im sogenannten Bremer Kunststreit 118 namhafte Künstler mit einem als »Protest deutscher Künstler« betitelten Pamphlet auf den Ankauf eines Landschaftsbildes van Goghs. Der Import sei ein Komplott von Kunsthändlern, das die »vaterländische Kunst« bedrohe – nicht zuletzt dadurch, daß nun das Geld zum Ankauf ihrer Werke fehle. Den Kunstkritikern wurde bei dieser Gelegenheit vorgeworfen, sie würden »deutsche Künstler« im Stich lassen.

Die Geschichte der Zusammenfügung der unzähligen heimattümelnden, reaktionären, antimodernen, völkisch-nationalistisch-alldeutschen Kulturschutzgemeinschaften, Wandervögel- und deutsch-christlichen Pfadpfindergruppen in dem von Alfred Rosenberg geleiteten »Kampfbund für deutsche Kultur« zeigt: Erst im Verlauf einer gegenseitigen Durchdringung der diversen Ressentiments gegen moderne Kunst sowie ihrer Verknüpfung mit den aktuellen politischen Auseinandersetzungen konnte sich die Bezeichnung »jüdisch-kulturbolschewistisch« durchsetzen, was wiederum die Voraussetzung dafür war, daß eine Hetzkampagne, die zu Beginn nur die mit Kunst befaßten Oberschichten erreichte, schließlich wesentliche Stichworte für den Straßenterror der Faschisten liefern konnte.

Die Standort-Version

Der zweite Blick auf die Distanzierungserklärungen gegen Kunze ergibt ein etwas anderes Bild: »Der DRMV warnt vor einem ›Genozid an der deutschen Rockmusik‹. Ähnlich (!) geschmacklos sind die Argumente der Gegenseite. Als sich Kunze auch noch zu seiner Bewunderung für Botho Strauß bekannte, waren viele flugs mit dem Nazi-Etikett zur Hand« (»Taz«).

Diese Gleichsetzung der »Gegenseite« mit Kunze soll nicht nur besagen, daß es bedauernswerte Übertreibungen auf allen Seiten gibt. Indem sie den eindeutigen Sachverhalt bestreitet, daß der Schlagersänger sich offen der Ansichten der »Neuen Rechten« bedient, möchte sie wenigstens die Fragestellung retten. Denn auch wenn man Kunzes Rhetorik für mißlungen hält, so möchte man sich von der Vorstellung, wonach es mit der Verbreitung des deutschen Liedgutes irgendwie ein Problem gibt, doch nicht trennen. Schließlich hat man selbst über die Jahre hinweg noch jede »nationale Produktion«, insbesondere wenn sie deutschsprachig war, mit viel Vorabsympathie begrüßt, weil man sehnsüchtig auf den Song wartete, der den »deutschen Pop« endlich aus seinem Elend erlösen würde. Auf daß man sich der deutschen Kultur nicht mehr schämen müßte, sondern richtig stolz auf sie sein könnte. Wurde nicht die sogenannte Hamburger Schule genau unter diesem Gesichtspunkt rezipiert? Das *intelligente* deutsche Lied sollte es sein, eine Perle sozusagen, und nicht unbedingt »Traumfrau« von Creme 21!

Die Überzeugung, daß da wirklich ein Problem existiert, Kunze sich jedoch vergaloppiert habe, begünstigt die Fehleinschätzung, bei jenem handele es sich um einen einsamen Spinner oder um einen, der sich »offensichtlich nur profilieren will«. Aber die Verteidigung Kunzes gegen jene, die ihn als einen bezeichnen, der wie ein Nazi daherredet, hat noch einen anderen Grund: Kunzes quantitative Planvorgaben wurden bereits 1995 erfüllt. Im letzten Jahr kamen in den BRD-Single-Charts durchschnittlich 41 von 100 Songs aus »nationaler Produktion«. In diesem Jahr lag die Quote im Februar bei exakt 40 Prozent. Derzeit liegt sie etwas darunter, aber das sind die üblichen Schwankungen.

Jene, die die Lage des Deutschpops zwar für problematisch hielten, im Gegensatz zu Kunze aber auf Marktkräfte und dezente Fördermaßnahmen (bevorzugte Besprechung jeder deutschsprachigen Indieplatte etc.) vertrauten, können sich jetzt gelassen geben: »Angesichts der Allgegenwart deutscher Popproduktionen mutet es recht absurd an, daß Kunze eine 40-Prozent-Quote für einheimische Musik fordert« (»Taz«). »Angesichts dieser Entwicklung eine Quote zu fordern, erscheint vielen Branchenkennern grotesk ...« (»FR«). Da wird schnell vergessen, daß die Prozentzahl bei Kunze nur eine Nebenrolle spielt, daß es ihm ganz grundsätzlich um »deutsche Identität« und um »Überfremdung« durch »ausländischen Schund« geht.

Und wie wird man reden, wenn die erreichte Quote wieder fallen sollte? So wie vor einem Jahr, als man die »Allgegenwart deutscher Popproduktionen« noch nicht erkennen wollte? »Wer heute eine CD mit Perlen deutschsprachiger Popmusik herausgibt, muß offenbar erst einmal drei Kreuze schlagen« (»Taz«). Oder wie vor sieben Jahren, als man eine »Rückbesinnung auf das deutsche Lied und Suche nach einer zeitgemäßen Form« (Spex 9/89) forderte? Oder wie vor 12 Jahren, als Holger Hiller meinte: »Ich sehe durchaus eine Chance für uns hier in Deutschland, daran zu arbeiten und auch internationalen Einfluß auszuüben. Das größte Problem hier in Deutschland ist, daß die Bands keine Identität haben« (*Guten Morgen – Seiten für Kunst und Zuversicht*).

Tatsächlich ist aus der BRD nach einer gewissen Anlaufzeit ab 1989/90 bereits 1993 eine veritable Pop-Supermacht geworden. Zwei Jahre später glich das Ergebnis der Musikmarktoffensive bereits dem der deutschen Politik aufs Haar: »Zum ersten Mal sind es nicht wir, die nach London, New York oder Los Angeles schielen, um den neuen, hippen Sound zu hören, sondern die Szene-Päpste dieser Welt schauen nach Frankfurt und Berlin« (Thomas Stein, Vorsitzender des Bundesverbandes der Phonographischen Wirtschaft). Das ist keine besondere deutschnationale Rhetorik, sondern der normale Ton von Leuten, die auf einem in Einzelstaaten segmentierten Weltmarkt etwas mit Gewinn verkaufen müssen. Sozusagen der gängige marktwirtschaftliche Nationalismus, dem Kategorien wie »Schund« und »Identität« völlig gleichgültig sind, es sei denn, sie lassen sich für den Geschäftszweck instrumentalisieren. Damit aber wird die Kritik an Kunze auf einmal schwieriger.

Die völkische Standort-Version

In dem Maße, in dem die Relevanz der Kultur für die Reproduktion der politischen Gewalt sich verringerte, kam die Kultur in die Einflußsphäre einer anderen Macht, mit der die Kunstprofessoren, die 1896 und 1911 den Ton angaben, sich nicht mehr messen konnten: in die des Marktes. Literatur, Bildende Kunst und Musik wurden nach und nach von der Bürde entbunden, eine staatstragende Botschaft zu vermitteln.

Die Idee einer den Staat repräsentierenden »Nationalkultur« ist damit zwar nicht verschwunden, sie scheitert aber, seit sich in der Kunst das Nichtgegenständliche und daneben die Popkultur durchsetzte, an den neuen Umständen. Auch mit postmodernen Zitaten ist der herkömmlichen Staatsikonographie nicht mehr auf die Sprünge zu helfen. Heute müssen rechte Parlamentarier, die zeitgenössische Künstler zu Repräsentanten eines »deutschen Kulturguts« adeln wollen, zu den Produkten der Plattenindustrie greifen, zu Freddy Quinn, Herbert Grönemeyer, Naabtal Duo und Blümchen, was ja aus subversiven Erwägungen heraus auch von links zu unterstützen wäre, wüßte man nicht, daß mit Macht ausgestattete Beschränktheit gefährlich ist.

Mit dem Sieg der Kulturindustrie über die bürgerliche Bildungskultur haben sich die zentralen Auseinandersetzungen vom Terrain des Staates schrittweise zu dem des Marktes verlagert. Seit 1990 läßt sich allerdings beobachten, wie in der BRD auch das, was als Kunst gedeutet wird, wieder unmittelbarer vom Staat geprägt wird: Museen, vor allem in der ehemaligen DDR, werden unter politischer Aufsicht umgestaltet, die Symbolik von Gedenkstätten löste die bislang nachhaltigste öffentliche Erörterung über Politik & Kunst aus, Architekturdebatten orientieren sich an den Vorgaben der »Hauptstadtbebauung«, im Mai diskutierte der Bundestag, trotz des Protestes des Zentralrats der Juden, über das in Berlin geplante Holocaust-Denkmal. Nach der Debatte über Christos Reichtagsverhüllung war das bereits die zweite große Ästhetik-Diskussion im Bundestag. Auch im Zusammenhang mit den (»wiedervereinigten«) Nationalgalerien sowie den beiden Geschichtsmuseen in Großberlin fanden wieder heftige politische Kontroversen um die angemessene ästhetische Repräsentation von Großdeutschland statt.

Trotzdem spielen sich die folgenreichsten Verschiebungen auf dem Feld der sogenannten Massenkultur ab. Dort aber muß die erwünschte Repräsentation des »Nationalstaates« notwendig flüchtiger ausfallen und ohne die Aura des Erhabenen

auskommen. Es gibt daher viele Versuche, das Konzept der »Kulturnation« mit den Mitteln der Kulturindustrie zu retten, also ungefähr so, wie die Schwarzwälder Kuckucksuhr durch Digitalisierung gerettet wurde, weil sie nur so für Touristen aus Japan interessant *und* erschwinglich bleiben konnte. Der Trend, das zeigen neben den Deutschrock-Debatten auch die aufgeregten Diskussionen über »den deutschen Film« sowie der sukzessive Austausch US-amerikanischer Fernsehserien gegen inländische Produktionen, geht also zu einer Art »Popkulturnation«: Erhaltung des gesamten reaktionären Bestandes, aber groovy und volldigitalisiert.

Der völkische Nationalismus, der seine entscheidende Dynamik immer noch in erster Linie aus physischen Ausschlußpraktiken zieht (Asylabschaffung, Brandanschläge, Ausländergesetze), muß sich, wo er auf Repräsentation und Mythen angewiesen ist, heute an prosaische Fernsehbilder von händeschüttelnden Politikern oder an ballkickende bzw. musizierende »nationale« Popstars halten, deren Karrieren aber einer politikfernen Logik folgen. Wenn man so will, enthält Kunzes »Spiegel«-Interview auch das Angebot, »nationale Popstars« zum Teil der politischen Ikonologie der BRD zu machen. Doch da war Udo Lindenberg, vor dem lediglich Egon Krenz rechtzeitig gewarnt hatte (»gefährliche gesamtdeutsche Tendenzen«), schneller: Der Begründer des Deutschrock wurde für seine Kulturleistungen bereits 1989 mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet.

Nach Fußball, Film, Fernsehserien und Talkshows wird nun auch Pop immer häufiger zum Medium nationalistisch codierter »Identitäten«. Was dabei herauskommt, unterscheidet sich, und das ist keineswegs selbstverständlich, erstaunlich wenig von der Rhetorik des Bremer Bilderstreites, der ja in einer Zeit stattfand, als Kunst noch unmittelbar im Dienst der Staatsidee stand: »Ein Volk ohne Geschichte sei ein Volk ohne Zukunft, sagt man. Ein Volk ohne Sprache ebenfalls, kann man hinzufügen. Die Erkenntnis scheint sich durchzusetzen. Die Zeiten, in denen, was in unserer Muttersprache gesagt ward, automatisch scheiße war, sind vorbei: wir sind wieder wer!« Mit diesen Worten feierte der Musikkritiker Gregory Beck 1995 in der Berliner »Zitty« die Veröffentlichung des Samplers »Wo ist zu Hause Mama – Perlen deutschsprachiger Popmusik«.

Es ist schon erstaunlich, mit welcher Hartnäckigkeit in Deutschland seit Anfang des 19. Jahrhunderts an der Konstruktion der »Nation« über ihre Definition als Sprachgemeinschaft festgehalten wird. Auf der Suche nach »objektiv« gültigen Grundlagen für die Einheit von Staat und »Volk« knüpft man noch immer bevorzugt an die alten sprachnationalistischen Diskurse an. Die Basis des kulturellen Reichtums derer, die sich für »Deutsche« halten, statt für Steuerzahler, Soldaten und Supermarktkunden, wird noch immer im Duden (sowie den regionalen Abweichungen davon) gesucht. Das ganze Gerede über »Nationalkultur« und »deutsche Identität« setzt bis heute – auch bei Heinz Rudolf Kunze – an der Sprachgemeinschaft an. Alle weiteren Ausgrenzungspraktiken und die damit einhergehenden Erzählungen über den »natürlichen« Zusammenhang von Landschaften, Alltagserlebnissen, Herrschaft und Tradition basieren auf dieser Imagination, die schließlich in dem mythischen Glauben an ein »deutsches Wesen« zusammengefaßt wird.

Während Kunze, wenn er »deutsche Popmusik« definieren will, sich auf das Thema Sprache konzentriert, suchen andere das »Deutsche« im Stil. Neben dem Trompeter Brönner kann hier u.a. der DJ und Kulturbotschafter Westbam (das Goethe-Institut schickte ihn vor einigen Jahren nach Seoul) genannt werden. Westbam hatte bereits vor sieben Jahren – mit Blick auf Kraftwerk – herausgefunden, daß »wir« einen »mehr abstrakten«, auf jeden Fall »sehr eigenen Sound haben«, was sofort zu bemerken sei, »wenn Du unsere Sachen gegen z.B. englische stellst ...« (»Spex« 9/89).

Was aber geschieht, wenn man bei der Suche nach dem »eigenen Sound« die Erfahrung macht, daß darin immer schon der der »Anderen« steckt? Eine der am häufigsten kolportierten Erzählungen, die auf diese Erfahrung reagieren, ist die über den deutschfreundlichen afroamerikanischen DJ Afrika Bambaataa, von dem gesagt wird, er habe die 13-minütige Version von Kraftwerks »Trans Europe Express« immer voll ausgespielt. Nach dieser Lesart, die sich bis heute in allen Musikzeitschriften findet und auf der große Teile der Argumentation in den Büchern *Techno* (Anz/Walder) und *DJ-Culture* (Poschardt) aufbauen, ist »deutscher Electro Pop« in den USA zu HipHop geworden, von dort nach Deutschland zurückgekehrt, um dann hier sich in Techno zu verwandeln, dem neuesten deutschen Popexport also.

Auch die Struktur dieser Argumentation hat ihre Vorgänger: Als man im letzten Jahrhundert das »Wesen der deutschen Baukunst« suchte, mußte man feststellen, daß der Kölner Dom, der dieses Wesen angeblich symbolisierte, der Kathedrale von Amiens abgeschaut war. In der darauf folgenden »Kathedralendebatte«, die auch im Reichstag geführt wurde, einigte man sich schließlich darauf, daß die Pointe der »deutschen Kultur« nicht in einem bestimmten Stil bestehe, daß vielmehr in jedem Stil etwas Deutsches stecke. Wie bei dem Berliner Jazztrompter bedeutet die Suche nach dem »eigenen Stil« in Deutschland nichts anderes als die Suche nach dem »deutschen Wesen«.

Alarmierend an den gegenwärtigen Debatten ist, daß trotz der Entstaatlichung der Kunst, trotz ihrer Vermitteltheit über den Markt die alten Diskurse immer noch gegenwärtig sind und sich sogar im Kopf eines Techno-DJs reproduzieren, bei dem es sich doch um einen Avantgardisten des Neuen handeln soll, das angeblich mit allen Konventionen bricht. Unbeschadet durch alle gesellschaftlichen Umbrüche besteht das reaktionäre Phantasma der deutschen »Sprach- und Kulturgemeinschaft« in Gestalt einer »Popkulturnation« fort.

Günther Jacob schrieb in KONKRET 7/95 über die nationale und ethnische Segmentierung der Popmusik

Konkret 10/96, S. 48

Rayk Wieland

Wolfs Geheul

Wolf Biermann hat eine neue CD besungen und kriegt den Guitarrenhals mal wieder nicht voll

Warum vertonst du immer nur Vierzeiler und nicht auch mal Fünfzeiler?
Luigi Nono

Wie er das wieder angestellt hat – man weiß es nicht. Im November drohen größere Feierlichkeiten mit ungehemmten Gesangsdarbietungen anläßlich seines 60. Geburtstags; runde 20 Jahre liegt seine Ausbürgerung aus der DDR mittlerweile zurück, ein historisches Ereignis, dessen ausgiebige Nachbetrachtung, Neubewertung und Einordnung in den Geschichtsablauf – die »Berliner Zeitung« widmete dem Datum eine ganze Beilage – kaum überstanden ist; soeben wird Biermanns neue CD mit dem sinn- und spannungsreichen Titel »Süßes Leben – saures Leben« und »17 ganz und gar neuen Lieder« bei 2001 ausgeliefert, wo zudem noch acht (8) CDs, auf die nun Biermanns komplettes Ost-Oeuvre gebrannt und gepreßt wurde, arglosen Gelegenheitskäufern quasi parallel angedreht werden sollen; am 1. November erscheint, rechtzeitig zum Weihnachtsgeschäft, ein Bildband *Wolf Biermann – Ausgebürgert* mit Ganzkörperfotos des Bartsängers für 78 Mark, den sich unbedingt anschaffen muß, wem die schätzungsweise 50 bis 100 Abbildungen in den CD-Booklets, mal rechts, mal links neben dem Guitarrenhals, mal Walfischfängerblick, mal hämorrhoidale Leidensmiene, nicht genügen; und in der letzten Zeit hängt der Mann überdies das Tränensackgesicht verstärkt ins Fernsehen rein, um da am Elbufer sitzend das Sitzen am Elbufer zu besingen und nebenher die Weisheit vorzutragen, daß aus dem »Narrenparadieschen Kommunismus« nichts werden könne.

Die Ruhe ist, scheint's, vorüber – nun singt er wieder.

Und er singt, so wie er's kann und wie man's kennt. Stimmlich hat sich dem belfernden Schmettergesang und Kleinbühnenpathos eine Art Altersgejohle beigesellt, das seinen Vortrag irgendwie schmerzhaft-entrückt, abgepreßt und *noch* aufdringlicher als je erscheinen läßt. Die hölzerne Guitarre – einst »sechsfingrige Folter, sechszüngige Schlange, sechs Schüsse-MP«, »bittere Schöne, griffige Schöne, schwer spielbare Frau«, seine »treulose Liebe«, sein »Schrei nach der Sonne« bzw. »spanische Jüdin« und »Schwester« – ist auch wieder hörbar, wird auch wieder sehr dramatisch, ja melodramatisch bezupft, beklampft und wichtigtuerisch beklopft. Er ist sich gleich geblieben und leider – noch etwas gleicher geworden. Es soll wohl jiddisch klingen, was er da tut, allein es klingt grauenhaft anders. Man muß es hören – bzw. vielleicht besser nicht.

Die Textur folgt der bekannten Melange mit Heine- und Brechtrückständen und Biermanns eigenen Gedanken über Biermann. Seine Sprache ist die alte pseudo-polemische, pseudo-pathetische und tantenhafte Gaunerei, die alte Wortspielhölle tut sich wieder auf. Er hat viel Weltschmerz, vögelt gern und kennt tolle Reime: »Auf der Welt ist kein Bestand / wir müssen alle sterherben / – das ist uns wohl bekannt.« So geht es die Jammertonleiter hoch und runter, und die Frage kommt auf, was das Leben lebendig mache. Der Mut ist es, »allein« der Mut. Dem toten Heiner Müller wird vorgehalten, daß »er wagte nie den Bruch«, ganz im Gegensatz zu Biermann, der von sich sagen kann: »Ich misch mich ein und halt mich raus« und der »manchmal viel zu mutig, ach / und dreimal viel zu feig« war. Man glaubt' es gern, doch will man's wissen?

In einem anderen Lied schwebt die tote Inge Müller »auf 'ner schwarzen Wolke« über Heiner Müllers Beerdigung und »erbricht die Internationale / Runter in das offene Grab«, während die Brecht und Eisler lachen und der Shakespeare sich in der Hölle krümmt, weil: »Gloster Gysi will dem Volk den König Richard machen.« Derweil sich Shakespeare krümmt, macht Biermann unverdrossen weiter: »Du, ich weiß noch alles / Fleisch und Blut und / Haare und Gebeine / Ach, aus Steinen kann man / Häuser machen – und / aus Häusern Steine.« All diesen Kokolores singt Biermann, wie gesagt, nicht nur so dahin, sondern beschwörend wie der Gesalbte und tremolierend wie ein Buschmann auf der Elefantenjagd.

Im Titelsong dieser CD hat er, wie er kundtut, einen »glänzend nihilistischen Gedanken von Samuel Beckett so hoffnungsverrückt wie nur irgend möglich mißdeutet. Beckett schrieb: ›Ever try. Ever fail. No matter. / Try again. Fail again. Fail better.‹« Und so deutet Biermann miß: »Ewig machen, ewig scheitern / Macht nix, Alter! mach so weiter / werde älter, klüger, kesser / Vorwärts! hoppe-hoppe-Reiter / Mach, mach, mach, mach, mach und scheiter / aber scheiter immer besser!« Wer hier zuständig ist, diese Art Übertragung zu erfassen, noch der Literaturkritiker oder schon der Arzt, mögen andere entscheiden, aber, es gleich zu sagen, es wäre wahrlich »hoffnungsverrückt« zu glauben, der Arzt sei's nicht.

Unbesungen bleibt von Biermann auch die Liebe nicht, sie »ist stark wie der Tod«. Der Kuß der Geliebten mit dem wehenden »Hamburger Weizenhaar«, er ist ein »Bitterer Schierling ... Mohnsaft und Wein / Myrrhe und Mondmilch und Honigseim«. Kaum ein Bild verwendet Biermann, das nicht aus der Kiste der verbotenen Metaphern stammt. Auch seine

Masche, mittels paradoxer Wortkombinationen Oxymora zu basteln und somit eine gewisse Dialektik im Satzbaukasten anzudeuten (»Ich schweig dir was über uns beide«), steht seit Heinrich Heine auf der Liste der geächteten rhetorischen Mätzchen. Direkt und unverblümt kommt bei Biermann nichts zur Sprache, weil er nun gar nichts mehr zu sagen hat, abgesehen von regressiven Banalitäten und Selbstentblößungen, die freilich bezeugen, was seine Sache ist. »Und in den Fernsehschüsseln sammelt sich das Blut / Aus jedem frischen Blutbad dampft ein buntes Bild / Das Tier in meiner Hose ist so dumm und gut / Und unbekümmert, schau: es schämt sich nicht, es schwillt.« So sitzt er da und geilt sich auf und singt's ins Mikrophon – und ist damit vom renitenten Hinterbänkelsänger zum »populärsten deutschen Dichter« (»Berliner Zeitung«) avanciert.

Populär bzw. populär oder aber populär und nichts sonst wollte Biermann immer sein, und er war es zum Zeitpunkt seiner Ausbürgerung aus der DDR ja auch. Sein Engagement für einen »Sozialismus mit menschlichem Antlitz« hat ihm zwar vor allem in der BRD, aber auch in der DDR einige Sympathie eingetragen. Nur bestand sein Engagement lediglich darin, verbotene Lieder zu singen, die er selbst geschrieben hatte. In diesen Liedern sprach er sich gegen »Spitzel« oder gegen das in der DDR eine Zeitlang bestehende Verbot des »Auseinandertanzens« aus, kritisierte Parolen und Phrasen sowie Selbstherrlichkeit der SED-Funktionäre, begrüßte den »Prager Frühling«, äußerte sich abfällig gegenüber Bürokratie und Stalinismus, zustimmend zum sog. Eurokommunismus und zu vitalen Vergnügungen wie Fressen, Saufen, Vögeln. Biermann teilte diese modische Denkungsart mit einem großen Teil der westeuropäischen Intellektuellen und womöglich auch mit vielen DDR-Bürgern, die jedoch seine Lieder kaum hören konnten. Einige von denen, die sie kannten und weitergaben, kamen in Bedrängnis oder schlimmer – Biermann selber nicht, denn er erfreute sich der Fürsorge renommierter Künstler und auch Politiker der DDR.

Bekanntlich kam Biermann erst 1953 in die DDR. Margot Honecker, geb. Feist, die gemeinsam mit Biermann aufgewachsen war, holte den 17jährigen aus seinen bescheidenen Hamburger Verhältnissen und brachte ihn in einem Internat unter. Ihr und Biermanns Vater waren während der Nazizeit in einer Widerstandsgruppe, und nachdem die Gruppe aufgeflogen, beide Väter verhaftet und ins KZ verfrachtet worden waren, nahm Biermanns Mutter das Mädchen bei sich in Hamburg auf. Nach dem Krieg holte sie der Vater, der überlebte, wieder nach Halle, wo Margot in der FDJ arbeitete und deren Chef Erich Honecker kennenlernte, den sie später heiratete. Biermann legte, in der DDR angekommen, zunächst das Abitur ab und durfte sich danach ein, nein: zwei Studien aussuchen – er studierte Politische Ökonomie, später Mathematik und Philosophie. Natürlich war er Mitglied der FDJ und der SED, und natürlich konnte er auch nach 1961 ungehindert in den Westen reisen, er gab dort Konzerte und verlegte seine Bücher. Sein enger persönlicher Kontakt zur Familie Honecker, insbesondere zu Margot Honecker, riß nie ab. Sie ging zu ihm in die Chausseestraße, wo sie ihm eine Wohnetage besorgt hatte, er ging zu ihr ins Ministerium, wozu er weder Termin noch Passierschein benötigte. Noch unmittelbar vor dem Verlassen der DDR hatte er Besuch von ihr: Sie werden die Modalitäten des als Ausbürgerung bekannt gewordenen Umzugs und PR-Gags besprochen haben. Darüber spricht und singt der Dauerwiderständler Biermann nicht nur nicht gern, sondern überhaupt nicht. Seine Popularität und moralische Glaubwürdigkeit, mit welcher er gegen »die Genossen im Schmalztopf der privilegierten Kaste« ansang, hätte Schaden nehmen können, wenn herausgekommen wäre, daß er nicht nur im »Neuen Deutschland« tagtäglich die bekannten »Fressen« fand, sondern auch bei sich zu Hause.

Im Westen angekommen – »ach! kommen bin ich / vom Regen in die Jauche« – und für einen Reimkünstler mit Holzguitarre erst mal unerhört präsent, wußte er zunächst nicht recht, wohin er seinen Heldengesang richten sollte: beweinte mal die spanischen Kommunisten, mal die Toten von Stammheim, sang Nicaragua Mut zu und eilte El Salvador zu Hilfe. Mit der Zeit aber kümmerte kaum jemand sich noch um ihn, wiewohl er bei Joachim Fuchsberger und Thomas Gottschalk talken und singen und sogar in »Dingsda« auftreten konnte. Er war zwar da, aber er war nicht mehr richtig-wichtig, bereits 1981 bezeichnete ihn der »Spiegel« als »Kleingartenkünstler« und »bänglich altklugen Kleinbürger«, und so sang er für sich und Fritz J. Raddatz ein bißchen rum – bis 1989 die DDR zusammenbrach.

Das hätte nicht passieren dürfen. Denn nun tauchte der schon privatisierende Stußproduzent wieder auf, und zwar zum einen als Oppositionsfossil und Übervater, zum anderen als Moralinstanz, die in Sachen Staatssicherheit unfehlbar den Daumen heben oder senken konnte und je nach Fall festlegte, was als tapfer und was als feige zu gelten hatte. Bis dahin war Biermann ebenso wie seine Freunde Brasch, Kunze, Fuchs, Loest und Kirsch in der Versenkung verschwunden, ja irrelevant geworden, und völlig zu Recht, denn was an Literarischem sie vorbrachten, war nicht eben erheblich. Es war Hochkunststapelei bzw. Altpapier. Die Mauer hatte diesen Dissidentenkranz vor Kritik bewahrt, und als sie fiel, sah jeder: Die nackten Helden hatten wenig dran – ja nichts.

Um so verwunderlicher aber war, daß in dem Maße, wie sich ihr künstlerisches Nullniveau erwies, ihre Bedeutung anschwoll. Vorneweg natürlich Biermann, der Feuilletonplatzhirsch, der alle Meinungsführerschaft für sich gepachtet zu haben schien. In der »Zeit«, der »FAZ« und im »Spiegel« erhielt er nahezu Woche für Woche die Gelegenheit, die Staatssicherheit der DDR zu brandmarken und vor allem zu dämonisieren, »den Krieg zu eröffnen gegen einige aufgeblasene Stasiheuchler«. Die gesamte politische Diskussion um die DDR wurde dank seiner unermüdlichen Schwallerei reduziert auf die Stasiproblematik und damit erstickt. Sein Einsatz in der Angelegenheit kann nicht überschätzt werden. Ihm folgten die Helden von einst, die nun wieder, indem sie sich in das alte Stasimaterial vertieften und daraus

Bücher, Aufsätze und »Spiegel«-Serien zusammenschusterten, die alte Verwendung und Anerkennung fanden. Die Literaturszene am Prenzlauer Berg, der damals die ganze Wühlarbeit galt, war ja nicht nur schriftstellerische Konkurrenz, deren Bedeutung sich reziprok zur eigenen verhielt, sondern auch Beispiel einer Subversivität innerhalb der DDR, welche die moralische Mütchenkühlerei der Dissidenten-Kaste sehr armselig erscheinen ließ. Indem sie die Auseinandersetzung in ihr primitives Koordinatensystem zwängten, sicherten sie ihr Auskommen, und indem sie ihr Auskommen sicherten, denunzierten sie praktisch die gesamte DDR-Intelligenz und hatten Biermann also verstanden. So verband sich Eigennutz mit einem politischen Auftrag, der ihnen womöglich nicht einmal erteilt werden mußte.

1991 bekam Biermann als »mutiger Liedermacher und Pamphletist und Schöpfer einer neuen politischen Prosa« den Büchner- und den Mörikepreis umgehängt, und er nutzte auch dies, die »Sascha-Arschloch«-Stasiattacke zu reiten. Unterstützt wurde er darin nicht nur von Reich-Ranicki, dessen Neigung zu bekehrten Kommunisten seit seiner eigenen Konversion konstant geblieben ist, sondern auch vom ehemaligen Kanzlerberater Horst Teltschik, der in der »Zeit« ausdrücklich seine Solidarität mit Wolf Biermann erklärte. Nie werde er»die menschenunwürdige Behandlung am ›Grenzübergang‹ Friedrichstraße vergessen: das stundenlange Warten in zugiger Kälte im Winter, das rücksichtslose Aufreißen von Päckchen und Herumwühlen in den wenigen Geschenken, die ein Student mitbringen konnte; das Ausziehenmüssen bis auf die Unterwäsche«. So ging es damals zu, das war die maßsetzende »Streitkultur«, und auch die Grenzer werden wohl den Anblick, den ihnen Horst Teltschik in Unterwäsche bot, nicht vergessen.

Biermann blieb nicht viel zu singen. Bereits Anfang der achtziger Jahre war er davon abgekommen, Kommunismusreime zu machen, und hatte sich darauf verlegt, Ronald Reagan hochzuschätzen. Er zählte sein Geld und seine Kinder und fand, daß es von beidem noch mehr sein könne. Triefäugiger und breitärschiger geworden, rammelte er die Saiten seiner Holzguitarre und die Frauen. Sein Thema wurde ausgerechnet Büchners »gräßlicher Fatalismus der Geschichte« – er machte ihn sich so zueigen: »Die Karten werden uns von den Göttern imer neu gemischt, aber die Einsätze wurden gefährlich hoch. Der Kreuzbube mit dem Steinbeil, der Karokönig mit dem roten Knopf für den atomaren Erstschlag. Die Herzdame verblutet immer blutiger. Knüppel, Schwert, Armbrust, Pulver und Blei, Kalaschnikow, Stalinorgel, Giftgas, Napalm, Neutronenbombe und Krieg der Sterne. Unser Spiel geht immer so weiter. Aber immer so weiter geht es nicht.« Nein, die Welt kann nicht untergehen, denn was hatte ihm doch seine »Oma Meume« auf dem Sterbebett eröffnet: »Mei Wolf, wo soll die denn hin.«

So ist nun Büchner auf den Biermann gekommen: »Paradieschen wird’s nicht geben / Höllen gibt’s schon eh’r / Schweinepriester reden Bände / Prophezei’n das Weltenende / leben davon flott / Tja um uns wär’s jammerschade / ohne Menschen wär es fade / denn es gibt kein’ Gott...« Fürwahr, und so hört es sich auch an.

Büchner aber starb im Exil, wo Biermann nur fett wurde bzw. fetter.

Wolf Biermann: Süßes Leben – saures Leben. 17 ganz und gar neue Lieder. Zweitausendeins, Hamburg 1996, 25,90 Mark

Rayk Wieland schrieb in KONKRET 9/96 über den Untergang der Welt durch Analverkehr

Konkret 10/96, S. 51

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Sehr geehrter deutscher Schützenbund!

Hiermit bewerbe ich mich mit meinem Foto »Zwölfer im Hirn« (oder: »Die Waffe als Erlöser«) um den vakanten 1. Preis beim Fotowettbewerb Ihres werten Verbandes im Werte von dreitausend Mark. Normalerweise dient die Waffe im Schießsport als Sportgerät. Man legt an auf ein lebloses Ziel, das es möglichst genau zu treffen gilt, sei es eine Scheibe in der Mitte, oder ein Holzvogel auf einer Stange, wo bei letzterem die Grammanzahl des heraberzielten Materials den Schützenkönigstitelausschlag gibt. Nun hat die Waffe aber, sehen wir von ihrem nicht der Rede werten Mißbrauch zum Mord leichten Sinnes ab, zwei Seiten wie die Medaille oder das beschriebne oder unbeschriebne Blatt, nämlich a) die bereits erwähnte sportive, b) die erlösende. Der »Zwölfer im Hirn«, sehr geehrter Deutscher Schützenbund, ist *der* Treffer eines jeden deutschen Hundertmannbetrieblers, den die Dumpinglöhne der asiatischen Tiger in den Konkurs gehetzt; und der »Zwölfer im Hirn« ist *die* Erlösung eines jeden deutschen Gehörnten, der im Wäschepuff das vom Nebenbuhler benetzte Höschen seiner Gattin findet; und der »Zwölfer im Hirn« ist *das* Moment im Leben eines jeden von der Benotung ums Studierendürfen betrogenen deutschen Gymnasiasten. Wenn Sie schon ein Gespür für die »Zeit des Umbruchs« zu haben vermeinen, dann entsichern Sie gleich ganz! Reißen Sie die Augen auf! Und sehen Sie in meinem Foto eine aus einer »ungewöhnlichen Sichtweise« die »Modernität des Motivs ... treffende Darstellung des Schießvorgangs« (per Selbstauslöser und einer Belichtungszeit von übrigens weit unter einer Stunde). Glauben Sie mir, sehr geehrter Deutscher Schützenbund, ich kenne, was Sie da an »Eingesandt« erwartet, auswendig: BogenschützInnen beim Nachschleifen der Pfeilspitzen, kleinkalibriger Gammel in verpuffungsgefährdeten Sportschießstätten am Rand von Samtgemeinden, und die Waffe im Gegen-, die Tontaube im Abendlicht, von unzulänglichster fotografischer Abarbeitung des Toposses »Training« der 28 deutschen Sportschützendisziplinen nicht zu reden. So-lange die von ihnen selber eingeräumte Statik und Langeweile der Sportschießerei, hie des Schützen Arsch zugekniffenes Auge, dort das leckmichimarschne Ziel nicht durch die Superslowmotiontechnik des Fernsehens dahingehend aufgehoben werden, daß man über einen längeren Sehweg der Flugbahn der Kugel (ähnlich dem Hand-, Fuß-, Tisch-, Tennis-, Basket- und Wasserball) optisch beizuwohnen vermag – solange dies nicht geschieht, weil das Fernsehn statt solcher wichtigen Dinge nur Blödsinn im Kopf hat, sollten Sie auf den, ich wills ruhig mal so sagen: eschatologischen Aspekt des Schießgeräts, wie ich es vorführe, abheben. Ich rechne mit Ihrem sicheren Auge, sehr geehrter Deutscher Schützenbund, also auf Ihr Votum für mein Foto. Und ich drücke auch nicht ab, wenn Sie mir bloß den zwoten Preis geben, wiewohl ich denn dann schon an Ihrem Deutschen Schützenverstand mehr als bloß ein bißchen zu zweifeln mich genötigt sähe.

Konkret 10/96, S. 52

Sahra Wagenknecht

Buch & Deckel

Inge Viett: Einsprüche. Briefe aus dem Gefängnis. Nautilus, Hamburg 1996, 160 Seiten, 24 Mark

Inge Viett meldet sich wieder zu Wort. Mit mutigen »Einsprüchen« gegen den Geist einer Zeit, in der die alte Gesellschaft ihren vermeintlichen politisch-ideologischen Endsieg feiert und sich mit Brutalität und Skrupellosigkeit all das zurückholt, »was 40 Jahre lang versucht hat, sich von ihr zu entfernen«. In einer Reihe von Briefen, entstanden zwischen Vietts Verhaftung im Juni 1990 und dem Frühjahr 1996, reflektiert sie die geschichtlichen Ereignisse: die wütende Zerschlagung der DDR und alles mit ihr Verbundenen durch die siegreiche kapitalistische Macht, deren Bemühen um endgültige »Aburteilung, Ausstoßung, Verleugnung, Diffamierung, geringstenfalls Verhöhnung aller sozialistischen Bestrebungen der Vergangenheit und der Zukunft«. Stasi-Hysterie und juristische Verfolgung von DDR-Verantwortungsträgern sind gleichermaßen Teil dieses Szenarios wie das geheuchelte Entsetzen der westdeutschen Politik über die »Auffindung« ehemaliger RAF-Aussteiger auf DDR-Gebiet, die politische Instrumentalisierung ihrer Verhaftung und der Prozesse gegen sie. »Überall niederträchtiges Wühlen nach Schwäche, um zuzuschlagen«, konstatiert Inge Viett. Schon der permanent mitlesende Zensor schloß aus, das Thema RAF zum Hauptgegenstand der Briefe zu machen. Aber wohl nicht er ist der Hauptgrund, sondern der Umstand, daß die Distanz zu jenen »ganz und gar untauglichen Methoden« für Inge Viett längst Selbstverständlichkeit ist. In ihrem Buch geht es ihr um Anderes, Wichtigeres. Bereits zu Beginn betont sie: »...meine Geschichte, das sind nicht nur die Jahre, die Erfahrung bis zum Exil, das ist nur die eine Hälfte, die andere sind die Jahre hier in der Republik, und es waren meine besten Jahre.«

Engagiert wendet sich Inge Viett gegen die seit 1989 selbst unter Linken – Ost wie West – grassierende Haltungslosigkeit und Anbiederung an die scheinbar endgültig überlegene Macht, gegen die unterwürfige Distanzierung von der eigenen Geschichte bzw. einen Umgang mit ihr, der sich Maßstäbe und Begrifflichkeit von gegnerischer Seite diktieren läßt: »... diese ganze Täter/Opfer-Terminologie und -Debatte ist gestrickt aus der Ideologie des Siegers und seinen politischen Interessen. ... Dieser Art von Aufarbeitung müssen wir uns verweigern und widersetzen, sie zielt auf die Auslöschung unserer authentischen Erfahrungen.« Viett polemisiert gegen die Phrase von den »Chancen der deutschen Einheit«, gegen »märchenhafte Wunschgebilde ..., gebaut auf die Gutwilligkeit und Einsichtigkeit des Kapitals, welches diese Eigenschaften aber leider nicht hat«, und gegen jene peinliche Apologetik, die die Wiederherstellung der alten Ausbeuterordnung als »Zugewinn an demokratischen und emanzipatorischen Rechten« schönzureden und den historischen Rückschlag so in einen – zumindest relativen – Fortschritt umzudeuten sucht. Sie verteidigt das in der DDR Errungene gleichermaßen gegen die menschenverachtende Realität der Kapitalgesellschaft wie gegen das ignorante Maß abstrakter Utopien, das in seinem »Alles oder Nichts«-Starrsinn Raum und Zeit nicht kennt und dadurch letztlich ununterscheidbar wird von bürgerlicher Denunziation. Überflüssig zu sagen, daß Inge Vietts Haltung zur DDR keine unkritische ist. Aber ihrer Kritik ungeachtet steht sie zur sozialistischen Tradition und Geschichte, und zwar so aufrecht, klar und kompromißlos, wie man es sich von manchem Linken, für den die DDR nicht bloß Exil, sondern von Kind auf prägendes Lebensumfeld war, wünschen könnte.

Immer wiederkehrendes Thema der Briefe ist das Ringen um Selbstbehauptung und moralische und politische Integrität in einer Zeit, in der jegliche Orientierungspunkte zu verschwimmen drohen und der vorläufige Weltsieg des Kapitals dem kommunistischen Denken den Boden unter den Füßen wegzuziehen scheint. Dieses Ringen hat für Inge Viett neben der inhaltlich-weltanschaulichen eine unmittelbar persönliche Komponente. Es geht darum, sich trotz der allgegenwärtigen Repression eines zermürbenden Gefängnisalltags nicht aufzugeben und überdies einen Prozeß durchzustehen, in dem »über meine konkreten Fehler und Irrtümer... dieser (der sozialistische) Hintergrund meiner Lebenspraxis abgewickelt werden (soll), dargestellt als Verirrung, Absurdität, als kriminelle Entgleisung«.

Inge Viett leugnet nicht ihre »Ratlosigkeit« über viele Fragen des Heute und Morgen, die die meisten Linken mit ihr teilen dürften. An keiner Stelle mimt sie plakative Stärke. Die Briefe zeigen uns vielmehr eine überaus sensible, mit Unsicherheit, existentiellen Zweifeln und Selbstzweifeln kämpfende Frau. Daß sie in diesem Kampf dennoch nie unterliegt, verdankt sie gewiß nicht zuletzt ihrer Überzeugung: »Jeder Zustand trägt die Gnade der Endlichkeit in sich, darum haben wir immer wieder eine Chance. Nur aufgeben dürfen wir nicht.«

Konkret 10/96, S. 53

Georg Fülberth

Buch & Deckel

Jürgen Kuczynski: Vom Zickzack der Geschichte. Letzte Gedanken zu Wirtschaft und Kultur seit der Antike. PapyRossa Verlag, Köln 1996, 180 Seiten, 28 Mark

Jürgen Kuczynski gruppiert die Texte dieses Buchs um eine Überlegung, welche er seit einigen Jahren stark betont: Den gegenwärtigen Zustand des Kapitalismus bestimmt er nicht modisch als Postfordismus, sondern als die Tendenz zur Reduzierung dieser Produktionsweise auf ihre rein ökonomischen Funktionen, unter Abstreifung früherer zivilisatorischer Leistungen.

Das, was übrigbleibt, nennt er »Barbarei«, womit er vielleicht ein bißchen hart über die armen Barbaren urteilt. Versteht man darunter – wie die alten Griechen und Römer – die außerhalb des dominanten Kulturkreises Stehenden, dann gehörten dazu ja auch die angeblichen Wilden, also Bewohner/innen von Urgemeinschaften, mithin Kommunisten. Der Verfasser bedient sich hier einer klassischen Begrifflichkeit, die bei solchen Gelegenheiten eben auch zuweilen problematisch war. »Sozialismus oder Barbarei« – so lautete bekanntlich die von Rosa Luxemburg formulierte Alternative. Was bleibt, wenn der Sozialismus entfällt? Eben.

Der aktuelle Kapitalismus, so meint Kuczynski, kann vielleicht vor Kraft kaum gehen, ist im übrigen aber von Sinnen. Einen tatterigen Eindruck dagegen machen diejenigen, welche der Schreckensgestalt nach dem Munde reden, nämlich die Konjunktur-Prognostiker. Kuczynski verabschiedet sich von einer Tätigkeit, die er selbst jahrzehntelang ausübte, die aber jetzt keine Grundlage mehr habe: Ein Kapitalismus im Delirium könne nicht berechnet werden. Der vielgebrauchte Begriff des Bruttosozialprodukts zum Beispiel sei der reine Schwindel.

Der Blick zurück vom ökonomisch starken, ansonsten aber heruntergekommenen Kapitalismus auf frühere Formen dieser Ordnung ist häufig fast begeistert. Von der italienischen Renaissance bis zu Shakespeare nimmt Kuczynski kulturelle Leistungen der bürgerlichen Klasse wahr, die diese, als sie selbst entweder noch gar nicht (Großbritannien) oder nur zwischenzeitlich (Florenz) am Ruder war, sogar dem Feudalismus aufgeprägt habe. Der Monopolkapitalismus, dem Lenin vorschnell Fäulnis attestiert habe, sei noch lange nicht das Ende gewesen, denn er habe seine Vitalität dadurch bewiesen, daß er dazu imstande gewesen sei, sich selbst in ein oligopolistisches Stadium hinüberzuretten.

Das Buch *Vom Zickzack der Geschichte* enthält wieder – wie frühere Arbeiten Kuczynskis – auch autobiographische Bemerkungen. Auf Seite 146 erwähnt er kurz sein »Verhör durch die Gestapo in der Prinz-Albrecht-Straße«. Erstmals hat er sich 1995 dazu geäußert, aber auch damals nur knapp. Meines Wissens findet sich in seinen früheren Publikationen dazu überhaupt nichts. So zeigt sich, daß selbst der Verfasser von mittlerweile drei Bänden Memoiren noch einen erstaunlich breiten zusätzlichen Fundus hat. Allerdings will er ihn in Zukunft anders nutzen. Im Vorwort schreibt er, dies sei sein letztes Buch. »Von jetzt an bin ich nur noch Journalist, der regelmäßig für mehrere linke Zeitungen schreibt.« Erfreuen wir uns also künftig an seinen lesenswerten allwöchentlichen Wirtschaftskolumnen in der Tageszeitung »junge Welt«.

Konkret 10/96, S. 53

Christian Schmidt

Buch & Deckel

Anonymus: Mit aller Macht. Primary Colors. List Verlag, München 1996, 480 Seiten, 44 Mark

Wußten Sie schon: Politiker sind auch nur Menschen, und die sind schwach und unmoralisch! Politik ist ein Geschäft, das nur der richtig betreibt, der auch vor schmutzigen Tricks nicht zurückschreckt! Das ist Ihnen alles neu? Dann ist *Mit aller Macht* genau das richtige Buch für Sie. Es wird Sie schockieren.

Jack Stanton hat nämlich »in seinem Leben schon ein paar Riesendummheiten begangen. Er hat seinen Schniedel schon in weiß Gott nicht was gesteckt«, und dies ist nur ein Umstand von vielen, der ihm als Bewerber um die Präsidentschaftskandidatur der Demokraten zum Verhängnis zu werden droht. Um das abzuwenden, betreibt sein Wahlkampfteam »Oppo« für ihn: »Oppo ist der Urimpuls, der Grundstock aller Strategie und Taktik, die älteste und schändlichste Übung, die mit dem Willen zur Macht einhergeht. Es ist das A und O des Handwerks, das finsterste Werkzeug, das unausweichliche Ziel; darauf läuft im Endeffekt alles hinaus. Es kann widerwillig oder genüßlich betrieben werden, aber betrieben wird es immer.« Oppo heißt Opponentendiffamierung, und die ist natürlich schwer gemein. Dabei war der Kandidat einmal als richtig guter Linker angetreten, hatte gegen Rassendiskriminierung und Vietnamkrieg gekämpft; sogar festgenommen hatte man ihn, 1968, am Rande der Krawalle anläßlich des berühmten Parteitages der Demokraten in Chicago. Damals war er noch ein vehementer Gegner von schmutzigen Tricks: »Unsere Aufgabe ist es, mit so was SCHLUSS zu machen. Wenn wir das tun, gewinnen wir – weil unsere Ideen die besseren sind.« »Wir« hatten nicht gewonnen, und Stanton und seine Freunde hatten beschlossen, dann eben auch – für die gute Sache, versteht sich – fiese Kerle zu werden.

All das kennen Sie im Prinzip schon von grünen Delegiertenkonferenzen? Aber Sie möchten gerne noch dazulernen? Auch dann ist Ihnen dieses Buch zu empfehlen. Aber versprechen Sie sich nicht zuviel Vergnügen davon. Zwar wird der Roman einigermaßen glatt und schnodderig runtererzählt, ziemlich professionell hangelt sich der Autor von Cliffhanger zu Cliffhanger, aber dazwischen zieht es sich dann doch. Auch die viel zu vielen und allzu puren Dialogpassagen nerven und lesen sich so spannend wie ein SPD-Strategiepapier. Dafür entschädigen ab und zu gut beobachtete Details, etwa wenn Stanton bescheinigt wird, eine seiner Fähigkeiten sei das »aggressivste Zuhören, das die Welt je gesehen hat«.

Aber bekanntlich hat sich das Buch in den USA nicht deshalb über eine Million Mal verkauft. Auch wenn der Autor betont, daß es sich bei *Mit aller Macht* um einen Roman handelt, in dem »sämtliche Ereignisse frei erfunden sind«, so weiß nun mittlerweile auch bei uns der letzte »Spiegel«-Leser, daß es sich bei Jack Stanton um Bill Clinton handeln soll; schon bei der Namensgebung winkt ja Anonymus, der mittlerweile ganz banal Joe Klein heißt, mit dem Zaunpfahl. Und so wird das Buch wohl nur deshalb verschlungen, weil man hinter den Erfindungen heiße und gemeine Enthüllungen wittert. Da wundert es zunächst um so mehr, daß der Präsident selbst, wie man in der Verlagswerbung liest, von dem Buch begeistert sein soll.

Bei genauerem Hinlesen versteht man allerdings, was Clinton daran gefällt. Es wird nämlich gar nichts enthüllt, was man nicht sowieso schon weiß. Dafür wird zum Schluß ganz klar, daß es auch für den Autor keine Alternative zu Stanton gibt, genausowenig wie zur amerikanischen Demokratie, die im Grunde doch prima funktioniert und immer funktionieren wird. Stanton ist der beste aller möglichen Kandidaten, auch wenn er lügt und betrügt, und das Buch bloß ein Plädoyer dafür, etwas netter, nachsichtiger und anständiger miteinander umzugehen. Aber auch das sind Formalien. Worauf es wirklich ankommt, ist nicht »moralische Vollkommenheit«, es sind »Führungsqualitäten«, kombiniert mit ein paar mehr oder weniger originellen politischen Ideen. Damit, so läßt Anonymus alias Klein seinen Kandidaten sprechen, kann man »das ganze Land verändern«. Man wird den Eindruck nicht los, daß auch der Autor von diesem offensichtlichen Unsinn überzeugt ist.

Wenn Sie also weder politisch unbedarft noch Delegierter noch US-Präsident sind, dann lassen Sie doch das Buch, das man mit aller Macht verkaufen will, ruhig in der Buchhandlung liegen. An potentiellen Käufern herrscht nun wahrhaftig kein Mangel.

Konkret 10/96, S. 54

Michael Scharang

Das offene Geheimnis des Schreibens

Eine Serenade für Edwin Hartl, den letzten in Wien lebenden Autor aus dem Kreis um Karl Kraus

Das Selbstverständliche ist nicht selbstverständlich, es ist eine kostbare Ausnahme. Edwin Hartl ist diese Ausnahme. Er schreibt, und, unglaublich in dieser Stadt, in Wien, und, unfaßbar in dieser Ära, der sprachgewalttätigen, er schreibt nicht nur, er kann auch schreiben. Im übrigen neige ich zu der Auffassung – ohne sie bereits zu teilen – , vor dem Unfaßbaren, daß jemand schreibt und das tatsächlich kann, stehe man überall auf der Welt und zu allen Zeiten fassungslos.

Ich kenne Edwin Hartl seit dreißig Jahren. Da er, was er zu geben hat, den Texten gibt, steht in seinen Schriften so viel, daß ich nie anstand zu behaupten, Hartl gut zu kennen, obwohl ich ihm nie begegnet bin und ich über die Privatperson nichts weiß. Dieser Tage sagte mir jemand, Edwin Hartl werde neunzig. Da dieser Autor mir in Gestalt seiner Arbeit gegenwärtig und diese Gestalt jugendfrisch ist, wirkte die Nachricht über das hohe Alter wie Besserwisserei.

Über Kunst zu schreiben ist eine Kunst. Der Kritiker, der diesem Anspruch nicht gerecht wird, ist so jämmerlich wie der Künstler, dessen Vermögen für ein Kunstwerk nicht zulangt. Diese Einsicht ist den literaturkritischen Arbeiten Edwin Hartls eingeschrieben; man braucht sie nur herauszulesen, will man wissen, warum dieser Autor in der Literaturkritik seinesgleichen nicht hat. Hartl vermag sich so in einen Text zu versenken, daß das eigene, interpretierende Wort davon getränkt ist. Dieses Wort kann dann frei, selbstbewußt und kritisch dem Text gegenübertreten und fällt nicht simplifizierend, vorurteilsvoll und nacherzählend über ihn her.

Hartls Kritiken, Essays, Glossen wollen dem Gegenstand, sie wollen nicht sich selbst nützen, indem sie sich wichtigtuerisch als Kritik, als Essay, als Glosse ausstellen. Folglich ist Hartl für geistige Ordnungskräfte schwer einzuordnen. Was ihn für sie vollends unbegreiflich macht: daß er, wenn er über Texte anderer spricht, strikt auf die Qualität des eigenen Textes achtet. So allerdings vermittelt der Autor die Qualität des zu interpretierenden Werks adäquat. Deshalb zählt Hartls Arbeit zum Besten, was man in deutschsprachiger Prosa findet. Und von jenen österreichischen Autoren, denen man nachsagt, sie stünden unmittelbar unter dem Einfluß von Karl Kraus, ist Hartl der einzige, der Kraus gerecht wird, indem er die Arbeit mit der Sprache ernst nimmt, und der nicht wie die Wiener Nachkriegs-Feuilletonisten Kraus-Sprüche klopft, um, den Meister verkleinernd, ihn sich ähnlich zu machen.

Ich habe viel von Hartl gelernt, davon vieles früh aufgeschnappt, aber erst spät begriffen. So hielt ich jahrzehntelang das Heer jener Schreibenden, die Geschriebenes zum Zwecke der Veröffentlichung produzieren, doch nicht einmal das Handwerk beherrschen, für unbeschreiblich dumm. Zu beschreiben, wie diese Dummheit sich schriftlich äußert, war mir ein unbeschreibbares Vergnügen.

Heute, da ich Hartl besser zu verstehen meine als vor dreißig Jahren, sehe ich die Sache anders: schärfer. Dummheit scheint mir ein falsches, weil ein verharmlosendes Wort dafür zu sein, was sich in der Öffentlichkeit sprachlich ereignet. Sprachkritik ist nicht Kritik am Sprachgebrauch; sie bedient sich letzterer als einer Sonde, mit der sie ins Innerste der Gesellschaft dringt.

Zu naiv auch war meine Vorstellung, es wäre viel getan, beherrschten die Schreibenden wenigstens ihr Handwerk. Gewiß, es gibt ein solches Handwerk, doch selbst wenn man es beherrscht, garantiert das keinen lesenswerten Text. Denn das Handwerk ist kein abgeschlossenes Regelwerk, es ist ein Wissen, das mit jedem Satz, den man schreibt, sich verändert und erweitert. Mit einem Wort: Das Schreiben auch nur eines Worts bedarf neben Wissen und Können geistiger Anstrengung und seelischer Anspannung. Allein solche Energie aufzubringen, macht einen guten Teil dessen aus, was Begabung heißt. Diese besteht in Hingabe: an die Sache, damit sie zur Sprache wird, an die Sprache, damit sie sich in der Sache verliert.

Dem Talent hingegen, verstehe ich Hartl richtig, liegt an dem Eindruck, es könnte ja, wenn es nur wollte. Genau das ist die Grenze des Talents. Es bringt niemals den Willen auf, eine exzellente Zeile zu produzieren. Innerhalb der erdrückenden schreibenden Mehrheit, die gedruckt wird, weil der Druck der lesenden Mehrheit den Druck unlesbaren Zeugs erzwingt, sind die Talente die Falschmünzer: Plauderer meist, die die Rhetorik des Geschwätzes zur Manier impressionistischen Schreibens machen; oder aber Grübler, die mit der Rhetorik des Tiefsinns ihr vielsagendes Schweigen brechen, indem sie den Aufschrei expressionistisch aufschreiben.

Ich hätte Hartl mißverstanden, klänge, was ich gesagt habe, wie das Dakapo meiner früheren Attacken gegen den Journalismus und meines Lobes auf die Literatur. Attacken wie Lob werden in einzelnen Fällen ihre Berechtigung gehabt haben. Im allgemeinen läßt sich heute eine Trennlinie zwischen Journalismus, dem chronischen Sprachübel, und Literatur, dem angeblich chronischen Widerstand dagegen, nicht mehr ziehen. Der Journalismus ist so tief in die Literatur eingedrungen, daß eine auf den Journalismus gekommene Literaturkritik die Meinung einpeitschen kann, was sie als Literatur propagiere, habe auch mit Literatur zu tun. Und Reklame schreckt nicht davor zurück, Literatur, die sich für Reklame eignet, als Weltliteratur auszurufen. Es bedarf nicht eines vorgeblich hohen Maßstabs, es genügt der

unvoreingenommene Blick, damit das Gebirge Literatur und der Berg Weltliteratur in ihrer wahren Größe erscheinen: als sanfte, einladende Hügel. Jenes Gebirge wie auch jener Berg sind Erfindungen einer scheinheiligen Kritik, die einem dankbaren Publikum abrät, sich auf einen steilen Weg zu machen, den es gar nicht gibt.

Der unvoreingenommene Blick ist unbestechlich. Er läßt sich nicht imponieren von der pompösen Passage, jener Jausenstation für Diagonalleser und Rezensenten, er hält Ausschau nach dem treffenden Wort, dem gelungenen Wortzusammenhang, dem geglückten Satz; nach jenem Selbstverständlichen, das man erwartet, auch wenn man es selten bekommt, und das in der Prosa, in jeder Prosa, nicht nur in der literarischen, nicht weiter vom Genialen entfernt ist als der Atemhauch vom atmenden Leib.

Der Blick auf die Gattung, so unterweisen einen Hartls Schriften, ist bereits voreingenommen. Er ist merkwürdig entschuldigend. Schlechte Prosa? Es handle sich ja um einen Roman. – Unlesbar? Das sei eben ein Essay. – Undiskutabel? Was wolle man mehr von einem Artikel. Dieses entschuldigende Gerede ist ebenso beliebig wie dessen Kehrseite, die schulmeisternde Forderung, wie Romanprosa, wie die Sprache des Essays, wie ein Artikel zu sein habe.

Ob Prosa taugt, hat mit der Gattung nichts zu tun. Bemerkenswerte Prosa findet sich in Erzählungen nicht häufiger als in Aufsätzen, sie ist in der Belletristik ebenso rar wie in der wissenschaftlichen und philosophischen Literatur, andererseits findet sie sich nicht selten, wo sie nicht gesucht wird, in Glossen, Notizen, Briefen, Tagebüchern, Abhandlungen. Was gelungene Prosa ist, läßt sich, da es schwer ist, sie zu schreiben, nicht leicht sagen.

Jedenfalls muß man, wenn Hartl recht hat, die nicht ungefährliche Halbwahrheit hinter sich lassen, ein Satz sei gelungen, wenn, was man im Kopf hat, hinreichend zu Papier gebracht ist. Das reicht nicht hin. Denn was erstmals geschrieben steht, hat ein absolut eigenes und damit ein anderes gedankliches und ästhetisches Gewicht als der gedankliche Entwurf. Das Produkt auf dem Papier wird, ebenfalls zum erstenmal, vom Kopf überprüft und erzeugt dort neue gedankliche und ästhetische Vorstellungen. Die Folge ist die Erstkorrektur der Erstfassung. Von nun an muß der Autor sich der Dynamik des Schreibprozesses anvertrauen.

Keine Routine verbürgt, daß der jeweilige Satz schon mit dem zehnten Anlauf gelingt. Insistiert der Autor auf dem kargen Vorhaben, dessentwegen er sich an den Schreibtisch gesetzt hat, und bricht er die Reise ins Ungewisse ab, zu der der Gestaltungsprozeß drängt, ist es um die Arbeit geschehen. Anstatt reich geworden zu sein an Schönheit und Gehalt, steht der Text ärmlich da als Information, als etwas, das jeder erwartet, jeder kennt; und das niemanden, sofern er noch einen Funken Geist hat, interessiert.

Das Wort dafür, sich dem Schreib- und Gestaltungsprozeß zu überlassen, ist Inspiration. Der Kopf inspiriert zum Wort, dieses inspiriert den Kopf zur nächsten Inspiration. Nie kann man durch Nachdenken allein feststellen, ob ein Gedanke etwas taugt. Zur Überprüfung bedarf es der schriftlichen, somit der ästhetischen Gestalt des Gedankens. Nicht selten bringt einem dieses ästhetische Bemühen einen glänzenden Satz ein, in dem ein Gedanke funkelt, von dem man völlig überrascht ist. Andererseits läßt ein Satz, mit dem man unzufrieden ist, sich nicht durch stilistisches Tüfteln retten. Der Kopf muß prüfen, ob der matte Satz nicht deshalb nicht besser wird, weil schon der Gedanke, der ihm zugrund lag, dürftig war.

Inspiration ist ein ungeliebtes, wenn nicht verhaßtes Wort, weil es für etwas steht, wofür angeblich Zeit und Muße fehlen. Auf der Frage zu bestehen, warum Berufsschreiber schreiben, da ihnen neben allem anderen sogar die Zeit fehlt, würde erklären helfen, warum einem soviel Gedrucktes derart lieblos und unbeteiligt aus Worthöhlen entgegenstarrt. Dieser bösartigen, aggressiven Geistlosigkeit steht Hartls Arbeit gelassen entgegen als eine menschengemäße Freundlichkeit, die auf Witz und Intelligenz setzt, und als eine Hoffnung, die es nicht nötig hat, den Menschen unnötig Hoffnung zu machen.

Michael Scharang veröffentlichte in KONKRET 4/96 seine Rede zur Verleihung des Würdigungspreises der Republik Österreich

Konkret 10/96, S. 56

Günther Jacob

Melodie & Rhythmus

A.N.T.I.: Ostpower; Vertrieb: Mike Weikamm, Priesterstr. 22, 08289 Schneeberg

Daß HipHop in Deutschland zur Berufungsinstanz bei der Verbreitung hierarchischer und autoritärer Werte und schließlich von nationalistischen bzw. »ethnischen« Sprachregelungen und Praxen werden würde, war vorauszusehen. Die positive Bezugnahme auf »Rasse«, »Nation« und »Familie«, die Idealisierung von »survival«, »streetculture«, charismatischen männlichen Helden und Körperkult, die ungewöhnliche Kombination von Befreiungsrhetorik und dem offensichtlichen Einverständnis mit den kapitalistischen Verhältnissen – all das existiert zweifellos als starke Strömung im HipHop. Dafür, daß der »Ethno-Beat« des US-amerikanischen HipHop, der dort immerhin auch noch eine antirassistische Dimension besitzt, nach dem Import in die BRD schnell synchron zum Takt ganz anderer nationalistischer Diskurse pocht, können jedoch nicht die US-amerikanischen Rapper und Rapper verantwortlich gemacht werden.

Seit geraumer Zeit läßt sich beobachten, wie sich durch Bezugnahme auf die mit dem HipHop verbundene »Minderheitenproblematik« (Spiegel), auf die damit einhergehende Survival-Rhetorik sowie auf ein spezielles Risiko-Design (Kapuzenpullies, Allround-Sportschuhe, »Patrol«-Jeeps etc. künden von der Mobilmachung für »härtere Zeiten«) auch eine »ostdeutsche Identität« begründen läßt. Nachdem im Westen der BRD popsubkulturelle Szenen bereits seit einigen Jahren auf verschiedene Weise die Notwendigkeit »einer Art Afrozentrismus der Jugendkultur« erörtern, problematisieren auch junge Leute, die in der DDR aufgewachsen sind, immer häufiger ihre »Ostidentität« anhand einer rigorosen Parallelisierung ihrer Lage mit der der »Schwarzenbewegung«: »Uns verbindet, daß wir geringere Chancen haben. Viel stärker wird es so den Schwarzen in der USA gehen«, gaben z.B. 1994 linke Studenten einer Zeitschrift zu Protokoll.

Aus ihrer Beschäftigung mit HipHop und der Identitätspolitik von US-amerikanischen »Minderheiten« ziehen solche Szenen, unterstützt u.a. vom »Spiegel«, der den »spielerischen Nationalismus« von »Subkulturen« lobt, heute den fatalen Schluß, daß auch sie dringend lokale, regionale oder nationale Identität benötigen. Das popkulturelle Streben nach dem Signet der Unverwechselbarkeit wird einfach um ethnopluralistische und offen nationalistische Momente erweitert und führt damit unversehens immer tiefer in eine Gesellschaft hinein, in der die Ethnisierung des Sozialen zur wichtigsten Vergemeinschaftungsform geworden ist.

In dem Anfang des Jahres erschienenen Band 38 des Deutsch-Englischen Jahrbuches *Gulliver* zum Thema »Rap« nahm die Redaktion einen Beitrag von Thomas Fuchs aus Magdeburg auf, in dem unter dem Titel »Deutsche HipHop-Kultur zwischen den Mauerresten« die »HipHop-Kultur« dafür gefeiert wird, daß sie nicht nur die »Akzeptanz von fremden Kulturen an sich« fördert, sondern ganz speziell »die Kluft zwischen West- und Ostdeutschen mit Hilfe einer _germanisierten Subkultur überwinden« hilft. Während ganz nebenbei der afroamerikanischen Rap-Gruppe A Tribe Called Quest vorgeworfen wird, »gegenüber Deutschen eine ethnische Arroganz aus(zu)strahlen«, und »speziell den Türken« mit ihrem »Ghetto-Hintergrund« ein fast natürliches Verhältnis zu HipHop nachgesagt wird, kommt der Autor zur Sache: Deutscher Sprechgesang, so der emphatische Schlußsatz, hilft Ossis und Wessis, »die Mauer zwischen ihnen einzureißen, um gemeinsam durch die HipHop-Kultur ein anderes Verständnis auch von Deutschland zu entwickeln.«

Gerade mal ein halbes Jahr danach tritt nun die Rap-Gruppe A.N.T.I. mit einem 96er-Remix von »Wir sind ein Volk« an. Die Band aus Schneeberg ist seit sechs Jahren aktiv, was ihren Breaks und Loops übrigens nicht anzumerken ist, und bringt ihre Kritik am Ausbleiben des flotten kapitalistischen Lebens ganz radikal auf den Punkt: Die Ossis stehen auf einer Stufe mit den »Asylanten« – und das im eigenen Land! Was diese Wahnsinnskritik noch schrecklicher macht, ist, daß sofort deutlich wird, daß einem hier wahrhaftige *oral history* begegnet. Man weiß sofort, wie diese Gedanken in die Köpfe dieser jungen Leute gekommen sind: Sie haben einfach dem »Volk« aufs Maul geschaut, vielleicht auch mal ins PDS-Programm, und das haben sie unzensiert durch die klappernde Reimmaschine gejagt.

Ihr habt was gegen mich

dann sagts mir ins Gesicht

aber wundert euch nicht

wenn ihr eines in die Fresse kriegt

denn ich bin ein Ossi

und sag es laut heraus

mit euch Scheißwichsern

nehm ichs allemal auf

Maul auf – Scheiße raus
das ist euer Stil
ihr habt zwar keine Ahnung
aber reden tut ihr viel
doch eure Zeit ist abgelaufen
bevor sie richtig begann
ihr werdet in eurer eigenen Scheiße ersaufen
verrecken, Mann, denn jetzt kommt
Power aus dem Osten
und ihr steht dabei auf verlorenen Posten
außer Haßparolen
habt ihr nichts mehr zu sagen
an eurer Stelle
würd ich mich nicht mehr in Osten wagen
ihr beschimpft alle Ossis als dumm und Faschisten
und was seid ihr: fanatische Rassisten
...
Stolz, Deutscher zu sein, ist die Frage
es fragt sich nur wie ich es vertrage.
Als Mensch zweiter Klasse im eigenen Land
sind wir Ossis im Ausland bekannt.
Wir sind Menschen zweiter Klasse
im eigenen Land
Menschen zweiter Klasse.

Mensch aus dem Osten
du bist so arm
die Wessis werden mit uns Ossis nicht warm.
Auf einer Stufe mit den Asylanten
wo sind sie hin, unsere deutschen Verwandten.
Als sie zahlen sollten
kratzten sie die Kurve.
Sie ließen uns zurück auf der untersten Stufe.
Da sitzen wir noch heute
und sind der letzte Dreck.
Ostnigger
heißen wir am Stück.
Die Farbe unserer Haut ist zwar weiß
doch in Deutschland sind wir der letzte Scheiß.
Refrain:
Nicht anerkannt, fremd im eigenen Land
kein Ausländer, und doch ein Fremder

Die aus der Perspektive der peripheren Region vorgetragene Klage »Die Wessis verstehen uns nicht« ist nur eine zeitgemäße Umformulierung von »Wir sind ein Volk«. Sie versucht, die Westler (im Zentrum) an ihrem eigenen Nationalismus zu packen und zum Dementi zu veranlassen, und am Ende betonen alle einhellig, gute Deutsche zu sein.

Konkret 10/96, S. 56

René Martens

Melodie & Rhythmus

This Heat: Made Available; Manifatture Criminali/Indigo

»Ich höre mir keine alten Platten an, ich interessiere mich ja auch nicht für die Zeitungen von gestern«, sagt John Peel. Der legendäre britische Radio-DJ geht mittlerweile auf die 60 zu, kann also nicht als Beweis für die weit verbreitete These herhalten, daß sich Menschen über 25 nicht mehr für neue Musik interessieren. In diesem Monat macht Peel eine Ausnahme, denn gerade ist eine Platte mit fast 20 Jahre alten Aufnahmen von This Heat erschienen. Und die kann man sich anhören, ohne der Nostalgie oder sonstiger Weltfremdheit verdächtigt zu werden.

In erster Linie dürfte sich Peel für »Made Available« interessieren, weil die Stücke 1977 für seine Sendung auf BBC eingespielt worden. This Heat untermauern hier den Ruf als eine der innovativsten Bands der 70er Jahre. Es mutet im nachhinein sensationell an, daß 1977 solche Musik gemacht wurde: Zweieinhalb Jahre bevor ihre legendäre erste LP erschien – in einer Zeit also, als schnörkelloser Punkrock regierte und an experimentellen New Wave kaum zu denken war – ignorierte diese Gruppe bereits alle Regeln der Kunst, besser gesagt: den üblichen Umgang mit Melodien und Harmonien.

»Made Available« steht für unberechenbare Rockmusik, sie ist mal geprägt von collagenhaften und mal von improvisierten Phasen. Als revolutionär gilt heute ihr hier schon praktizierter Umgang mit Tapes. Der Ambient-Musiker Mixmaster Morris zum Beispiel lobt, daß This Heat sie bereits wie Samples in ihre Musik integriert hätten, bevor die Sampling-Technik überhaupt verbreitet war.

Drei Stücke, die schon im Rahmen der Peel-Sessions zu hören waren, sollte man später auf der ersten Platte wiederfinden, darunter auch »The Fall Of Saigon«, der bekannteste Song des Trios. Bemerkenswert: die Version auf »Made Available« ist kraftvoller und radikaler.Wer This Heat heute wieder hört, wird vermutlich ebenso verblüfft sein wie beim ersten Mal. Vielleicht hört man sie demnächst ja sogar in der Sendung jenes alten Mannes, der auf alte Musik sonst aus guten Gründen verzichtet.

Konkret 10/96, S. 56

Lola Rodriguez

Melodie & Rhythmus

Carlo Buti: Firenze; More Record/Disco Piu, Milano

Wer einen, der nicht singen kann, darum bittet, mit dem Singen aufzuhören, verlangt Unmögliches. Wer nicht singen kann, kann auch nicht damit aufhören; er singt nicht, er macht unschöne Geräusche. Es gibt eine Menge Leute, die das tun, viele davon befinden sich in der eigenen Verwandtschaft, z.B. Tanten, die mit den furchtbaren Lauten, die sie zu Schlafliedertexten abgeben, Kinder zum Weinen bringen.

Seltsamerweise sind andere mit solchen Lauten reich geworden – wie die drei Tenöre Pavarotti, Carreras und wie hieß noch der dritte? Wofür Vati geknebelt wird, werden die drei mit rasendem Beifall und Tränen der Rührung belohnt. Warum wird Omas Summen verschmäht, während die drei lauten Klopse sich vor Fanpost kaum retten können? Liegt es daran, daß wir Verwandte an sich nicht mögen? Oder daß die drei Tenöre lautere Geräusche machen? Daß sie den ganzen Text von »O sole mio« kennen? Daß sie von einem richtigen Orchester begleitet werden? Oder an ihrer Korpulenz? Oder an allem ein bißchen?

An ihren Stimmen kann es nicht liegen, denn die sind ein ziemliches Geplärr mit einigen extrem falschen Tönen, in gleichbleibender, betäubender Lautstärke rausgebrüllt, als wären sie in einer Schreitherapie, wenn es sowas gibt. Und was immer die drei gerade tröten, alles klingt wie »O sole mio«, gesetzt für Boxer, gestreifte Katze und Walroß. Ihr Repertoire besteht aus einfallslosen Gassenhauern, die, durch opulente Orchesterarrangements ihrer holden Sinnlosigkeit beraubt, bloß noch nerven.

Es gibt reizende Gassenhauer, vor allem italienische. Sinnlos, aber reizend. Einer klingt wie der andere, und doch bekommt man sie nicht über. Gesungen von einem Sänger wie Carlo Buti mit seiner leichten, leisen, weichen, sanften, dünnen Stimme, begleitet von einer Straßenkapelle oder einem verstimmten Klavier, liegt in ihnen ganz Italien (oder das, was ich mir eben so unter Italien vorstelle). Buti ist ein erstaunliches Phänomen: Er ist Tenor und singt trotzdem. Singen heißt Musik machen, und Musik, sagt Karl Moik, ist die Sprache des Herzens. Wenn also Quasimodo unten ein Liedchen trällert und das Mädchen sich vom Balkon in seine Arme stürzt, um ihn sofort zu heiraten, dann hat der da unten wohl gesungen. Das schaffen eigentlich nur Baritone. Buti ist nur Tenor und kann es trotzdem. Er gibt dem Wort Tenor eine Bedeutung, die etwas mit Musik zu tun hat.

Konkret 10/96, S. 58

Stefan Ripplinger

Funktionär des Gegebenen

Mit seiner kaum mehr zu überschauenden publizistischen Tätigkeit verfolgt der Sozialwissenschaftler Niklas Luhmann vor allem ein Ziel: die Austreibung der Gesellschaft aus der Soziologie

Linke Kritik, sofern sie nicht in Kommunismus ausartete, kostete nicht viel in der alten Bundesrepublik. Sie war chic zu Zeiten, zu anderen immerhin geduldet; manche machten sie zu ihrem Beruf. Das sind diejenigen, die um 1989, als ihre Kritik nicht mehr gewünscht war, unter ihr zu leiden begannen, und sie, als sie störte, als störend, rituell, naiv, nörglerisch empfanden. Einen Stichwortgeber haben diese Kritiker der Kritik in einem ehemaligen Verwaltungsbeamten, dem Soziologen und Noelle-Neumann-Verehrer Niklas Luhmann.

Nun wäre eine Kritik der Kritik auch wieder Kritik, aber das soll nicht Luhmanns Geschäft sein: Seine »Systemtheorie«, eine »Beobachtung zweiter Ordnung«, »sieht von Kritik ab« (*Die Kunst der Gesellschaft*, Ffm. 1995, 2. Aufl. 1996). Immerhin bleibe nach der Kritik »genug zu tun, wenn es darum geht, ausfindig zu machen, woran es fehlt – in der Metaphysik oder bei der Müllabfuhr«. Für die Müllabfuhr der Systemtheorie ist freilich nicht gesorgt. Wie seine »operativ geschlossenen« Systeme muß man sich Luhmanns Systemtheorie als eine geschlossene Anstalt vorstellen. Was darin ist, kommt nicht wieder heraus. Wer sich hineinbegibt, kommt darin um.

Diese Art des intellektuellen Suizids, das systemische Nirwana, erfreut sich seit einigen Jahren größter Beliebtheit gerade unter den Renegaten der »sozialen Bewegungen«. Die sozialen Bewegungen sind nämlich für Luhmann bloß »Fehler« (wenn er auch – bezeichnenderweise – für die ökologische Bewegung eine gewisse Sympathie hegt), bestenfalls dazu geeignet, eine hin und wieder nützliche »Beunruhigung« der Gesellschaft auszulösen. Dem wäre zuzustimmen, wenn dieses Verdikt nicht jegliche Kritik und jeglichen Protest umfaßte. Mit dem Pseudo-Protest soll auch der Protest erledigt sein. Den Sammelband *Protest* (Ffm. 1996), in dem Luhmann erklärt, warum jeder Widerstand zwecklos sei, hält die ehemalige Protestler-Zeitung »Taz« für das »Buch des Jahres«.

In ihrer von luhmännischen Figuren durchsetzten Anti-Goldhagen-Polemik lobt »Taz«-Redakteurin Mariam Niroumand die Erforscher der »Funktionssysteme« Nazideutschlands; wenn aber (von deutschen Publizisten) die Grausamkeit dieser »Funktionssysteme« beim Namen genannt wird, kann es sich dabei nur um eine »zur Flagellanten-Geste verkommene Selbstbezichtigungsrhetorik« handeln, »der die komplexen Ergebnisse der traditionellen Antisemitismusforschung aus Berlin, Hamburg, Frankfurt zu dürr, zu kühl, zu soziologisch, zu *systemisch* und temporär sind« (»Taz« 13./14.4.; Hervorhebung im Original). Diese Polemik ist hier und da scharf kritisiert worden, aber wird ihre »reaktionäre Stoßrichtung« (»Mittelweg 36«, 4/1996) wirklich erkannt? Ihr Argument ergänzte Niroumand im »Presseclub« (ARD, 11.8.) mit dem Hinweis auf die schätzenswerte »Normalität« des postnazistischen Staates, dessen Oberhaupt keiner werden könne, der sich »in Auschwitz daneben benimmt«.

Die Normalität eines Landes, dessen Exponenten wissen, was sich gehört, während Ausländer, die nicht abgeschoben werden konnten, in ihren Unterkünften verbrennen, die Normalität eines Systems, in dem die entscheidende Frage, ob »eine menschenfreundliche Komponente mitfinanziert« (Luhmann) werden kann, offen verneint wird, hätte früher selbst bekennende Opportunisten nicht sonderlich begeistert. Nun soll diese Normalität selbst als eine große Errungenschaft gelten, und die Lobsänger des Systems finden Bestätigung in einer Theorie, die das »Normale für unwahrscheinlich« erklärt – bei einem Theoretiker, der es für schlimm hält, daß mit Berichten über Verbrechen gegen Asylanten »ein politischer Handlungsdruck erzeugt (werde), der es nicht mehr erlaubt, die Berichte ins Normale zurückzubetten«. Während die Leichen in die Grube gebettet werden, bekümmert es ihn, ob die Berichte über die Morde ins Normale »zurückgebettet« werden können.

Umgekehrt wird das, was ein naiver Beobachter für die ewige Wiederkehr des Gleichen gehalten hätte – das Normale inklusive normaler Gewalt gegen Ausländer – , vom professionellen Beobachter Luhmann als ein besonderes Ereignis, als ein großes Abenteuer gepriesen. Niemand versteht es so gut wie dieser Funktionär des Gegebenen, das Einrennen offener Türen als ein besonderes Wagnis und die Fortexistenz derselben schmutzigen alten deutschen Normalität als einen großen Erfolg zu feiern. Das Normale ist immer der Sieg über die Unordnung. Daß das Chaos noch nicht ausgebrochen ist, fasziniert den Bürger am meisten, und daß es nicht ausbrechen möge, ist der Motor seines Handelns.

So ruhen die Luhmannschen Systeme – anders als die der älteren Kybernetik – nicht in sich, sondern produzieren ständig »Instabilität« und damit »Unsicherheit« und »Beunruhigung«. »Alle Evolution scheint letztlich auf Massierung und Amplifikation von Unsicherheiten zu beruhen«, heißt es in Luhmanns Hauptwerk *Soziale Systeme* (Ffm. 1984). Nicht wie die Systeme entstanden sind – da ist er immer schnell fertig und spricht von »Emergenz« – , interessiert ihn, und auch nicht, wozu sie gut sind, wem sie dienen oder wie man sie kaputtkriegt, sondern warum sie wunderbarerweise funktionieren.

In dichter Folge hat das der System-Soziologe (neben etlichen anderen Arbeiten) in den Einzelstudien *Die Wirtschaft der Gesellschaft* (Ffm. 1988), *Die Wissenschaft der Gesellschaft* (Ffm. 1990), *Das Recht der Gesellschaft* (Ffm. 1993), *Die Kunst der Gesellschaft* und zuletzt in *Die Realität der Massenmedien* (2. erw. Auflage, Opladen 1996) dargelegt, die sich so lesen, als seien sie, aus immer denselben Bausteinen am heimischen Computer zusammengefügt, ohne Prüfung durch ein Lektorat direkt in Satz gegangen. (Das Wort »tendenziell« schreibt er durchgehend »tendentiell«, in *Die Kunst der Gesellschaft* wird noch in der zweiten Auflage der Name des bedeutendsten Künstlers des Jahrhunderts, Marcel Duchamp, falsch buchstabiert.) Der enorme Ausstoß (seine Anhänger haben bis 1992 636 Publikationen Luhmanns gezählt, danach haben sie mit dem Zählen aufgehört) mag darauf hindeuten, daß es sich bei Luhmann um ein »autopoietisches«, selbstgenügsames System handelt, das sich permanent reproduzieren muß, um unwahrscheinliche Normalität herzustellen.

In dieser manischen Selbst-Reproduktion, die die ältere Psychopathologie vielleicht als »zirkuläres Irresein« beschrieben hätte, kommt es für Autor und Leser darauf an, nicht auf Einzelheiten zu achten, wenn das Ganze funktionsfähig gehalten werden soll. Das betrifft selbst elementare Einzelheiten: etwa den Grundbaustein der Systeme, das »Kommunizieren«.

Was er darunter verstehen und vor allem, was er darunter nicht verstehen will, macht seine rezente Studie über Massenmedien deutlich. »Eine Kommunikation kommt nur zustande, wenn jemand sieht, hört, liest – und so weit versteht, daß eine weitere Kommunikation anschließen könnte.« Das klingt banal, ist aber immerhin mehr, als die meisten Medientheorien anzubieten haben. Umso auffälliger, daß die Erkenntnis im weiteren Verlauf der Untersuchung keine Rolle mehr spielt.

Es fängt mit der Abgrenzung des Begriffs »Massenmedien« an. Luhmann will als Massenmedien ausdifferenzierte »Funktionssysteme der modernen Gesellschaft« beschreiben, die sich »zur Verbreitung von Kommunikation technischer Mittel der Vervielfältigung« bedienen und bei denen »kei-ne Interaktion unter Anwesenden zwischen Sender und Empfänger stattfinden kann«. Das entspricht zwar der landläufigen Meinung über Medien, ist aber keine plausible Abgrenzung innerhalb der Luhmannschen Theorie.

Dazu muß man wissen, daß Luhmann seine psychischen oder sozialen Systeme stets als »autopoietische«, d.h. »selbstreferentiell-geschlossene« Einheiten faßt, nämlich als solche, die sich Realität immer aus eigenen Elementen »konstruieren« müssen. Das Außen, die »Umwelt«, spielt stets nur über Vermittlungen, »Kopplungen«, eine Rolle. Eingedenk der Tatsache, daß Kommunikation nur zustande kommt, wenn jemand versteht, was kann es dann für einen Unterschied machen, daß eine Kommunikation *unter Anwesenden* zustande kommt oder nicht? Ist es für eine Luhmannsche Monade von Bedeutung, ob sie mit dem Mann im Kasten oder mit dem an der Tür kommuniziert? Nach einer Weile wird sie ohnehin nicht mehr wissen, wo sie die »Information« her hat, was den Anstoß für ihre Konstruktionen gab. Wozu also diese Grenzziehung? Darauf, daß »Interaktionssysteme ... bestimmbare Grenzen haben«, hat Luhmann im Hauptwerk hingewiesen – sie »schließen alles ein, was als anwesend behandelt werden kann, und können gegebenenfalls unter Anwesenden darüber entscheiden, was als anwesend zu behandeln ist und was nicht«.

Es geht dem Theoretiker offenbar darum, seine Massenmedien von Kommunikationsmedien zu separieren; und das hat seinen guten Grund. Im nächsten Schritt kommt er nämlich auf die »Realität der Massenmedien«, und diese ist keineswegs, wie man nach seinen theoretischen Präliminarien glauben sollte, die Realität, die der Konsument konstruiert, sondern die Massenmedien »produzieren ... die Welt, in der die Individuen sich selber vorfinden«. Damit fügt sich der Systemtheoretiker in den Mainstream zeitgenössischer Medien-Theorie, die Oswald Wiener (»Börsenblatt«, 27.8.) so skizziert hat: »In ihr erscheint das Individuum, seit langem schon eine Monade mit verschwindendem Radius, nur mehr als ein Rasterpunkt, der eigentlich nur existiert, weil er an die ›Medien‹ angeschlossen ist. ... Die vom Zeitgeist evozierte Diskussion über ›Kommunikation‹, ›Medien‹ und ›Information‹ scheint in ihren philosophierten Aspekten Domäne einer mißinformierten Öffentlichkeit zu sein – sie umgeht den wichtigsten Punkt: die Bedingungen des *Verstehens* von Zeichenketten; das heißt, sie nimmt diesen Punkt als unerheblich, oder gar, eben fälschlich, als geklärt hin« (Hervorhebung im Original).

Gewiß, für Luhmann spielen völlig undefinierte »Beobachter« eine Rolle, und »in einem zweiten Sinne« sei die Realität der Massenmedien das, was »für sie oder durch sie für andere als Realität erscheint«, aber eine Bestimmung dieser Perspektive bleibt aus. Ja, die Öffentlichkeit, allein von der ausgehend das Verstehen von Medien-Kommunikation hätte untersucht werden können, ist nichts als die »gesellschaftsinterne Umwelt« des Funktionssystems Massenmedien, das bestimmungs-, zweck- und ziellos in sich kreist.

Diejenigen also, durch deren Beobachten und Verstehen die massenmediale Kommunikation erst gelingen kann, kommen niemals in den Blick. Andernfalls wäre Luhmann mit seiner allzu simplen Definition des Verstehens als einer Projektion von »Sinnerleben oder sinnhaftem Handeln« (*Soziale Systeme*) nicht ausgekommen; es hätte so etwas wie ein Bedürfnis nach Kommunikation, nach Bestätigung von Mustern, es hätte so etwas wie der Zusammenhang von Selbstbestätigung, selektiver Wahrnehmung und medialer Verstärkung, ja – *horribile dictu* – ideologische Reproduktion die schöne System-Welt stören können. All das will Luhmann aber gerade ausschließen. Ziel der Untersuchung ist es, den Verdacht, Medien könnten manipulieren, auszuräumen.

Dazu führt er unter anderem an: »Psychologische Effekte sind viel zu komplex und viel zu eigendeterminiert und viel zu verschieden, als daß sie in die massenmedial vermittelte Kommunikation einbezogen werden könnten.« Das ist ein gutes Argument gegen die auch in der Linken verbreitete paranoide Vorstellung vom manipulierenden Big Brother. Tatsächlich ist die Lenkung eines derart disparaten Publikums wie das der Massenmedien schwer vorstellbar. Aber ist das, wie Luhmann glaubt, auch ein Argument gegen den »universellen Ideologieverdacht«? Möglicherweise funktioniert das ideologische *re-enforcement* ganz anders? Möglicherweise kommt es auf die soziale Disposition des Medien-Konsumenten selbst an, der das, was er verstehen will und muß, nach seinen Bedürfnissen selbst auswählt?

»Die gesellschaftliche ›Unschuld‹ der Massenmedien«, schreibt Luhmann, »ihre Harmlosigkeit beruht darauf, daß sie niemanden zwingen.« Doch der Zwang entsteht nicht durch die Medien, sondern die Medien entstehen durch den Zwang. Daß, wie der Theoretiker zu betonen nicht müde wird, der Rezipient »keinen Konsenszumutungen ausgesetzt« wird, kann schon deshalb nicht stimmen, weil der Rezipient *versteht*. Zumindest ein grammatischer Konsens muß doch wohl vorhanden sein. Und auf ihm bauen alle weiteren kommunikativen *constraints* auf.«Eigenwillige Urteile« über Medien-Realität, heißt es an einer Stelle, liefen nur »in Grenzfällen« Gefahr, »psychiatrisch gedeutet zu werden«. Solange Urteile aber weithin verstanden werden, können sie nicht sehr eigenwillig sein.

Wenn also Luhmann das Verstehen nicht verstehen will, sondern es einfach dem System zuschlägt, was interessiert ihn an den Massenmedien? – Er will sie in ihrem »rekursiven Konstitutionszusammenhang« zeigen, in ihrer absichtslosen, selbsttätigen Stimulierung »weiterlaufender Kommunikation«. Auch hier geht es wieder um notwendige Irritation und Bearbeitung von Irritation. In dieses ewige Vor-sich-hin-Prozessieren geht dann auch Medienkritik – etwa der Manipulationsverdacht – ein: Als Irritation, als Effekt der dem System eigenen Paradoxie, der dann – wer hätte es gedacht – wieder ins System eingespeist wird.

Daß solche Theorie nicht »zwangsläufig zu politischer Indifferenz führen« muß, hat die »Taz« (10./11. 8.) völlig richtig erkannt. Das Gegenteil ist, wie nicht nur das eigene Beispiel zeigt, wahrscheinlicher. Es ist nicht einmal notwendig, die gar nicht so seltenen politischen Stellungnahmen Luhmanns anzuführen (in dem gerade diskutierten Band etwa nennt er den Prozeß gegen den Auschwitz-Leugner Deckert einen »Bagatellfall«), es genügt ja, die Grundzüge seiner Theorie selbst aufzuzeigen. Diese Theorie ist keineswegs, wie manche glauben, eine neutrale Form, geeignet, mit jedem möglichen politischen Sinn gefüllt zu werden. Schon ihre neutralistische Attitüde ist vielsagend. Sie unterstellt, es könne eine von herrschenden Werten nicht »geblendete« und beeinflußte Theoriebildung geben. Man müsse nicht »wie beim Auslaufen aus dem Hafen Flagge« zeigen, heißt es am Ende der Gründungsschrift der »neueren Systemtheorie«, jener Theorie, der es angeblich »leicht fällt«, »ihre eigene Selbstreferenz zu präsentieren«. Doch diese »Selbstreferenz« liest sich immer wie eine Betriebsanleitung und niemals wie eine selbstkritische Reflexion.

Sage aber niemand, die Kritik sei am Ende. Luhmanns gesamter Theorie-Output beweist das Gegenteil. Jeder seiner Sätze stellt (zumeist unausgesprochen) eine Kritik an der kritischen Soziologie dar, eine Kritik auch an jeder Anti-Position, die zu dieser Gesellschaft gefunden wird. In Luhmanns Theorie geht es um die Austreibung der Gesellschaft aus der Soziologie, um das Ausblenden nicht nur der klassenmäßigen Verfaßtheit der Gesellschaft, sondern überhaupt von gesellschaftlichen Konflikten, um das Absehen von Interessen und Motiven, das Verschleiern von Ideologie und Absicht, um die Verewigung des Bestehenden und nebenbei um das Abstreiten jeglicher historischen und ideologischen Bedingtheit der Theorie selbst.

Das Geheimnis, warum er seine Zeit nicht mit Sprache und sprachlichem Verstehen verschwenden will, hat der Kommunikationsspezialist übrigens in *Die Wirtschaft der Gesellschaft* gelüftet. Dort schreibt er, gerade »die Elaboration von Sprache gefährdet die Autopoiesis sozialer Systeme«. Es könne durch Sprache zu Täuschungen, Irrtum, ja »Meinungs- und Interessendivergenzen« kommen. Deshalb sei kürzlich eine »evolutionäre Neubildung« entstanden: »Das Kommunikationssystem Geld«, in dem »Funktionsorientierung und binäre Codierung auf geradezu ideale Weise kombiniert« werden. Trotz aller »Diabolik« funktioniere dieses viel komplexere Medium doch recht gut. Man kann also nur hoffen, daß Prof. Luhmann ausgezahlt wird, bevor er wieder etwas sagen, d.h. »rekombinieren« will.

Stefan Ripplinger schrieb in KONKRET 8/96 über Fußballphilosophen

Konkret 10/96, S. 61

Alexander Bogner

Pflicht zum Sterben

Der Mainzer Rechtsphilosoph Norbert Hoerster ist der deutsche Bauchredner Peter Singers. Sein aktuelles Buch zeigt, daß die neue »Euthanasie«-Debatte dasselbe Ziel hat wie die alte: die Freigabe der Vernichtung »lebensunwerten« Lebens

1938 traf in der »Kanzlei des Führers der NSDAP« das Gesuch eines Elternpaares um die Tötung seines behinderten Kindes ein. Die NS-Ärzte entsprachen ihm bereitwillig und markierten damit den Einstieg in die »Kindereuthanasie«, deren reibungslosen Vollzug die Nazis als geglückten Probelauf für die spätere »T4«-Aktion korrekt bewerteten. Mit wachsender Ressourcenknappheit während des Krieges wurde die Altersgrenze zur Anwendung der »Euthanasie« schrittweise heraufgesetzt. Anfangs tötete die von Hitler formlos dazu ermächtigte Ärzteschaft »unheilbar kranke« Kinder bis zu 3 Jahren, bald bis 8, dann bis 12 und schließlich noch mit 17 Jahren. Bis 1945 wurden über 5.000 behinderte Kinder ministeriell erfaßt, selektiert, asyliert und umgebracht. Bei der Erfassung der überwiegend nicht in Anstaltspflege lebenden Kinder war der »Reichsausschuß zur wissenschaftlichen Erfassung erb- und anlagebedingter schwerer Leiden« auf die Mithilfe von Hebammen, Ärzten, Mitarbeitern der staatlichen Gesundheitsämter und nicht zuletzt der Eltern angewiesen – ein eindrucksvoller Beleg für die Verankerung der Eugenik in den Köpfen. Natürlich war der Vorsatz der Nazis, »lebensunwertes Leben« zu vernichten, um den »gesunden Volkskörper« von allen »Ballastexistenzen« zu säubern, schon im Jahre 1930, als die »Nationalsozialistischen Monatshefte« »Tod dem lebensunwerten Leben!« gefordert hatten, weder originell noch ungewöhnlich gewesen.

Vorausgegangen war ein akademischer Diskurs, der das universelle Recht auf Leben verwertungslogisch partikularisiert hatte. »Gibt es Menschenleben«, hatte 1920 der gelehrte Sproß einer alten Frankfurter Bierbrauer-Dynastie rhetorisch gefragt, »die so stark die Eigenschaft des Rechtsgutes eingebüßt haben, daß ihre Fortdauer für die Lebensträger wie für die Gesellschaft allen Wert verloren hat?« Drei Seiten später stellte er seine Endlösung dieser Frage vor: Die rechtliche Freigabe der Tötung »negativ zu wertender Existenzen« sei nicht weniger als eine »Pflicht gesetzmäßigen Mitleids«. Drei Gruppen von Menschen hatte Karl Binding, Juraprofessor im Ruhestand, in seinem Teil der Schrift *Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens* (1920) dabei im Sinn: Kranke und Verwundete, »unheilbar Blödsinnige« und eine Restgruppe, der sich auch behinderte Neugeborene zurechnen ließen. Der Tod der »Idioten«, »die das furchtbare Gegenbild echter Menschen bilden und fast in jedem Entsetzen erwecken, der ihnen begegnet«, reiße »nicht die geringste Lücke«, da ihr Leben »absolut zwecklos« sei, »aber sie empfinden es nicht als unerträglich«.

Dr. med. Alfred Hoche, Co-Autor dieser eugenischen Hetzschrift, versuchte mit seinen Mitteln den Kreis der zu vernichtenden »Defektmenschen« genauer zu bestimmen. Den von ihm verbal bereits beerdigten »geistig Toten« attestierte er »Fremdkörpercharakter« in der Gesellschaft. Die Hilflosigkeit und Unproduktivität dieser Behinderten mache ihre »Beseitigung« zu einem »erlaubten, nützlichen Akt«. Für behindert wurde – sehr modern – von Binding/Hoche erklärt, wem das »Selbstbewußtsein« fehle sowie der »geistige Rapport mit der Umwelt«.

Die Nachwirkungen dieser Ethikdebatte dauern an bis heute. 75 Jahre nach dem Erscheinen von Bindings und Hoches Aufruf zum Mord und 50 Jahre nach der Befreiung der letzten »Euthanasie«-Anstalt im bayerischen Kaufbeuren durch die Amerikaner, verteidigt Norbert Hoerster das liebgewonnene Selektionskriterium: »Natürlich gibt es so etwas wie ›lebensunwertes‹ Leben. Ich vermag keineswegs notwendig etwas Inhumanes oder Verwerfliches darin zu erblicken, über das Leben eines bestimmten Menschen zu sagen, es sei nicht ›lebenswert‹!« Der »gesunde« Menschenverstand, der hier seine Muskeln spielen läßt, hat auch schon die »bewährte« Lebenswerttheorie parat: »Ein Leben mit dem Defizit einer Schädigung oder Behinderung ... besitzt einen geringeren Eigenwert wie Fremdwert als ein Leben ohne dieses Defizit. ... Eine Welt bzw. eine Gesellschaft ohne Krankheiten und Behinderungen beinhaltet ceteris paribus ein größeres Maß an Lebenswert und ist insofern besser als eine Welt bzw. eine Gesellschaft mit Krankheiten und Behinderungen.«

Also einfach »die Summe des Schmerzes in der Welt durch einen Akt der Euthanasie verringern«, damit die »Glückssumme im Universum« steigt, wie der »verehrte Kollege Singer« (Hoerster) ganz praktisch philosophiert? So einfach, weiß Hoerster, geht das heute noch nicht: Menschen anhand kognitiver Merkmale – wie Singer – zu »nichtpersonalen Wesen« ohne Lebensrecht zu erklären, deren Tötung folglich »unproblematisch« ist, überfordert die »geistige Kapazität eines Durchschnittsbürgers«. Man darf, rät Hoerster den Befreiungskämpfern gegen die Tyrannei einer antiliberalen Vernichtungspraxis, »die Schwierigkeiten und Irritationen, die ein solches Unterfangen mit sich bringen würde, nicht unterschätzen.« So dreist wie Singer sollte man die Freigabe der Tötung von »lebensunwertem Leben« also noch nicht fordern. Um das gleiche Ziel dennoch zu erreichen, hat Hoerster ein schmales Bändchen verfaßt, dessen unverfänglichen Titel *Neugeborene und das Recht auf Leben* man sich nach der Lektüre mit »Behinderte Neugeborene und die Pflicht zum Sterben« übersetzen darf. Hoersters Vorgehen ist nicht neu: Wieder einmal wird die aktuelle moralische Belastungsgrenze durch eine Diskussion über den Lebenssinn »unheilbar leidender Säuglinge« abgefragt.

Der Suhrkamp-Verlag hat HoerstersWerk letztes Jahr auf den Markt gebracht, ohne daß es zu irgendwelchen Protesten gekommen wäre. Auf den rund 130 Seiten dieses Buches versucht der Autor den Nachweis zu führen, daß die Eugenik immer noch das Patentrezept dafür ist, die Welt human einzurichten. Anders als die alten Sozialdarwinisten, die noch auf die gesellschaftlichen »Selbstheilungskräfte« vermittels universeller Konkurrenz vertrauten, will Hoerster »ein größeres Maß an Lebenswert schaffen ... durch aktive Sterbehilfe gegenüber Neugeborenen, deren Leben ... alles in allem von überwiegend negativen Erfahrungen (wie Leidenserfahrungen) geprägt ist«. Während er sich damit, was die Abtreibung betrifft, noch auf legalem Gelände bewegt, wirken bei der Anerkennung der formalen Gleichheit lebender Behinderter noch jene Reste einer »metaphysisch fundierten Normenordnung«, die Hoerster ein allzu unwirsches Drängen auf die Aberkennung des basalen Menschenrechts nicht ratsam erscheinen lassen. Hoerster ist vielmehr »im Ergebnis wie Singer der Auffassung, daß nur im Fall eines Wesens mit Ichbewußtsein und Zukunftswünschen – abgekürzt formuliert, im Fall einer ›Person‹ – hinreichende prinzipielle Gründe vorliegen, diesem Wesen ein eigenständiges Recht auf Leben ... einzuräumen«.

Gleich im ersten Kapitel seiner neuen Schrift präsentiert Hoerster die Musterlösung für den Balanceakt, eine rationalistische Selektionsethik zu begründen, ohne Singers »Pionierarbeit auf dem Gebiet der angewandten Ethik« (Hoerster) direkt zu kopieren. Das schafft er mithilfe der vertragstheoretischen Begründung des Rechts auf Leben. Da jedes individuelle Recht gleichzeitig allen anderen Individuen die Pflicht auferlegt, dieses Recht zu achten, d.h. alle anderen in ihrer Handlungsfreiheit einschränkt, muß nach allen Regeln der bürgerlichen Rechenkunst der jeweilige Träger dieses Rechts den übrigen Adressaten einen äquivalenten Anspruch zubilligen. In unserem Fall ist dies das individuelle Überlebensinteresse. Weil alle ständig töten wollen, muß der Verzicht auf die Befriedigung dieses Urtriebs überdies wenigstens einem nachvollziehbaren Zweck dienen. Nach Hoersters Adaption der Hobbesschen Bürgerkriegsanthropologie »ist es also wohl begründet, nur zugunsten jener Wesen ein Recht auf Leben in Geltung zu setzen, die ein Überlebensinteresse haben«. Welche »Wesen« nun aber dieses Überlebensinteresse haben, ist schnell entschieden. Nach über 200 Jahren aufklärerischen Menschenbildes ist klar: »Nur ein Wesen, das ein Bewußtsein besitzt, kann auch irgendein Interesse haben. Das hängt damit zusammen, daß jedes Interesse auf einen Wunsch bezogen ist und daß nur ein Wesen, das ein Bewußtsein besitzt, Wünsche haben kann.« Da für Hoerster kein einziges Neugeborenes relevante, d.h. zukunftsbezogene Wünsche hat und »nach wissenschaftlicher Erkenntnis ... die ersten Spuren des Ichbewußtseins« sich nicht vor dem ersten Lebensmonat nachweisen lassen, würde das Weiterleben des Säuglings in den ersten vier Wochen allein vom Daumenzeig der Eltern abhängen.

Diese Position vertritt bekanntlich Singer. Er schlägt vor, die Zuerkennung eines Lebensrechts 28 Tage nach der Geburt anzusetzen (weil bis dahin alle »Defekte« sicher diagnostizierbar sind) und erhält deswegen einen freundschaftlichen Rüffel von seinem deutschen Kollgen. Zwar seien »Singers Thesen und seine damit verbundenen Intentionen ... keineswegs behindertenfeindlich«, doch würde momentan, so Hoerster, »der Durchschnittsbürger, von dessen Akzeptanz die Sozialmoral ja abhängt«, Singers Vorschlag noch nicht fressen. »Ein Kriterium wie das des Überlebensinteresses sowie die nachfolgende Frage nach dessen Beginn würden ihn offensichtlich überfordern.« Aus Sicherheitsgründen kürzt Hoerster dieses Theater um einen Monat hin oder her ab und stellt fest: »Die Geburtsgrenze ist offenbar eine Grenze, die einen optimalen Schutz aller menschlichen Individuen, die bereits ein Überlebensinteresse haben könnten, sicherstellt.« Klingt gut und erfüllt seinen Zweck: Lebensrecht für alle und zwar sofort – abgesehen von jenen »leeren Menschenhülsen« (Hoche), die nach wissenschaftlicher Erkenntnis sowieso niemals irgendwelche Interessen werden ausbilden können.

Mit dem Erreichen dieses Etappenziels ist Hoersters Kreuzzug für die Aberkennung des Menschseins von Behinderten jedoch nicht beendet. Die Welt ist schließlich noch voll mit »geschädigtem Leben« von »überwiegend negativer Qualität«, dem das Lebensrecht aufgrund seiner Rationalitätskriterien nicht abgesprochen werden kann. Als Rettung aus diesem Argumentationsnotstand erweist sich die Lüge von der »echten Sterbehilfe«. Mit der noch Mitte des 19. Jahrhunderts intendierten Bedeutung einer umfassenden humanen Begleitung des irreversibel eingetretenen Sterbeprozesses hat der heutige Begriff nur noch die Worthülle gemein. Hoersters vehementer Einsatz für die aktive »Euthanasie«, den »heilenden Eingriff« auch bei »schmerzloser Hoffnungslosigkeit« (Binding), soll den »Lebenswert« in einer Gesellschaft durch die Tötung von Behinderten heben. Natürlich sagt er das nicht so direkt, schließlich geht es – man befindet sich ja noch in der Testphase zur Lockerung ethischer Schamgrenzen – ausschließlich um Neugeborene. Daß die allerdings meist einen geringeren »Affektionswert« für ihre Umgebung besitzen als heranwachsende Behinderte, wußten schon Binding/Hoche und reservierten dieser Gruppe den ersten Platz in ihrem Vernichtungsplan.

Die nicht nur historische Parallele seines publizistischen Versuchsballons kennt Hoerster selbst. Daher legt er fest, daß im Gegensatz zur unechten Sterbehilfe der Nazis ein Arzt die »echte Sterbehilfe« dem »schwer und unheilbar Leidenden« auf eigenen Wunsch gewähren soll. Da das Neugeborene nichts wünschen kann, entscheidet das elterliche Recht auf ein Wunschkind. Die Elternentscheidung soll erst dann an Autorität einbüßen, wenn sie nicht dem »wohlverstandenen Interesse des Neugeborenen« dient. Das heißt: Eltern, die partout nicht einsehen wollen, daß »das weitere Leben des Neugeborenen ... für ihn eine überwiegend negative Qualität besitzt, also von ihm alles in allem nicht als lohnend, sinnvoll oder lebenswert empfunden werden kann«, und sich damit über Hoersters »Prinzip des Patienteninteresses« hinwegsetzen, soll

das Vormundschaftsgericht zur Vernunft bringen. Denn »es wäre offensichtlich inhuman, das leidende Kind rettungslos einer elterlichen Willkür auszuliefern«.

In der Regel jedoch vertraut die Zivilgesellschaft bei der Exekution ihrer tödlichen Hilfsbereitschaft lieber nicht auf den invasiven Staat. Die ökonomisch erwünschten selektiven Maßnahmen sollen in voller Eigenverantwortlichkeit vollzogen werden. Da muß irgendwann auch mit der humansten Binnenperspektive, die Hoerster anstelle platt utilitaristischer, volkswirtschaftlicher oder gar »rassenhygienischer« Begründungsstrategien bevorzugt, Schluß sein. Weil in der Sichtweise des nicht-behinderten Philosophen Behinderung nur maßlos leidvoll sein kann, sind Menschen, die sein Zukunftsprojekt »leidfreies Universum« behindern, zum Tode verurteilt. Die 70 oder 80 Jahre, die dem einzelnen behinderten Neugeborenen in der Regel vergönnt wären, um (wie jeder Mensch) seinem Leben einen Sinn zu geben, fallen, da dies ohnehin »nur in Einzelfällen realisiert werden kann«, Hoersters Erlöserwahn zum Opfer.

Dem Mitglied der »Deutschen Gesellschaft für Humanes Sterben« ist für das Endziel einer Welt ohne »Mißbildungen« und »Defekte« auch die so geschönte »passive« Euthanasie (die oft sehr aktiv ist) noch zu lasch. »Ob der Betroffene gegenwärtig eine Krankheit hat, die – über kurz oder lang – zu seinem Tode führen wird, kann für die Zulässigkeit einer Sterbehilfe nicht ausschlaggebend sein. Es gibt auch Leidenszustände (etwa infolge einer Behinderung), die zwar nicht lebensgefährdend,aber trotzdem unerträglich und auf Dauer unzumutbar sind. Auch in diesen Fällen muß es zulässig sein, den Tod des Betroffenen ... herbeizuführen.«

Der Philosoph kann hier erst einmal kurz ausschnaufen. Behinderte haben nun keine Chance mehr. Im Bestreben, die Welt durch »einen unter Wertgesichtspunkten legitimen Austausch bzw. Ersatz von Lebewesen... im Einklang mit den Interessen aller Betroffenen zu verbessern«, sublimiert er noch jede ethische Regung, um Thanatos freie Bahn zu geben: Wie »vor Naturkatastrophen« müsse man sich gegen die »naturgegebenen Krankheiten und Behinderungen« schützen dürfen. Als beste Prävention gegen menschliche »Naturkatastrophen« empfiehlt Dr. Hoerster moderne Pränataldiagnostik sowie die »eugenische Auswahl« bei Neugeborenen ohne Lebensrecht. Für die restlichen behinderten Neugeborenen, die diesen Todesfallen des »gesunden« Volksempfindens entkommen sind, zaubert er die »echte Sterbehilfe« aus dem Ärmel.

So schließt sich der Kreis: Da man in der Fitnessgesellschaft weiß, daß nur das Schöne das Wahre sein kann, ist die objektive Bewertung von Leben nach dem körperlichen Erscheinungsbild Konsens. Das individuelle Lebensrecht wandelt sich unterderhand zum Recht auf ein vollwertiges Leben, dem zwangsläufig die eugenische Selektionspflicht folgt. Am Ende steht die »Euthanasie« als der Garant für »maximale« Lebensqualität, weil weniger niemandem zumutbar ist. Folgerichtig ist nach Hoersters Logik die »Sterbehilfe grundsätzlich mit dem Recht des Betroffenen auf Leben vereinbar« – auch dann, wenn »der Betroffene« überhaupt nicht im Sterben liegt. Wer sich bei solchen Tönen wundert, daß ihr Urheber immer noch auf seinem Lehrstuhl für Rechtsphilosophie in Mainz sitzen kann, kennt die Universität Mainz nicht (siehe KONKRET 8/96) oder will eben nicht verstehen, daß die Vernichtung der (vorläufig noch:) neugeborenen Behinderten, selbstverständlich im strikten »Eigeninteresse«, eine »reine Heilbehandlung« (Binding) und also jede Aufregung um diese Frage überflüssig ist. Denn wie sagt der selbsternannte Richter über »lebensunwertes« Leben und den »schönen« Tod so treffend?: »Sterben muß jeder Mensch.«

Alexander Bogner schrieb in KONKRET 7/96 über die antideutsche Gruppe »Fight for Freedom«

Konkret 10/96, S. 64

Jens Hoffmann

Film & Theater

Die Bettlektüre

Regie: Peter Greenaway; mit Vivian Wu, Ken Ogata, Yoshi Oida, Ewan McGregor; England 1995/96; 123 Minuten; ab 24.10. im Kino Peter Greenaway stellt sich in seinem jüngsten Film als ein außerordentlich höflicher Reaktionär vor. Im Anschluß an die wohl irgendwie archaisch gemeinte Digitalton-Vorspannpille bemalt der Vater das Gesicht der kleinen Nagiko an ihrem Geburtstag mit allerlei Schriftzeichen, murmelt dazu einige Sätze vom allmächtigen Gott und setzt schließlich befriedigt seine Unterschrift auf den Nacken des Mädchens. So ist denn bereits nach drei Minuten erfreulich klar, daß nichts anderes als eine erschreckend simple, patriarchale Schöpfungsgeschichte aus männlicher Perspektive zu sehen sein wird. Das Publikum kann nun empört oder erleichtert den Kinosaal verlassen und muß sich somit nicht darüber grämen, zwei Stunden kostbarer Lebenszeit als Glotzklumpen vor einer mit Licht beworfenen Leinwand verschwendet zu haben.

Wer hocken bleibt, muß mitansehen, wie die weibliche Hauptfigur Nagiko erbarmungslos auf den Strich von Greenaways Hetero-Story geschickt wird. Dort muß Nagiko dann den von einem bösen, homosexuellen Verleger zugrunde gerichteten Vater rächen und sein kalligraphisches Werk weiterführen. Selbstverständlich will sie in der Hochzeitsnacht von ihrem Ehemann bemalt werden. Aber der Ehemann ist eben zu wenig Papi. Er ist bloß ein kunstfeindlicher, bogenschießender Sportivo. Sie verläßt ihn. Und natürlich bringt sie erst der Geliebte aus Europa auf die Idee, Gedichte zu produzieren.

Greenaways hingekeultes Geschlechterdiktat reicht bis in die Bildersprache; als sich Nagiko selbst bemalt, verschwinden die in der Badewanne abgeduschten Farbpigmente strudel- und wirbellos im Abfluß. Ihr Spaß am eigenen Körper paßt nicht in Greenaways Klischees von Kunstproduktion. Für sich ist Nagiko nichts. Einen Wert bekommt sie im Film ausschließlich durch männliche Bestimmungen. Aber nachdem sich der homosexuelle Verlegerschurke widerstandslos die Kehle hat aufschlitzen lassen, darf Nagiko endlich ihren biologischen und kulturellen Zweck erfüllen. Sie bemalt das Gesicht ihres einjährigen Töchterchens und wird sich als mütterliche Schriftstellerin zur Ruhe setzen. Die zeugungsfeindlichen Elemente wurden ausgeknipst, die Ehre der wahren Männer ist wiederhergestellt. Abspannpille, Vorhang.

Konkret 10/96, S. 64

Dietrich Kuhlbrodt

Film & Theater

Independence Day

Regie: Roland Emmerich; mit Jeff Goldblum, Will Smith, Bill Pullman; USA 1996; 144 Minuten; seit 19.9. im Kino Gell, jetzt staunen auch die Amerikaner, wie sparsam Schwaben wirtschaften können. Emmerichs US-patriotischer Trick- und Effekte-Film kam mit einem Drittel der dort sonst üblichen Produktionskosten aus. Da funkelten & glänzten die Augen der Betriebswirte und Filmmanager. Emmerich avancierte zum Star des Film-Busineß und verbuchte gleich vier neue Aufträge für preisgünstige Filmgroßproduktionen. Geschmeichelt meldeten die deutschen Nachrichtenmagazine nationales Interesse an der Weltgeltung an, die deutscher Geschäftstüchtigkeit nun zukomme. Diese Berichte fügten sich wunderbar in die Mega-Werbekampagne ein, die zum Konsum des Filmwerks animieren soll. Ein Drittel der Produktionskosten geht bekanntlich in die Publizität. Anders ausgedrückt: Wir werden in das Patriotenwerk hineingeprügelt.Emmerich ist kein US-Patriot, aber er huldigt mit seinem Film zum amerikanischen Nationalfeiertag allen Vaterlandsgläubigen, die in erhebenden Momenten die Hand aufs Herz legen, und das bis zum Gehtnichtmehr. Bei uns aber, bei den Aliens, dürfte der patriotische Schmarren zum Abkotzen einladen. Vergessen wir nicht, daß im amerikanischen Sprachgebrauch Aliens in erster Linie und ganz normal Ausländer sind, Andersartige, Fremde, eben Unamerikaner. Die deutsche Synchronisation macht es wie immer falsch, wenn sie das Wort »alien« nicht übersetzt. Denn für die braven amerikanischen Bürgerkinder ist es natürlich kein Fremdwort, wenn sie patriotisch korrekt spielen: »Daddy, ich erschieß Ausländer!« Entschlösse sich die Synchronisation zur Übersetzung, würde es auch plausibler, warum Emmerich dem amerikanischen Volk aus dem Herzen spricht, wenn er auf dem Höhepunkt seines Werks – es ist der siegreiche Atomschlag – seinen Helden hetzen läßt (ungeschönte Übersetzung): »Ihr Ausländer-Arschlöcher!« Was soll der Zuschauer von diesem Fremdenhasser halten? Das Drehbuch (Emmerich) rät: »Du kannst stolz auf ihn sein!« Damit ist auch schon die Handlung erzählt. Sie ist einfältig. Ausländer im Anmarsch. Eine Katastrophe! Der Präsident, gespielt vom unfähigsten Schauspieler Hollywoods, spricht zur Nation: »Ruhe ist die erste Bürgerpflicht!« Unvermittelt besinnt er sich auf seine Kenntnisse als Kampfflieger im Vietnamkrieg, und ebenso unvermittelt kippt der Katastrophenfilm um in eine Militärklamotte. Selten so gelacht, Kamerad! Der Atomschlag geht in ein wunderschönes Feuerwerk über, das den Abend des Nationalfeiertags krönt. Alle erheben sich von den Sitzen und applaudieren. Die Welt ist gerettet, und uns wird gesagt, daß die ganze Welt, Irak inklusive, fortan den Independence Day feiern wird.

Der neue Kaiser von Amerika, dem gehuldigt wird, ist selbstredend Emmerich selbst, jedenfalls soweit es die Filmwirtschaft angeht. Das Drehbuch, das er zu diesem Behufe verfaßt hat, gibt jeder Dumpfbacke recht. Es zahlt sich eben nicht aus, wenn die USA 1969 auf dem Mond verkünden: »We came in peace.« Alles Gefühlsduselei. Denn das Fremde, das die Erde besucht, kommt aus dem Reich des Bösen. Bloß das langmähnige Studentenpack sieht das anders. Emmerich schickt dies verblendete und abgedrehte Volk hoch auf das Dach der Wolkenkratzer, obwohl doch der unfähige Präsident das Aufsuchen der Schutzräume angeordnet hatte. Woodstockbunt, verzückt, unpatriotisch, landesverräterisch halten die Studis den anreisenden Ausländischen Transparente entgegen, auf denen sinngemäß so etwas steht wie »Bitte nehmt uns mit nach drüben!« In Emmerichs Film sind sie wieder da, die Bilder von den Anti-Vietnamkriegs-Demonstrationen auf dem Campus. Wer sich damals gewünscht hatte: »Alle abknallen – alle!«, der kommt, freilich sehr verspätet, in »Independence Day« voll auf seine Kosten. Denn die Sympathisanten der fremden Macht werden umgelegt, alle, und zwar von den Bösen, die aus der Fremde kamen. Klammheimlicher kann die Freude an der Bestrafungsaktion gar nicht sein. Recht so! Das war längst fällig! Ist es nicht so, daß Südkorea völlig recht hatte, vor ein paar Wochen den Studenten, die für die Einigung mit dem doch völlig fremdartigen Nordkorea demonstrierten, mit Waffengewalt mores zu lehren? »Aus dem Weg! Feuer frei!«, das ist der kernige Befehlston des Filmdialogs. Wer sinniert, ist völlig unfähig. Der amerikanische Präsident: »Im Golfkrieg wußten wir, was wir zu tun hatten. Heute ist es nicht mehr so einfach. Helfe uns Gott!« Natürlich ist das eine Clinton-Karikatur. Der Film ist in seinem katastrophalen ersten Teil eindeutig erzrepublikanisch. »Wir wollten einen Helden und bekamen einen Feigling«, murrt es drohend auf der Dialogliste. Zu retten ist der Clinton-Klon erst, nachdem dieser im Klamottenteil des Films zu einer Reinkarnation von Jagdflieger Moelders mutiert. Den Schlips gelockert, den Steuerknüppel in der Hand – wenn nicht Gott, so hilft doch das Militär in Not und Gefahr. Viel Glück, Kamerad, und sagt meinen Kindern, daß ich sie sehr sehr lieb habe. Ab in den Tod für Volk & Vaterland. – Das Filmbild füllt sich bis zum Bersten mit Uniformen-mit-ganz-viel-Orden-dran. In »Independence Day« hat das Militär die Macht ergriffen.

Konkret 10/96, S. 64

Jan Pehrke

Film & Theater

Breaking the Waves

Regie: Lars von Trier; mit Emily Watson, Stellan Skarsgard, Katrin Cartlidge; Dänemark 1996; 158 Minuten; ab 3.10. im Kino

In letzter Zeit traut sich das Kino wieder, nach all der Sophistication, dem Zynismus und der Lakonie, etwas näher am Wasser zu bauen. Und es kann sogar, wie im Falle Lars von Triers, cool dabei aussehen. Trier unternimmt es in »Breaking the Waves«, ein viktorianisches Liebes-Schauermärchen durch einen fiebrig-psychotischen Stil wachzuküssen, was ungefähr so wirkt, als hätte John Cassavetes eine Merchant-Ivory-Vorlage verfilmt. In grobkörnigen Handkamera-Bildern, in ausgewaschenen Farben (das Material wurde auf Video und wieder zurückkopiert) und mit hektischen Reißschwenks wird die wundersame Geschichte von der bedingungslosen Liebe zwischen der introvertierten Bess und dem Bohrinsel-Arbeiter Jan erzählt. Zwei reine Menschen gegen den Rest der Welt, eine karge, in harter See liegende schottischen Insel in den 70er Jahren, auf der eine ebenso karge, unbarmherzige calvinistische Religion ihr strenges Regiment führt (keine Kirchenglocken: zu sinnlich!).

Jan erleidet einen schweren Arbeitsunfall und drängt Bess in seinen wenigen hellen Bewußtseinsmomenten, mit anderen Männern zu schlafen. Die altruistische Seele möchte nicht, daß ihre Jugend einfach so verblüht, und versichert ihr, es würde auch seiner Gesundheit förderlich sein. Nach einiger Überwindung und Zwiesprache mit Gott tut Bess, wie ihr geheißen, und vermag damit wirklich Einfluß auf den Krankheitsverlauf zu nehmen. Aber sie verfällt immer mehr einem Opferwahn, der schließlich zu ihrem Tode führt. An ihrem Grab dann, halbwegs aufrecht: Jan. Und zum Abschied bimmeln tröstlich voluminöse Glocken vom Himmel herab (siehe oben).

Das ist schon starker Tobak, aber so suggestiv in Szene gesetzt, daß man sich ihm nur schwer entziehen kann. Dran glauben allerdings kann man auch nicht. Oder nur in dem Maße wie von Trier selbst, der in den Zeiten von »Anything goes« augenscheinlich dem ästhetischen Charme des Eindeutigen, Extremen verfallen ist, dem Liebes-Rigorismus, der einfachen Frömmigkeit und der Krankheit zum Tode. Postmoderner Fundamentalismus, den der Regisseur auch privat praktiziert. Als Sproß radikaler Linker trat er vor einigen Jahren in die katholische Kirche ein. »Breaking the Waves« hat er in einem Interview als späten Ausdruck seiner Pubertätskrise bezeichnet. Gute Besserung!

Konkret 10/96, S. 65

Jürgen Roth

Film & Theater

Kansas City

Regie: Robert Altmann; mit Jennifer Jason Leigh, Miranda Richardson, Harry Belafonte; USA 1996; 118 Minuten; ab 3.10. im Kino

Filme gibt es, die sind überflüssig wie Omas Kropf. »Kansas City«, Altmans 31. Opus, ist ein solcher: ein sehr guter Jazz-Film und ein mittelmäßiger Gangster-Film. Ihm sei »ein großer Wurf« gelungen, Altman habe mit seiner einmal mehr einzigartigen »visuellen Kraft« ein exorbitantes »Sittengemälde der Epoche« geschaffen, jubilierte das Berliner Stadtmagazin »Zitty«, und was sie da auch mitteilen wollten, sie könnten recht behalten. Denn selten sah man in den letzten Jahren ein so beeindruckend gemächliches Kinowerk. Nichts anderes hatte Altman im Sinn, als »diesen Film wie Jazz ... zu schreiben, ... wie Jazz zu drehen: Es gibt Dialoge, es gibt eine definitive Handlung und definitive Spannung; es gibt einen Anfang, eine Mitte mit einigen Haltepunkten und ein Ende.« So ist es.

Kansas City war Anfang der dreißiger Jahre, zu Zeiten der Prohibition, unbestrittene Korruptionshochburg: Syndikate und Politchargen agierten Hand in Hand, störrische Wahlaufseher wurden kurzerhand zu Brei geschlagen oder gleich beseitigt. Nicht minder übel soll es dem Kleinkriminellen Johnny O'Hara ergehen. Wer einen im von Clanboß Seldom Steen geführten Jazzclub gerngesehenen Zocker ausnimmt, für den gibt's Bambule: Der Naßforsche wird einkassiert. Seine Frau Blondie kidnappt im Gegenzug die Gemahlin des demokratischen Großpolitikers Stilton, Carolyn. Der angestrebte Deal: den einen gegen die andere. Es beginnt, am Tag der Wahlen, eine Irrfahrt beider Frauen durch die Stadt. Stilton reagiert, schaltet seine Mafiafreunde ein, und die Sache wird ins Reine gebracht. Als Johnny mit Bauchschuß heimkehrt, wirft sich Blondie ungläubig über ihren dahinscheidenden Mann. Hilfe sucht sie, von Heulkrämpfen geschüttelt, bei Carolyn. Der fällt nichts anderes ein, als ihrer Geiselnehmerin in den Kopf zu schießen. Kaltherzig oder voller Mitleid?

Über die Darstellung und wertende Akzentuierung von Gefühlslagen zu spekulieren, wäre ähnlich fehl am Platz wie der obligate Hinweis, Altman habe die Nachtseiten des American dream zum Thema gemacht. »Kansas City« beschränkt sich vielmehr weitgehend auf die Transformation musikalischen Materials in szenische Verläufe. Mag Altman unwillentlich die Unzeitgemäßheit der großen Filmerzählung unter Beweis gestellt haben, so bleiben »Einzelleistungen« davon unbehelligt. Jennifer Jason Leight mimt – Pardon! – brillant, Belafonte agiert furios. In einem langen Monolog über Heimtücke und Habgier der Weißen versteht er funkelndschöne Sätze unterzubringen: »Ihr pißt in die Suppe!« hält er Johnny vor, und dem Tod gibt er Bescheid, er sei »ein eiskaltes Arschloch«.

Der höhere cinéastische Wert von »Kansans City«? Der eine oder die andere mag sich danach fragen.

Konkret 10/96, S. 66

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Marion Gräfin Dönhoff hat nichts gegen Juden – einige ihrer besten Freunde sind Juden, aber wenn der Jude frech wird, darf er sich nicht wundern:

Auch ist die Befürchtung, daß das Goldhagen-Buch den mehr oder weniger verstummten Antisemitismus wieder neu beleben könnte, leider nicht von der Hand zu weisen.

Ein Wort, das seine Wahrheit in sich trägt: Das Goldhagen-Buch hat den mehr oder weniger verstummten Antisemitismus der Frau Dönhoff wiederbelebt.

Der Gräfin Verleger Helmut Schmidt (Sie erinnern sich? Nein? Das war der Wichtigtuer, der 1962 die Fluten der Elbe eigenhändig zurück über die Deiche geschippt hat) redet nicht direkt den Juden ins Gewissen, sondern den Deutschen:

1953 wurde ich in den Bundestag gewählt. Das deutsche Volk war geschlagen. Doch die Deutschen waren voller Zuversicht, daß sie sich aus dem Dreck herausarbeiten würden, und sie haben angepackt. Die Leute, die heute etwas zu sagen haben, haben nicht die gleiche Qualität wie die unmittelbaren Nachkriegsgenerationen.

Die waren von anderem Schrot und Korn, die Arisierer, Marinerichter, Wehrwirtschaftsführer, BDM-Mädels, Hitlerjungen, Blockwarte, Schriftleiter und die gerade vom Judeneinfangen zurückgekommenen Wehrmachtsoffiziere, die 1945 in die Hände gespuckt und angepackt haben. Da müßten die Deutschen wieder hin. Oder, Klaus von Dohnanyi?

Gegen den Wandel in Ostdeutschland war der Wiederaufbau im Westen nach dem Krieg ein Klacks. Im Westen waren 1945 zwar die Gebäude der Unternehmen zerstört, aber es gab Leute mit Manage-ment-Erfahrung; Leute, die sich im Wettbewerb behauptet hatten.

Ich habs schon mal gesagt: Führer war alles besser. Auch die schönen Zeiten, da ich Klaus von Dohnanyi ein Arschloch nennen konnte, damit alles Nötige über den Mann gesagt war, sind unwiederbringlich dahin.

1945 hat gute Chancen, zum Jahr des Jahres gewählt zu werden:

Der Ex-Wehrbeauftragte des Bundestages Willi Weiskirch ist im Alter von 73 Jahren gestorben.Der CDU-Politiker erlag den Folgen einer schweren Kriegsverletzung,

die er, da für Vietnam noch zu deutsch und für Bosnien schon zu alt, vor mindestens 51 Jahren erlitten haben muß. Ob ich es erleben werde, daß Ernst Jünger den Folgen einer schweren Kriegsverletzung aus der Schlacht an der Marne im Jahr 1918 erliegt? Vielleicht, wenn ich nicht vorher den Folgen einer schweren Kinderkrankheit (Masern, 1945!) erliege.

Der von Kurt Ziesel, der sich die Initialen K.Z., ererbt von seinen Vätern, redlich verdient hat, mit dem Adenauer-Preis für Literatur frisch gezeichnete Satzbaudissident Lutz Rathenow hat eine Reise getan und kann nun sowas erzählen:

Bornholm ist einen Urlaub wert. Die Landschaft der Insel bietet auf knappen Raum verblüffende Kontraste.

Ist der knappen Raum ein Setzfehler? Nein, er ist, wie alles bei Rathenow, Überzeugung, weshalb es so weitergeht:

Lockende Küstenwege im maßvoll wüsten Fels, den größten Binnensee Dänemarks, von Felsen eingerahmt.

Wen ist eingerahmt? Den See. Und darauf des Dichters zweite Havarie auf knappen Raum.

Kleine Wälder, die Bauasteine

die anderswo Menhire oder Hinkelsteine heißen, dort, auf engen Raum bei den See aber: Bautasteine

oder den wiederum größten Wasserfall des Landes beherbergen

beziehungsweise, wie wir Dichter gerne sagen, denselben Unterschlupf gewähren. Doch auch jenseits des beherbergten Wasserfalls geschehen Zeichen und Wunder:

Zur Insel gehören zwei Inselchen, die ein so vollendetes Miteinander von Mensch und Natur vorgaukeln, daß ein Tourist gleich ganz selbstverständlich in eines der Häuser der immerhin 140 Einheimischen gehen will. Weil er es nur für einen Teil eines riesigen Museums halten kann.

Woran nämlich erkennt der Dichter-Tourist ein Museum? Am vollendeten Miteinander von Mensch und Natur.

Feigen und andere subtropische Gewächse mischen sich mit den Heidelandschaften des Nordens auf eine Weise, die eben nur Inseln zustandebringen.

Inseln bringen eine Weise zustande, auf die sich Gewächse mit Landschaften mischen? Der Verfasser dieses vollendeten Durcheinanders von Einfall und Reinfall aber muß noch das Martin-Andersen-Nexö-Museum besuchen, wo er den Mann an der Kasse, damit auch hier die Front zwischen dem Täter, dem dänischstalinistischen Romancier, und dem Opfer, dem dicken deutschen Analphabeten, nicht verwischt werde, einen »Ausstellungswächter« nennt, den er infolgedessen fragt, warum hier Nexö-Exponate gezeigt würden, die man nach der Wende in Dresden extra »abgehängt« habe? Der Mann an der Kasse antwortet, sagt Rathenow,

im stolpernden Deutsch,

ohne jedoch in stolperndem Deutsch »im stolpernden Deutsch« zu sagen, sondern vielmehr, den seltsamen Gast anblickend, einen Ausdruck zu suchen, der Wesen und Erscheinung dieses illiteraten Preßsacks auf jenen Begriff bringt, den sich die Fotoagentur, deren Rathenow-Porträt den Beitrag ziert, gewählt hat: »teutopress«.

Eine Welt sürzt ein:

Kindesmißbrauch, Kinderprostitution, Kinderpornografie und sogar Kindermord gehören längst zum Alltag einer modernen Marktwirtschaft, in der auch wehrlose, kleine Mädchen wie Barbiepuppen ihren Preis haben – und zwar über alle nationalen Grenzen hinweg.

Wahr ist es ja, was der Dirk Schümer da ins Feuilleton der »Frankfurter Allgemeinen« hineingeschrieben hat, aber ist es auch gescheit? Was wird die Wirtschaftsredaktion sagen? Garnichts? Weil sie dem Satz ihres Kollegen abriecht, worauf seine böse Einsicht hinauswill: keineswegs nämlich auf Revolution, Umsturz und die Expropriation der Inserenten, sondern im Gegenteil auf Verhältnisse, in denen feste Grenzen die nationale Moral vor der Zersetzung durch amerikanisches Spielzeug schützen.

Die Welt stürzt gleich nochmal ein:

Wer anständig arbeitet, ist immer der Dumme

titelt die »Bild«-Zeitung, und auch sie meint es nicht so, daß das deutsche Proletariat endlich weniger deutsch und dafür gescheit werden soll, sondern im Gegenteil: nicht, weil sich »Kerstin Rombs (26), Schichtarbeiterin aus Dresden«, für nur 3.600 Mark im Monat und »Doris Salatowsky (53)« als Verkäuferin in Berlin für 3.100 Mark ausbeuten lassen, sind sie die Dummen, sondern weil andere anderswo mehr kriegen, beispielsweise die »amerikanische Talkmasterin Oprah Winfrey« jährlich 257 Millionen Mark und Bruce Willis immer noch 54 Millionen. Dagegen setzt der anonyme Schümer von »Bild« die deutschen Rombs-Salatowsky-Charts und heult:

Die eine Liste zeigt uns, was normale deutsche Arbeitnehmer jeden Monat verdienen. Die meisten von ihnen müssen viel arbeiten für ihr Geld. Die zweite Liste gab jetzt das US-Magazin »Forbes« heraus. Manchmal beschleicht dich einfach das Gefühl: Wenn du hart und anständig arbeitest, bist du der Dumme.

Demnächst in diesem Theater: »Work Hard III« mit Doris Salatowsky als Demi Moore, nach dem Roman »Barbie, das Pornomonster« von D. Schümer.

Reich-Ranickis Watschenmann Hellmuth Karasek

versucht sich als Mime und schlüpft in die Rolle eines Gastro-Kritikers, vor dem Meisterköche zittern. Kurz: Karasek spielt sich selbst.

Ich habe gesehen, wie er bei Biolek ein Lamm in Barolo ertränkt hat, und weiß, wer vor diesem Gastro-Kritiker zittert: die Zutaten. Sein Gastro-Lehrer Alfred (»Hmmm«) Biolek versucht sich als Journalist und schlüpft in die Rolle eines Interviewers, vor dem der Kanzler zittert, so daß ein Gastritiker, der in die Rolle des Gast-Kritikers geschlüpft ist, melden muß,

daß Kohl dem nahezu devot wirkenden Biolek den Tip gibt, doch nicht allzu unterwürfig mit ihm umzugehen, da der WDR den Moderator sonst rügen könnte.

Woraufhin Biolek zugunsten der Aktion »Ein Herz für Kinder« in die Rolle des Medien-Kritikers schlüpft, vor dem die Antennen zittern:

Ich sehe die Kinder in eine Welt hineinwachsen, die an Werten verloren hat. Die Medien helfen nicht gerade, Kinder zu verantwortungsvollen Menschen zu erziehen. Alles ist nur auf Konsum, auf Sensationen, auf Gewalt orientiert.

Schlechte Kochkurse und Arschkriechen hat er vergessen, der Biolecker.